

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!  
PROLÉTAIRES DE TOUS LES PAYS. UNISSEZ-VOUS!



ПОДДЕЛКА РАСЧЕТНЫХ  
ЗНАКОВ ПРЕСЛЕДУЕТСЯ  
ПО ЗАКОНУ.

PROLETARI DI TUTTI PAESI, UNITEVI!  
WORKERS OF THE WORLD. UNITE!

NR. 1

ian.'88

11. jrg.

## PRESSESPIEGEL

### MUTMAßLICHE DORNIER-ATTENTÄTER IN HAFT

Die beiden am Wochenende als mutmaßliche RAF-Terroristen verhafteten Personen werden von der Bundesanwaltschaft beschuldigt, an einem Sprengstoffanschlag auf die Firma Dornier in Immenstaad/Bodensee am 25. Juli 1986 beteiligt gewesen zu sein. Nach Angaben der Karlsruher Behörde handelt es sich um die 28-jährige Andrea Sievering und den 26-jährigen Erik Prauss. Ausschlaggebend für die Festnahme sei das Gutachten eines Schriftsachverständigen gewesen. Danach stammten ein vor dem Anschlag sichergestelltes Selbstbezeichnungsschild von Prauss, die Adressen auf solchen Briefen von der Beschuldigten Sievering.

Den Text, der weitgehend mit dem später verschickten Schreiben identisch ist, habe die Polizei schon neun Tage vor dem Anschlag in Düsseldorf bei Christian Kluth gefunden. Er habe die handschriftlichen Notizen von Prauss sowie weitere Schriftstücke bei einer Polizeikontrolle unter der Kleidung versteckt gehabt. Kluth habe den Polizeibeamten einzuordnen versucht, er benötige die Unterlagen am nächsten Morgen für sein Studium der Sozialwissenschaften. Die Briefumschläge seien von Andrea Sievering mit der Hand beschriftet worden. Die Frau sei mit Kluth verlobt, Prauss mit der mutmaßlichen RAF-Terroristin Luitgard Hornstein, die derzeit mit Kluth und der 33-jährigen Eva-Sybille Haule-Frimpong vor dem Oberlandesgericht Stuttgart auf der Anklagebank sitzt.

Nach Darstellung der Bundesanwaltschaft sind Kluth und Prauss kurz vor dem Anschlag aus Düsseldorf verschwunden, um letzte Tatvorbereitungen zu treffen. Der entstandene Schaden einschließlich des Betriebsausfalls wurde mit 1,3 Millionen Mark angegeben.

Wie aus den Informationen der Bundesanwaltschaft zu schließen ist, fiel der Verdacht der Polizei sofort nach dem Anschlag auf Prauss, Kluth und Sievering. Sie seien am Tag "nicht mehr" in einem Ferienhaus in der Eifel angetroffen worden, wo sie sich vom 16. Juli bis längstens zum 24. Juli aufgehalten hätten. Die beiden Männer seien unter falschen Namen untergetaucht. Prauss habe zusammen mit Kluth zunächst in einem Jugendgästehaus in Köln-Riehl übernachtet und dabei denselben Namen benutzt wie Kluth wenige Tage später in einer Jugendherberge in Binderbrück. (SDZ, 22.12.87)

### POLIZEI ENTARNT TERRORNETZ ANSCHLAG AUF DORNIER AUFGELÄRT

Mit Prauss wurde nach Aussage von Sicherheitsexperten ein schon seit etwa 1982 Verdächtiger aus dem RAF-Umfeld mit Verbindungen in die Schweiz und nach Frankreich als RAF-Mitglied enttarnt. Prauss habe schon früher Kontakte zu "einem größeren Personenkreis in der Frankfurter Sympathisantenzone" unterhalten. Dazu gehört nach Behördenangaben sowohl das international gesuchte mutmaßliche RAF-Mitglied Christoph Seidler als auch der zum Bekanntenkreis verdächtiger Karry-Attentäter gerechnete Frankfurter Matthias K., gegen den wegen angeblicher Kontakte zu militanten Frankfurter Autonomen und dem Täterkreis der Polizistenmorde ermittelt wird.

Eine auffallend große Zahl von Personen dieses terroristischen Netzes geht einem normalen Beruf oder einer Ausbildung nach, um nebenher Transporte, Kommunikation und Kurieraufträge in In- und Ausland zu besorgen. Die Täter-Ziele, die sich weiterhin an revolutionären Vorstellungen orientieren, sind für das ganze Gebiet der Bundesrepublik angelegt. Das läßt sich unter anderem daraus schließen, daß der Bombenanschlag auf die Dornierwerke am Bodensee nach jetzt gewonnenen Erkenntnissen von "legal" in Düsseldorf lebenden RAF-Mitgliedern verübt wurde.

Werner Kahl.  
(Die Welt 22.12.87)

### STAMMHEIM-PROZEß UNTERBROCHEN

Der Prozeß gegen die drei mutmaßlichen Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF), Eva Sybille Haule-Frimpong, Luitgard Hornstein und Christian Kluth, wird bis zum 7. März unterbrochen.

Am Dienstag wurde die Anklage gegen Christian Kluth erweitert. Zusammen mit der am vergangenen Freitag festgenommenen Andrea Sievering und dem mit ihr verhafteten Erik Prauss soll er nach Angaben der BAW am 25. Juli 1986 einen Sprengstoffanschlag auf die Firma Dornier in Immenstaad/Bodensee verübt haben.

(TAZ, 23.12.87)

### BUNDESANWALT REBMANN LIEß 33 WOHNUNGEN, BÜROS UND EINE ARZTPRAXIS DURCHWUHLN

angeblich eine Aktion gegen RZ und "Rote Zora" Nach Angaben der Bundesanwaltschaft durchsuchten 300 Beamte von BKA und lokaler Polizei insgesamt 33 "Objekte": in Hamburg (7), Hannover (1), Düsseldorf (1), Köln (5), Ratingen (1) und im Ruhrgebiet (18). Zu den durchforsteten Wohnungen und Büros zählen auch die Redaktionsräume der taz Bochum, ein Fotolabor der taz in Hamburg und eine Essener Arztpraxis. Auf der BKA-Liste standen laut Bundesanwaltschaft (BAW) 23 Personen. Soweit sie angetroffen wurden, konnten die Beschuldigten nach erkennungsdienstlicher Behandlung die Polizeiwache verlassen. Gegen eine Frau aus Hamburg indes erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes am Samstag Haftbefehl. Zwei in Düsseldorf inhaftierten Personen wird die "Bildung einer terroristischen Vereinigung" vorgeworfen.

Schwerpunkt des überall zeitgleich gestarteten Polizeieinsatzes war das Ruhrgebiet.

Überwiegend Frauen, die sich mit Gentechnik und Bevölkerungspolitik auseinandersetzen.

Dem Essener Gen-Archiv, einer Sammelstelle für Veröffentlichungen zur Gentechnik, wird angeblich vorgeworfen, in irgendeiner Form etwas zu tun zu haben mit Anschlägen auf gentechnologische Institutionen, zu denen die "Rote Zora" Stellung genommen hat.

(TAZ, 21.12.87)

### "FEIERABEND-TERRORISTINNEN" GEFAST

Bei der bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen mutmaßliche "Feierabendterroristen" der "Revolutionären Zellen" und ihres feministischen Ablegers "Rote Zora" sind die 36-jährige Ursula Penselin aus Bielefeld und die 35-jährige österreichische Schriftstellerin Ingrid Strobl aus Innsbruck festgenommen worden.

Ingrid Strobl stehe darüberhinaus im Verdacht, an dem Sprengstoffanschlag auf die Hauptverwaltung der Lufthansa am 28. Oktober 1986 in Köln beteiligt gewesen zu sein. Sie soll den Wecker gekauft haben, der als Zündzeitverzögerer benutzt worden ist.

Die am Montag auf dem Frankfurter Flughafen bei der Einreise aus Spanien festgenommene 32 Jahre alte Druckerin Sigrid Schellhaas befindet sich seit gestern wieder auf freiem Fuß. Nach Auffassung des Ermittlungsrichters besteht keine Fluchtgefahr. Nach Angaben Prechtels wird der Frau zur Last gelegt, an einem Anschlag auf einen Hochspannungsmast beteiligt gewesen zu sein.

(WZ, 23.12.87)

### WIR SIND AM KERN DRAN

Auf einer Pressekonferenz im Wiesbadener Landeskriminalamt lobte der hessische Innenminister Gottfried Milde (CDU) gestern die Arbeit der Sonderkommission Startbahn, die in Hundertschaftstärke die beiden Polizistenmorde vom 2.11.87 aufklären soll. Für insgesamt vierzehn Anschläge auf Strom-

masten, Umspannwerke und Banken - Gesamtschaden etwa 4,9 Millionen Mark - machte er dreizehn "Tatverdächtige unter wechselnder Tatbeteiligung" aus, von denen elf mit Haftbefehl belegt wurden, davon zwei wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" (par. 129a) und einer wegen "Strafvereitelung". Unter den vier in Untersuchungshaft war Montag auch Sigrid S., eine der SprecherInnen der Startbahn-BI, die am Frankfurter Flughafen - aus Spanien kommend - verhaftet wurde. Wie der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Prechtel, der taz gegenüber mitteilte, werde ihr im Haftbefehl vom 1.12.87 vorgeworfen, am Anschlag gegen einen Hochspannungsmast beteiligt zu sein, nicht aber die Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung". (TAZ, 23.12.87)

### BUNDESANWALTSCHAFT LIEß TELEFON IM RAHMEN DER FAHNDUNG NACH FRANK HOFFMANN ANZAPFEN

Hoffmann, der von dem in U-Haft sitzenden Andreas Eichler beschuldigt worden sein soll, ihm die Mordwaffe - eine "Sig-Saur"-Pistole - nach den Todesschüssen übergeben zu haben, hatte der taz am 20.1. einen Brief geschrieben, in dem er seine Unschuld beteuerte. Die Veröffentlichung des Briefes in der taz vom 21.11. habe die Bundesanwaltschaft zum Anlaß genommen, die Telefone der Redaktion anzuzapfen, "in der Hoffnung, daß sich Frank Hoffmann meldet" (Senge). (TAZ, 21.12.87)

### REBMANN: EINER HAT SICH GEMELDET

Angebl. Kontaktversuch einer in Sachen Terrorismus gesuchten Person mit der Bundesanwaltschaft Das sagte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann gestern auf seiner routinenäßigen Halbjahrespressekonferenz in Karlsruhe.

"Die Kontaktierung betrifft eine Person, die auf freiem Fuß ist". Nähere Angaben waren dem Generalbundesanwalt nicht zu entlocken. Rebmann sieht in dieser versuchten Kontaktaufnahme den Beweis dafür, daß die Haftentlassung von "verurteilten Terroristen, die sich vom Terrorismus klar losgesagt haben", nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe "als Signal gewirkt hat".

Mit den Schüssen auf die Polizisten an der Startbahn West müsse man jetzt davon ausgehen, daß gezielte Morde im Sicherheitsbereich - "bisher das Kennzeichen nur der RAF" - in Zukunft auch aus der "autonomen terroristischen Szene" nicht mehr auszuschließen seien. Als Beleg dafür nannte Rebmann eine "schriftlich niedergelegte strategische Konzeption", nach der die Startbahn durch Tötung von Polizeibeamten zum Kippen zu bringen sei. Diese Konzeption soll Frank Hoffmann verfaßt haben, so Rebmann. (TAZ, 18.12.87)

### DIE HAFENSTRASSE GILT INZWISCHEN ALS EINE LEGALE ADRESSE DER "RAF"

Maßgebliche Sicherheitsexperten bewerten die Häuser an der Hafenstraße als ein inzwischen mit bundesweiten und internationalen Verbindungen ausgestattetes Hauptquartier des "legalen Zweiges" der terroristischen Vereinigung RAF. Im Blickfeld der zuständigen Behörden befinden sich dabei seit geraumer Zeit die beiden RAF-Anhängerinnen Annerose Reiche (34) und Simone Borgstede (31) sowie der 26-jährige Arne Czernojan, der als Drahtzieher der militanten Autonomen in der Hafenstraßen-Szene gilt. (Die Welt, 18.12.87)

### EINE ENGE VERZÄHNUNG MIT DEM RAF-UMFELD

Spuren der Rhein-Main-Terrorzone reichen weit zurück In der vergangenen Woche wurden auch die mutmaßlichen Gruppenmitglieder Andreas S. und Reiner H. in Untersuchungshaft genommen; gegen drei weitere Personen aus Frankfurt wurde zwar Haftbefehl erlassen, aber vorläufig nicht vollstreckt. Zu ihnen gehören die Frankfurterin Ursula J., die 1986 beim Umsägen eines Strommastes durch "Revolutionäre Heimwerker"



schwere Brandverletzungen erlitten hatte und die ebenfalls festgenommene Gefährtin des Mordverdächtigen Andreas Eichler. Welche Rolle spielt der von den Sicherheitsbehörden ebenfalls zur Gruppierung um Eichler gerechnete Frankfurter Andreas K.? In Zusammenhang mit der Aufklärung der Vorgänge am Abend der Polizistenmorde an der Startbahn West wurde der 33jährige festgenommen und wieder auf freien Fuß gesetzt. Es war für ihn ein in knapp acht Jahren schon fast vertrauter Vorgang. Zwei Tage vor Silvester 1979 war Mathias K. in der Wohnung der früheren Baader-Meinhof Komplizin Ilse S. am Hermesweg in Frankfurt festgenommen worden. Er wurde damals als "Verursacher" der Explosion einer sogenannten unkonventionellen Sprengstoff/Brandvorrichtung bezeichnet. Nach dem Attentat auf den damaligen hessischen Wirtschaftsminister Herbert Karry im Jahre 1981 galten Ilse S., die sich zwischen Frankfurt-Hamburg und West-Berlin bewegte, und Andreas K. mit als Tatverdächtige. Mathias K. geriet wieder ins Visier der Polizei und des Verfassungsschutzes, als sich herausstellte, daß er sich in der Wohnung von Barbara Augustin in Frankfurt aufgehalten hatte, die Ende 1981 in der Schweiz zu drei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Die Frankfurterin habe 24 Kilogramm Sprengstoff, Zündmittel und Munition nach Deutschland bringen wollen, hieß es vor Gericht. Der "Schweizerische Politische Informationsdienst" meldete im vergangenen Jahr, zwei als Mitarbeiter des internationalen Terroristen "Carlos" bekannte Deutsche "sollen mit Barbara Augustin in Frankfurt eine Wohnung geteilt haben". (Die Welt, 2.12.87)

#### EICHLER SOLL KOPF EINER TERRORGRUPPE SEIN

"Der mutmaßliche Polizistenmörder war kein Einzelgänger" / Fünf Festnahmen

Die Karlsruher Behörde teilte mit, gegen fünf Mitglieder der Vereinigung seien in den vergangenen Tagen Haftbefehle erlassen worden. Zwei Frauen und ein Mann kamen wieder auf freien Fuß, zwei Männer im Alter von 28 und 30 Jahren sitzen in Untersuchungshaft.

Gegen eine 48 Jahre alte Frau, die 1986 bei einem Anschlag auf einen Strommast schwer verletzt worden war, besteht seitdem ebenfalls ein Haftbefehl, der außer Vollzug gesetzt worden ist.

Den Mitgliedern der Gruppe wird vorgehalten, in wechselnder Besetzung 14 schwere Delikte verübt zu haben. So sollen sie 1986 die in Frankfurt benutzte Mordwaffe, bei einer gewalttätigen Demonstration in Hanau geraubt haben.

Die Bundesanwaltschaft beschuldigt die Gruppenmitglieder ferner, Brandanschläge unter anderem auf das Gebäude nahe der Startbahn West Ende August vorigen Jahres sowie einen Überfall auf ein Wahllokal bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 in Mörfelden-Walldorf verübt zu haben. Dabei war die Wahlurne entwendet und verbrannt worden. Ziel von Brandanschlägen waren ferner eine Lagerhalle der Firma Hoch-Tief am 10. April in Walldorf, eine Filiale der Dresdner Bank am 20. Juni in Frankfurt sowie ein Umspannwerk am 10. Oktober in der Nähe von Rüsselsheim. Am 18. September soll die Gruppe auch einen Brandanschlag auf ein Umspannwerk in Wackersdorf begangen haben. Ferner wird ihr das Umsägen von vier Strommasten zur Last gelegt. (SDZ, 28.11.87)

#### HAUSDURCHSUCHUNGEN + FESTNAHME IN HAMBURG

##### Erste Informationen

Am Freitag, den 10.12.87 fanden in der Bundesrepublik über 30 Durchsuchungen statt. Zuerst einmal eine Chronologie der Ereignisse in Hamburg, soweit wir sie rekonstruiert haben:

- Am Vormittag wurde der Buchladen "Die Druckerei" im Schanzenviertel von Bullen der Hamburger FD 7 durchsucht. Als Grund wurde "Werben für eine terroristische Vereinigung" in der Oktoberausgabe der Zeitung "Schanzenleben" genannt. In dieser Nummer war die Erklärung der RZ zu dem Anschlag auf Hollenberg erschienen.
- ca. um 17.00 Uhr fanden zeitgleich sechs weitere Durchsuchungen in Hamburg durch das BKA statt:

- In einer Druckerei in Altona haben sie eine Frau gesucht, wohl ohne Haftbefehl. Nachdem sie die Frau

dort nicht gefunden haben, fingen sie mit der Begründung "Gefahr im Verzug" eine Durchsuchung der Druckerei an. Nachdem aber ziemlich bald an die dreissig Leute in der Druckerei erschienen, wurden sie sichtlich unsicherer und oberflächlicher und haben nach einer knappen dreiviertelstunde die Durchsuchung beendet ohne was zu beschlagnahmen.

- Die angebliche Wohnung eben dieser Frau im Schulterblatt wurde durchsucht. Da sind sie durch das Klofenster in die Wohnung gekommen und haben bis 21.30 allein in der Wohnung gewütet. Anwälte wurde zum Teil sehr brutal mit der Begründung rausgeschmissen, sie hätten keine Vollmacht. Eine Begründung für die Durchsuchung gab es nicht. Die Bullen haben mehrere Säcke persönliche Gegenstände mitgenommen.

- Ein Büro in Eppendorf wurde zwei Stunden lang durchsucht. Da wurde auch Ulla P. festgenommen wegen des Verdachts auf ein Vergehen nach 129a. Dort wurden auch einige persönliche Gegenstände beschlagnahmt.

- ein weiteres Büro in St. Pauli wurde durchsucht. Die Tür wurde aufgebrochen, einen Durchsuchungsbefehl gab es nicht ("Gefahr im Verzug"), im Durchsuchungsprotokoll steht "Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terr. Vereinigung". Dort wurde nix mitgenommen.

- Zwei Wohnungen in St. Pauli wurden aufgebrochen und mehrere Stunden lang vollkommen auf den Kopf gestellt. In der einen Wohnung gab es wohl einen Durchsuchungsbefehl wegen 129a.

Zeitgleich wurden in Hannover, Essen, Bochum, Duisburg und Köln noch 27 andere Objekte im gleichen Zusammenhang durchsucht. Dabei wurden insgesamt 13 Leute festgenommen. 12 davon wurden nach ED-Behandlung wieder rausgelassen, Ulla P. wurde am Samstag mittig in Karlsruhe dem Haftrichter vorgeführt und Haftbefehl erlassen. Mittlerweile soll sie wieder in Hamburg im UG sein.

Die BAW (Bundesanwaltschaft) bezeichnet die bundesweit koordinierte Aktion als "umfassende Maßnahme gegen die RZ und Rote Zora". Noch Freitag nacht erklärt die BAW, daß sie durch die Aktion einen "tiefen Einblick in die Struktur der Revolutionären Zellen" bekommen hätten.

Nachdem die BAW und das BKA jahrelang kein Anhaltspunkte gegen RZ und Rote Zora gefunden hatten, versuchen sie mit dieser Aktion Zusammenhänge zu konstruieren und Festnahmen zu begründen. Die Formulierung der BAW "Einblick in die Struktur" gewonnen zu haben verstehen wir so, daß sie mit den Ergebnissen der Aktion neue Ermittlungen, Konstruktionen und Festnahmen vorbereiten wollen.

## Zur BKA-Aktion

Am Freitag 18.12.87 fanden in der BRD 33 Durchsuchungen im Rahmen von Ermittlungen des BKA gegen die Rote Zora statt. Die Aktion richtete sich hauptsächlich gegen Frauengruppen und Einzelfrauen, die sich in irgendeiner Form öffentlich zu Bevölkerungspolitik und Gentechnologie verhalten:

- in Hamburg wurden zwei Betriebe und vier Wohnungen durchsucht; in einem Betrieb wurde Ulla P. festgenommen und am Samstag in Karlsruhe dem Haftrichter vorgeführt. Der erließ Haftbefehl wegen „angeblicher Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung Rote Zora“ (129a). Konkrete Tatbeteiligung wird ihr nicht vorgeworfen, sondern nur die Beteiligung an überregionalen Treffen zum Bereich Bevölkerungspolitik. Mittlerweile sitzt sie im Untersuchungsnast Holstenglacis, wo ihr Anwalt sie am Montag besuchen konnte. Am Sonntag waren schon ca. 30 Leute beim Knast und haben Parolen gerufen, die sie auch gehört hat.
- Im Ruhrgebiet wurden mehrere Wohnungen von Mitarbeiterinnen des Genarchivs Essen durchsucht. Das Gen-Archiv gab dazu folgende Erklärung ab (auszugsweise):

„Im Rahmen einer bundesweiten Durchsuchungs- und Festnahmeaktion vor allem gegen Frauen und Frauenprojekte wurde das Genarchiv Essen von ca. 15 Beamten des BKA und der örtlichen Polizei durchsucht. Im Genarchiv als auch in den Wohnungen wurde eine Menge von Papieren „sichergestellt“, die sich z.B. mit Humangenetik Pränataldiagnostik, gentechnologischen Forschungsvorhaben usw. beschäftigen. Arbeitssunterlagen von uns Frauen, wie Vortragsentwürfe, Seminarvorbereitungen, gedruckte Arbeiten, Rundfunk- und Videoaufnahmen wurden beschlagnahmt.“

Wir wurden vorübergehend festgenommen und erkenntnisdienlich behandelt. Die ganze Aktion fand unter einem immensen Aufgebot bewaffneter Polizei statt, die Straße und Hausflur abriegelte. Als Grund für das alles wurde uns lediglich mitgeteilt, daß wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gegen uns ermittelt würde.

Das Genarchiv Essen ist eine Eigeninitiative von uns Frauen und befindet sich in privat angemieteten Räumen der Führichstraße 15. Dort befindet sich ebenfalls die ärztliche Praxis einer Mitarbeiterin des Genarchivs. Diese Praxis wurde gleichermaßen durchsucht.

Wir archivieren hier Pressemitteilungen und recherchieren selbst in der Fachpresse und Unibibliotheken. Zu Schwerpunktfragen geben wir Stellungnahmen heraus. Wir stellen unser Material Einrichtungen zur Verfügung, die zu Fragen der Gentechnologie arbeiten. Dies sind unter anderem Frauengruppen von Kirche, Gewerkschaft und Parteien und Bildungseinrichtungen für Lehrer und Jugendliche. Unser Archiv ist für Einrichtungen und Privatpersonen zu bestimmten Öffnungszeiten zugänglich. Wir lassen nicht zu, daß unsere Arbeit durch die Polizeiaktion zur kriminellen Tat wird und machen

unbeirrt weiter.“

— Sonntag abend wurde in Köln Ingrid S. festgenommen. Am Montag abend wurde Haftbefehl wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beteiligung am Anschlag auf die Lufthansa-Hauptverwaltung am 28.10.86 (wegen Flüchtlingsabschiebungen) erlassen.

Unabhängig von dieser Aktion (jedenfalls soweit wir das wissen) fanden am Freitag noch eine Reihe anderer Durchsuchungen und Verhaftungen statt:

1. Am Freitag abend wurden Erik P. und Andrea S. aus der Düsseldorfer Kiefernstraße festgenommen. Wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung am Anschlag auf Dornier sitzen sie seitdem im Knast.
2. Am Freitag vormittag wurde der Buchladen „Die Druckerei“ von Bullen der Hamburger FD 7 durchsucht. Als Grund wurde „Werben für eine terr. Vereinigung“ in der Oktoberausgabe der Zeitung „Schanzenleben“ genannt. In dieser Nummer war die Erklärung der RZ zu dem Anschlag auf Hollenberg erschienen. Dazu schreibt die Schanzenleben-Redaktion in einem Flugblatt:

„Die Kriminalisierung und Bekämpfung einer kontinuierlichen Gegenöffentlichkeit (radikal, freiraum, wildcat, sabot u.a.) trifft uns erst jetzt, da wir nach sieben Jahren Zeitungs- und Stadtelarbeit im Viertel verwurzelt sind und eben nicht „nur“ das autonome Spektrum erreichen.“

Unser Konzept ist es immer gewesen, mit der Dokumentation von stadtteilbezogenen und überregionalen Geschehnissen eine Zeitung fürs ganze Viertel zu sein. So war die Kriminalisierungsstrategie der Staatsmacht gegen uns lange Zeit erfolglos, weil wir ihrem Feindbild nicht eindeutig entsprachen.

Genau das macht uns aber auch angreifbarer, denn eine Anonymität ist fast unmöglich und von uns im Grunde auch nicht gewollt.

Beim Bäcker und beim Wirt daneben, kennt man die vom SCHANZENLEBEN!

#### Vorläufige Einschätzung

Die Aktion von BKA und BAW (Bundesanwaltschaft) ist ein Angriff auf legale Strukturen und Diskussionszusammenhänge. Auf Menschen, die eine radikale Kritik am Ausbau der Gentechnologie formuliert haben und seit Jahren dazu Öffentlichkeitsarbeit machen. Menschen, die sich nicht auf der Ebene „Chancen und Risiken“ in die herrschende Politik integrieren lassen, sondern den Kern der Sache angehen: Bevölkerungspolitik und Humangenetik als Instrumente der Unterdrückung, Auslese und Herrschaftssicherung; Gen- und Biotechnologien als Grundlage gewaltiger Umstrukturierungen in Chemieindustrie und Landwirtschaft.

Diese Ansätze zur Formierung eines breiteren Widerstandes sollen durch die Repressionswelle zerschlagen und kriminalisiert werden. Die Trennung zwischen legal und illegal verschiebt sich vollkommen: Legal ist nur, wer vorher seinen Diskussionsberechtigungsschein beim zuständigen LKA beantragt, illegal und Mitglied einer terroristischen Vereinigung ist, wer radikalere Kritik formuliert und sich womöglich auch noch überregional darüber auseinandersetzt.

Nachdem die BAW und das BKA jahrelang keine Anhaltspunkte gegen RZ und Rote Zora gefunden hatten, versuchen sie mit dieser Aktion Zusammenhänge zu konstruieren und Festnahmen zu begründen. Die Formulierung der BAW, sie hätten „Einblick in die Struktur der RZ gewonnen“, verstehen wir so, daß sie mit den Ergebnissen der Aktion neue Ermittlungen, Konstruktionen und Festnahmen vorbereiten wollen.

Das heißt für uns, daß wir uns auf evtl. folgende Durchsuchungen, Festnahmen oder Zeugenverladungen vorbereiten müssen. Da die Ereignisse in Frankfurt deutlich gemacht haben, daß eigentlich selbstverständliche Verhaltensweisen vielen Leuten gar nicht so klar sind, wollen wir nochmal erinnern:

#### Verhalten

##### 1. Es handelt sich um Vorwürfe wegen 129a!

Das heißt, das die Bullen keine konkreten Tatbeweise brauchen, sondern lediglich Mitgliedschaft beweisen müssen. Sie sind also auch und besonders auf Informationen über Kontakte, Verbindungen etc. scharf.

Damit ist klar, daß wir jetzt erst recht keine Informationen, Nachfragen oder Verabredungen über Telefon bringen. Die Bullen brauchen nicht zu wissen, wer wie mit wem zu tun hat oder hatte!

Das heißt auch, daß alle mal ein wenig ihre Neugier zügeln und nicht in alternativer Bullenmanier das große Rätselraten (womöglich noch in der Kneipe) beginnen. Keine Profilneurosen!

##### 2. Verhalten bei Durchsuchungen:

- Grundsätzlich keine Aussagen!!! Keine Unterschriften!
- Darauf bestehen, eine Anwältin anzurufen (sich jetzt schon mal um Anwaltsnummern kümmern!)
- Durchsuchungsbefehl verlangen.
- Und natürlich sollten Wohnungen eh nicht das Archiv der Bewegung sein!

#### IMPRESSUM

International Institute DOOOM

##### REDAKTION

##### Niederlande

Drs. Decoy, Administrator

DOOOM/Groningen

##### Frankreich

Prof. Lancotte, L.T., Dienstchef französisch

DOOOM/Paris

##### Griechenland

Mr. P.Y. Anthoradikki, Auslandredaktor

DOOOM/Athene

##### England

Mr. P.K. Thompson, Inlandredaktor

DOOOM/London

##### B.R.D.

Dr. A.P. Ranitz von Hebel, Inlandredaktor

DOOOM/Hamburg

##### U.S.A.

Mr. G.R. Donovan, Wirtschaftsredaktor

Wellesley College

Alle Rechten vorbehalten

Gesamtherstellung Benson & Hedges/Amsterdam

ISSN 0166-2449



### 3. Zeugenverladungen:

In der letzten Zeit wurden mehrfach (Hannover, Frankfurt) Ermittlungen nach folgendem Muster aufgezogen: Gegen ein paar Leute wurde Anklage erhoben und in diesem Zusammenhang ein Haufen anderer Leute als Zeugen vorgeladen. Mit dem dadurch bestehenden Aussagezwang versuchen sie, mehr über unsere Strukturen im allgemeinen zu erfahren und speziell am Konstrukt einer terroristischen Vereinigung zu basteln. Dabei geht es nicht nur um politische Inhalte, sondern auch um private Kontakte, da gibt es keine „heißen“ oder nicht so heißen Infos, da zählt jedes Wort. Deshalb gibt es in dem Fall nur eins: Sofort zum Anwalt und auf jeden Fall die Aussage verweigern, auch bei der Androhung von Beugehaft oder anderen Repressionen. Dabei müssen wir immer im Kopf haben, daß jede Aussage andere Leute für Jahre in den Knast bringen kann. Dafür ist es unbedingt wichtig, daß alle Leute, die eine Vorladung bekommen, sich zusammentun und gemeinsam die Aussage verweigern.

Ihre ganze Repression soll neben der direkten Zerschlagung unserer politischen Zusammenhänge auch verunsichern, einschüchtern, lähmen. Diesen gezielten Einschüchterungsversuchen können wir nur gemeinsam entgegenreten. Solidarisches Verhalten und entschlossenes Fortführen unserer Kämpfe sind die schärfsten Waffen gegen ihre Repression — JETZT ERST RECHT! Wir werden deshalb für Anfang Januar eine Veranstaltung zu Bevölkerungspolitik und Gentechnologie vorbereiten!

Schreibt Briefe:

Kontakt: Ulla Penselin  
Schwarzmarkt c/o Ermittlungsrichter am BGH  
Paulinenplatz Herrenstraße 45a  
2000 Hamburg 4 7500 Karlsruhe

FÜR DIE AUTONOMEN WAREN DIE SCHÜSSE EIN 'MODELLANGRIFF'  
Mit dem hessischen Verfassungsschutzchef Günther Scheicher sprach Werner Kahl.

Welche Erkenntnisse hat der hessische Verfassungsschutz heute über die Szene der sogenannten "Autonomen" in der Rhein-Main Region? In welcher Größenordnung ist mit Anhängern dieser Gruppierungen zu rechnen, von denen die Staatsanwaltschaft annimmt, daß sie weiterhin "zu allem bereit seien"?

Scheicher: In der Frankfurter Szene gehen wir von 200 bis 300 Anhängern autonomer Gruppierungen aus, die zur Militanz neigen. Das Bild der Szene selbst hat sich weiter geklärt. Ein Teil der "Autonomen" lehnt bewaffnete Aktionen, Schüsse auf Polizisten, ab. Eine Anzahl "Autonomer" ist zwar auch dagegen, aber nur aus taktischen Gründen. Die überwiegende Mehrheit ist für Gewalt bei Demonstrationen und Aktionen. Die Schüsse am 2. November an der Startbahn West waren eine Art "Modellangriff" auch auf den Polizisten, vergleichbar etwa mit der Ermordung des einfachen amerikanischen Soldaten Pimental 1985 durch die RAF (Rote Armee Fraktion). Dort solidarisierte sich schließlich das RAF-Umfeld zum überwiegenden Teil mit der Tat. Eine ähnliche Zustimmung ist jetzt nach den Schüssen auf die Polizisten zu beobachten.

Woraus schließen sie das? Muß man nicht annehmen, daß die "Autonomen" nach dem Geschehen an der Startbahn nun Gewalt ablehnen und entsprechend auf die Szene einwirken?

Scheicher: Nach einer Phase desolater Erscheinungen und des Abwartens nach den raschen Ermittlungserfolgen der hessischen Polizei hat in den letzten Tagen ein Solidarisierungsprozeß mit den Festgenommenen eingesetzt. Eine Anzahl "Autonomer" zeigt sich wieder in der Öffentlichkeit, Klebezettel, auf denen die Freilassung der Untersuchungshäftlinge gefordert wird, weisen darauf hin.  
(Die Welt, 21.12.87)

### GEHEIMDIENSTE

Mit Zeitungsinseneraten fahndet ein mysteriöses "internationales Konsortium" nach Terroristen. Wer steckt dahinter? Westdeutsche Anlaufstelle ist Bonn. Anrufer der im Anzeigentext aufgeführten Nummer (0228) 485221 erwartet zunächst eine ungewöhnliche Prozedur: Sie werden automatisch zu einer Geheimnummer weiterverboten: "Hier Anrufweiterschalter, ihr Anruf wird weitergeschaltet". Dann meldet sich eine männliche Stimme mit "Hallo".

Gegenüber dem SPIEGEL mochte der Unbekannte seinen Namen nicht verraten, "aus Sicherheitsgründen". Er sei jedoch in die Terrorismus-Problematik "eingeweiht" und daher "sachkundig". Auch andere Mitarbeiter des "privaten Konsortiums" verstünden etwas vom Thema. Ein "privates Gremium" das sich ein "gewisses Wissen" angeeignet habe, würde allen Hinweisen nachgehen. Das Geld liege abrufbereit.

Gegenüber Tip-Gebern beteuert der Mann am anderen Ende den "privaten Charakter" der Organisation. Alle Angaben würden "selbst überprüft". Konspirative Treffen seien jedoch nur möglich, wenn bereits am Telefon "konkretere Angaben" gemacht würden: "Sonst tappen wir noch in eine Falle". Daß die Anrufer selber hereingelegt werden könnten, etwa durch Aufzeichnung ihrer Stimme auf Band, schließt der anonyme Gesprächspartner trotz verdächtiger Knackgeräusche aus. Und er versichert hoch und heilig: "Wir arbeiten nicht mit Behörden zusammen".

Das kann so nicht stimmen. Nach Informationen des SPIEGEL wurde die Anzeigenkampagne vor mehr als einem Jahr im Bonner Innenministerium eröffnet. Mitbeteiligt war zunächst das Wiesbadener Bundeskriminalamt (BKA) später das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Ausgegangen war die Initiative von einem ausländischen Geheimdienst: der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA). Das Bundesamt für Verfassungsschutz leistet dem US-Geheimdienst, wie ein ranghoher Sicherheitsexperte verrät, derzeit nur Amtshilfe. Privatfirmen sind - entgegen dem Anzeigentext - offenbar nicht beteiligt.

Die Anzeigen, die über diverse Werbeagenturen aufgegeben worden sind, wurden nicht nur in der Bundesrepublik, sondern - mit gleichlautendem Text - auch in anderen Ländern Westeuropas und den USA geschaltet. Sogar im Nahen Osten lief

### Erklärung von Andreas Eichler zu den Beschuldigungen im Haftbefehl des BGH vom 4. November 1987

Mir wird vorgeworfen, am 02. 11. 1987 durch vier selbständige Handlungen heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen zwei Polizeibeamte getötet und versucht zu haben, zwei weitere Polizeibeamte zu töten.

Als Beschuldigter schwerster Verbrechen und in dem Bewußtsein, daß die Bundesanwaltschaft alles daran setzen wird, meine Täterschaft oder Beteiligung an der Tat nachzuweisen, um den raschen „Fahndungserfolg“ auch zu untermauern, habe ich mich dazu entschlossen, aus nachfolgenden Gründen diese Erklärung abzugeben:

1. Die gegen mich erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu. Ich habe nicht mit der bei mir gefundenen Waffe auf Polizisten geschossen und bin an der Tat auch nicht beteiligt.

2. Ich verurteile die jetzt mir vorgeworfene Tat, und ein derartiges Vorgehen hat und hätte nie meine Billigung gefunden. Daß ein toter Polizist politisch der Bewegung nur schadet, ist meine Ansicht. Die politischen Folgen sind nicht nur bei als reaktionär zu bezeichnenden Politikern bereits erkennbar, sondern auch noch nicht im vollen Umfang absehbar.

Ich konnte aus den genannten Gründen eine Einlassung zu dem konkreten Tatvorwurf des Mordes nicht aus Kameradschaft umgehen.

3. Ich bin Vater geworden und hatte deshalb

meine Entscheidung auch aus Verantwortung für meine Verlobte und unser Kind getroffen.

4. Ich versuche, mit meiner Klarstellung der Bewegung und der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung sowie allen zu helfen, die wegen der Vorfälle am 02. 11. 1987 verfolgt werden und erwarte die notwendige Solidarität untereinander und mir gegenüber.

Spätestens seit dem Tode von Günther Sare wissen wir alle, was es bedeutet, wenn Tote bei einer Demonstration gibt. Unsere Wut darüber und gegenüber der Polizei war und ist deshalb groß. Auch in der Trauer um Günther Sare waren sich alle einig, daß es gerade darum keine Taten mehr geben darf, egal auf welcher Seite; denn die Folgen (für uns) konnte sich jeder ausmalen: staatliche Repression, noch mehr Polizei, noch mehr Bespitzelung, Einschränkung jeder kritischen Meinung. Mit den toten Polizeibeamten an der Startbahn West hat der Staat dafür einen Freibrief bekommen.

Dies gilt auch für den Versuch der Anwendung des Paragraph 129a StGB. Sicher müssen wir uns als Startbahngegner Klarheit darüber verschaffen, inwieweit uns für die tragischen Vorfälle (politische) Verantwortung trifft.

Andererseits betone ich aber, daß es ohne

den Bau der Startbahn 18-West und die permanente umweltzerstörerische Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens diese Folgen nicht gäbe. Ich sehe deshalb die letztlich politisch Verantwortlichen für das Geschehen in der Landesregierung und in den Vorstandsetagen der FAG.

Zudem bin ich sicher, daß nie ein Startbahngegner in irgendeiner Form zu erkennen gegeben hat, den Tod eines Polizisten in Kauf zu nehmen oder diesen gar zu planen; denn wir alle wußten, daß dies für uns neue Repressionen an der Startbahn und anderswo zur Folge gehabt hätte.

Meine Solidarität gilt deshalb der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung und der Bewegung gegen jegliche Umweltzerstörung. Laßt Euch nicht unterkriegen und bleibt solidarisch!

Alle, die mich kennen, wissen, daß ich weder ein „Verräter“ bin noch versuchen werde, einen Schuldvorwurf unbegründet „abzuwälzen“. Namen von Entlastungszeugen werde ich dann nennen, wenn diese sich selbst über die notwendige Solidarität mit mir Klarheit verschafft haben und ihre Bedenken gegen mögliche eigene Strafverfolgung zurückstellen.

Andreas Eichler (über den Verteidiger)

### Bekennerrbrief Autonomer Zellen zum Anschlag auf US-Militärzug / Kritik an den Frankfurter Schüssen / Dokumentation in Auszügen

Am 23./29. 11. 1987 haben wir in Bremen und am 30. 11. 87 in Hannover den US-Militärzug, der täglich von Bremerhaven nach Berlin fährt, angegriffen. (...)

Wenn wir dieses Ziel angreifen, so tun wir das nicht in dem Glauben, den US-Militärs einen entscheidenden Schlag zu versetzen. (...)

Für uns ist revolutionäre Militanz wichtig in konkreten Auseinandersetzungen, sie ersetzt aber nicht eine genaue Analyse der Klassenverhältnisse hier. Wenn wir sagen: „Ohne Theorie keine Revolution“, dann bedeutet das nichts anderes, als eben die konkrete Aktion, unbeschadet der aktuellen Tagesereignisse, der politischen Strategie in unserem Kampf für eine revolutionäre Veränderung unterzuordnen — wobei Kreativität und Spontaneität bestimmt hilfreich sind.

Warum sagen wir das? Um den Glorionschein der Militanz aber auch der Kurzleblichkeit vieler Einpunktbewegungen entgegenzutreten. Es ist nun mal so, daß wir die Welt nicht in drei Tagen verändern können.

(...) Mit der Erarbeitung eines umfassenden politischen Konzeptes schaffen wir die Grundlage dafür, daß unser Handeln nicht Ratlosigkeit hervorruft, sondern als konkrete

Umsetzung unserer Strategie begriffen und verstanden wird. (...) Nehmen wir als Beispiel die Schüsse an der Frankfurter Startbahn. Das führte bei vielen Menschen zu Betroffenheit, Verwirrung, Ratlosigkeit. Hektische Betriebsamkeit in eiligst angesetzten Diskussionsrunden war die Folge. Wir sagen dazu: Solche Diskussionen hätten schon viel eher und, was noch wichtiger ist, ohne die Frankfurter Vorfälle geführt werden müssen!

An den Frankfurter Vorfällen kritisieren wir insbesondere: die ungenau geführte Diskussion über den Einsatz von Gewalt.

Ein stillschweigender Konsens über die Verhältnisse auf Demos kann nicht die notwendige Diskussion über den jeweiligen Einsatz revolutionärer (Gegen-)gewalt ersetzen. Nur äußerste Genauigkeit und Gründlichkeit bewahren uns angesichts der Freiräume, die wir uns erkämpfen wollen und die uns beim Zurückdrängen der staatlichen Macht auch zwangsläufig zufallen (1. Mai Kreuzberg) vor Fehlern. Und genau an diesem Punkt kann auch nur die Diskussion über den Einsatz von aktiver Bewaffnung (wie eben der Knarrengebrauch an der Startbahn West) entlanggehen. Wir fragen uns, welche politischen Veränderungen machten den Einsatz von Pistolen

im Rahmen von Demos notwendig? Was sollte erreicht werden, was anders nicht ging? Das ist bislang unklar und sollte benannt werden. In welchen Fragen und Zusammenhängen sehen wir nun unsere Aktionen gegen die Militärzüge?

— Grundüberlegung unseres Angriffes ist, daß bei der revolutionären Umwälzung der Verhältnisse in der BRD eine organisierte politische Kraft notwendigerweise für die Umsetzung ihrer Ziele auch militärisch vorgehen muß. Trotz der jetzigen relativen Schwäche der revolutionären Bewegung muß bereits heute schon eine kräftemäßig adäquate militante Struktur entwickelt werden. Das beinhaltet, daß den militanten Gruppen keine Eigendynamik zusteht, sondern sie an der Umsetzung der politisch bestimmten Ziele zu arbeiten haben.

— Bei der Auswahl des Ziels unserer Aktion liegt die Einschätzung zu Grunde, daß die USA als imperialistische Großmacht der Kriegstreiber überhaupt sind. (...)

— Die Ausführung der Attacke wurde bestimmt von unserem technischen Ziel der Beschädigung des Zuges unter Vermeidung von Personenschäden.

(...) Autonome Zellen

die Aktion — etwa in der Kuwaitischen Zeitung "el-kabas". Auch sind womöglich weitere Geheimdienste eingeschaltet: im arabischen Raum soll der israelische Mossad den Amerikanern zuarbeiten.

Die Initiative ist Teil einer globalen US-Strategie. Schon 1984 hatte Präsident Ronald Reagan den "Krieg gegen den Terror" in aller Welt angekündigt. Im Mai 1985 meldete die "New York Times", Militärs und Geheimdienstler hätten damit begonnen, "Gruppen in befreundeten Ländern" auszubilden, zu finanzieren "und sonstige zu unterstützen, um die Terroristen zu bekämpfen".

Im Februar 1987 berichtete "The Times", Reagan habe die CIA insgeheim ermächtigt, mutmaßliche Terroristen im Ausland ausfindig zu machen und zu entführen, damit sie in den USA vor Gericht gestellt werden könnten. Als Zeugen "Geheimdienstangehörige und Justizbeamte der Administration". Die Bundesrepublik ist nach Zeugnis ehemaliger CIA-Mitarbeiter die "größte CIA-Außenstation" der Welt. Hunderte von Mitarbeitern sammeln in rund 75 westdeutschen Orten legal oder illegal Nachrichten. In geheimen Ausbildungslagern werden Agenten im Gebrauch von Sprengstoffen und Schusswaffen unterwiesen, etwa afghanische Widerstandskämpfer oder Ostblockflüchtlinge.

Der Schlüssel zu der Anzeigekampagne liegt womöglich in der Ermordung des US-Soldaten Edward Pimental und dem anschließenden Bombenattentat auf die Rhein-Main-Air-Base im August 1985 — dem einzigen im Annoncentext aufgeführten Terrorakt, der in der Bundesrepublik verübt wurde.

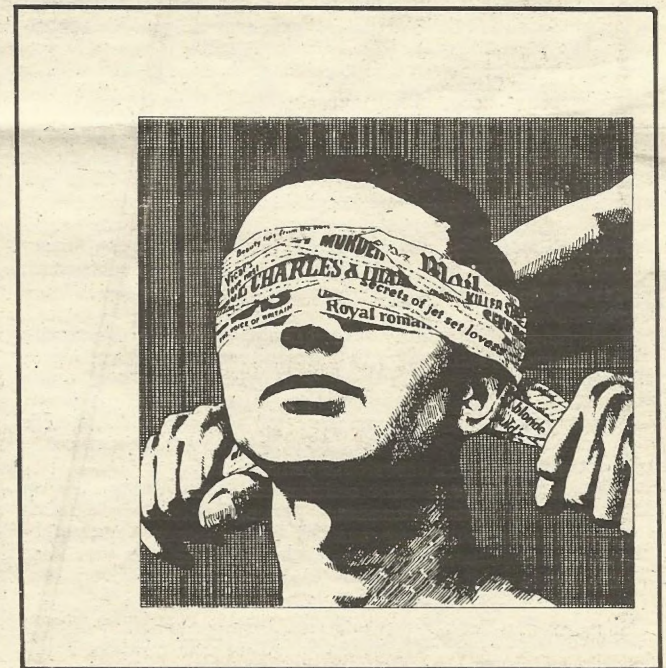
Tatsächlich waren bisher alle Versuche vergeblich, RAF-Mitglieder oder Unterstützer mit Geld zu ködern. Schon 1980 hatten HUK-Verband, Dresdner Bank, Veba-Konzern und Flick dem Bundesnachrichtendienst 400 000 Mark zur Terrorismusbekämpfung spendiert — ohne Erfolg. Nach dem RAF-Mord an Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts machten der betroffene Konzern und ander Industrie-Unternehmen auf Betreiben von Generalbundesanwalt Kurt Rehmann sogar drei Millionen Mark locker — ebenfalls Fehlansage.

Auch eine sogenannte Briefkastenaktion des Verfassungsschutzes blieb ohne jedes Echo. Staatsschützer hatten einigen Bewohnern der Düsseldorfer Kiefernstraße, die seit Jahr und Tag im Verdacht stehen, zum "legalen Arm" der RAF zu gehören, klammheimlich persönliche Schreiben in die Briefkästen geworfen. Inhalt: das Angebot hoher Belohnungen gegen Informationen. Reaktion: keine.

Und in der Tat: Die Bonner Telefonnummer weist zur Kölner Verfassungsschutzzentrale. Deren Sprecher Hans-Gert Lange gibt sich jedoch gänzlich ahnungslos: "Wir haben wirklich nichts damit zu tun".  
(Der Spiegel, 21.12.87)

### SPANIEN

Ende November verhaftete die Polizei Antonio Lopez Ruiz (Kriegsname "Kubati"), den Chef des gefürchteten "Kommando Goyeri" beim Telefonieren. 1600 Beamte hatten nach einem Informantentip tagelang alle öffentlichen Telephonzellen der baskischen Provinz Guipuzcoa überwacht. Mindestens elf mutmaßliche Kollaborateure wurden ebenfalls gefaßt.  
(Der Spiegel, 21.12.87)





## NEHMEN SIE



### DEN HERRSCHENDEN NICHT EINEN MILLIMETER...

Wir haben uns entschlossen, ein Flugblatt zu den Ereignissen an der Startbahn zu schreiben, weil wir die bisherigen Diskussionen um die "Schüsse" zum Teil haarsträubend finden, und den Eindruck haben, daß sich die Wenigsten um authentische Informationen gekümmert haben. Moralisierende Diskussionen die ihren Wissenstand aus der Medienhetze ziehen halten wir für falsch.

Die Startbahn West des frankfurter Flughafens ist ein Begriff für den militanten Widerstand in der BRD. Zu diesem Begriff ist sie durch eine Entwicklung geworden, die ihre Ursprünge noch am Ende der sechziger Jahre hat. Damals begann sich, zunächst auf juristischem Weg, der Widerstand gegen den geplanten Ausbau des frankfurter Flughafens zu formieren. Der vor allem von der örtlichen Bevölkerung und den Autonomen aus den benachbarten Großstädten getragene Widerstand wurde als "Koalition der Lang- und Grauhairigen" bekannt.

Mit der Errichtung des Hüttendorfes in 1980 zur Verhinderung des Startbahnbaus fand der Startbahnwiderstand seinen vorläufigen Höhepunkt und wurde zu einer Massenbewegung. Ein wesentlicher Faktor dieser Bewegung war die Tatsache, daß verschiedene politische Ansätze und Vorstellungen nebeneinander existieren und zusammenwirken konnten.

Mit der brutalen Räumung des Hüttendorfes, die viele, zum Teil schwerverletzte StartbahngegnerInnen forderte, versuchte der Staat den Widerstand zu brechen. Dieser Versuch mißlang. Der Widerstand ging weiter. Selbst die Einweihung der Startbahn konnte daran nichts ändern. Von der einstigen Massenbewegung ist zwar heute nur noch ein Teil übrig geblieben, dennoch finden jeden Sonntag die schon bundesweit bekannten Sonntagsspaziergänge zur Startbahnmauer statt. Außerdem kommt es auch permanent zu Sabotageaktionen militanter Kleingruppen.

Zu besonderen Daten wie zum Beispiel dem Jahrestag der Hüttendorfräumung, kommt es alljährlich zu größeren Aktionen. 2.11.1987

Die nächtlichen Demos zum Jahrestag der Hüttendorfräumung müssen besonders gut organisiert sein. Denn die Brutalität der Bullen ist bekannt. Was die Organisation der Demo in diesem Jahr angeht, so war sie so gut wie nie zuvor. Trotz heftigstem Bulleneinsatz konnten zum Beispiel nur zwei oder drei Leute aus dieser Demo abgegriffen werden.

Auf die Schüsse war niemand vorbereitet. Zunächst wußte keine/r von dieser Aktion. Die meisten waren schon zuhause als die Ringfahndung der Bullen einsetzte.

Durch jahreslanges Datensammeln haben sich die Bullen einen sehr umfangreichen Datenspeicher von den Startbahnleuten angelegt. Den setzten sie zeitgleich mit der Ringfahndung ein.

Es kam zu 50 bis 60 Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in Frankfurt und Wiesbaden. Das vorgehen der Bullen war zwar unterschiedlich heftig, aber in keinem Fall zimperlich. Bei einigen Durchsuchungen wühlten sie nur in den Wohnungen herum, bei anderen schlugen sie dabei alles kaputt, sogar Zwischenwände wurden in einem Fall umgeschlagen.

Bei diesen Durchsuchungen ging es den Schweinen nur um das Auffinden der Waffe und das Verhaften von Leuten.

Bei einer dieser Verhaftungen wurde eine Frau das Trommelfell herausgeschlagen.

Auf den Polizeiwachen mußten die Verhafteten bis auf Unterhose und Teeshirt alles ausziehen und obszöne Leibesvisitationen über sich ergehen lassen. Mit auf den Rücken gefesselten Händen mußten sie sich dann entweder stundenlang mit der Stirn an die Wand stellen oder auf Pritschen liegen, wobei die Bullen die Fenster öffneten und die Gefangenen im Durchzug frieren ließen.

Im Knast setzten die Bullen die Leute massiv unter Druck, um sie zu Aussagen zu zwingen: "Auf schweren Landfriedensbruch gibt es zehn Jahre, also sag mal was". Frauen wurde angedroht, mann wurde sie vergewaltigen, wenn sie nichts sagen würden.

Der geringste Widerstand wurde brutal gebrochen. Die Situation war von noch nicht gekannter Härte gezeichnet.

Am morgen kamen die meisten Gefangenen wieder frei. Wobei sie ihre Kleidung nicht zurückerhielten und sich aus Rotkreuzsäcken mit Altkleidern ausstatten mußten. So "bekleidet" und barfuß mußten sie dann nach Hause gehen.

Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen dauern drei Wochen nach dem Geschehen noch an.

### ZU DEN BETROFFENEN:

Der Hunderschaftsführer Klaus Eichhöfer war ein bekannter und verhaßter Bulle. Er legte gerne selber mal "hand an" und war für etliche Gas- und Knüppeleinsätze verantwortlich. Auf sein Konto gehen viele Verletzte und Verhaftete. Andreas Eichler gehörte der aktionistisch geprägten Startbahnfraktion an. Mehr wollen wir zu ihm nicht schreiben. Er ist jedenfalls kein Unbekannter, er gehörte dazu.

### DIE SCHÜSSE

waren natürlich quatsch. Am unverantwortlichsten war die Situation in die dadurch alle anderen Leute der Demo gebracht wurden. Hätten die Bullen nämlich gleich geschallt was abgeht, wäre es unter Umständen zu einem Blutbad gekommen. Ganz davon abgesehen, meinen wir, daß das Mittel Schußwaffe zu dieser Zeit, an diesem Ort, noch dazu so eingesetzt politisch falsch ist.

Im Moment irgenwelche Bullen abzuknallen kann nicht unsere Sache sein. Abgesehen von der persönlichen Befriedigung ist an einer solchen Aktion nicht viel Positives nachvollziehbar. Politisch bewegt sich dadurch nichts für uns. Eher treiben solche Schüsse einen Isolationsprozeß voran, der politisch fatale Konsequenzen haben könnte.

Anders ist es, wenn es sich darum handelt, bestimmte Repräsentanten oder besondere Schweine umzupletten. Solche Aktionen können sinnvolle, richtige Sachen sein.

Die Schüsse an der Startbahn haben die "Linke" tief erschüttert. Es ist nicht unsere Absicht, uns mit Erklärungsmustern, z.B. Counteraktion oder Einzelaktion von Durchgeknallten Leuten zu beschäftigen. Es geht um die Reaktion der "Linken". Wir wollen uns auch nicht mit den üblichen Distanzierungen und Verurteilungen der Grünen, Gewaltfreien und anderen Reformisten auseinandersetzen, uns ist klar, daß es von Ihnen nichts anderes zu erwarten gibt, wenn es ans Eingemachte geht. Unter uns aber, werden immer mehr Stimmen laut, die von "Verrohung", "Verselbständigung der Gewalt", "Mythos der Gewalt", "Angst vor Militanz" sprechen.

### ZUR ANGST:

Es ist klar, daß diejenigen, die kämpfen, sich mit der Angst immer wieder konfrontiert sehen, und daß die Angstmomente bei verschiedenen Menschen an verschiedenen Punkten einsetzen, die von eigenen Erfahrungen stark abhängen. Uns geht es nicht darum, zu sagen, wir müssen alle über unsere Schatten springen und die Angst zu Hause lassen. Vielmehr ist es notwendig, sich Mittel und Wege zu überlegen, wie wir im Kampf unsere Angst überwinden können, und dieses befreiende Moment zu erleben, was uns sicher sehr viel Kraft geben kann.

### ZUR GEWALT:

Wir finden es grundsätzlich falsch, in dieser Art und Weise eine Diskussion über "unsere" Gewalt anzufangen, weil sie einen falschen Ausgangspunkt hat. Uns bleibt die Wahl der Mittel nicht überlassen. Wir haben schon längst die Erfahrung gemacht, und die Geschichte bestätigt es, daß es unmöglich ist, uns vor der Staatsgewalt durchzusetzen innerhalb des rechtlichen Rahmens der uns aufgezungen wird. D.h., wenn wir das System zerschlagen wollen, werden wir der staatlichen Gewalt revolutionäre Gewalt entgegensetzen müssen. Nicht etwa, weil es geil ist oder Spaß macht, sondern weil es nicht anders geht. An dieser Stelle jeglichen Gebrauch von Schußwaffen abzulehnen mit der Begründung, sie würden nicht zu unseren Mitteln gehören ist nicht nur falsch, sondern beinhaltet eine hinterlistige Distanzierung von bewaffneten Kampf, weil er gar nicht mehr genannt wird.

Die Militanz, die sich in den letzten Jahren in der BRD weit verbreitet hat, ist Ausdruck von politischen Inhalten. Ausdruck davon, daß wir bereit sind zu kämpfen, Risiken einzugehen, daß wir uns nicht widerstandslos in die vom Staat bestimmten Schranken verweisen lassen, daß wir zumindest punktuell in der Lage sind, die Herrschenden konkret anzugreifen. Dies war für das autonome Spektrum eine neue Entwicklung und sie ist richtig. Viele von uns haben dadurch erfahren, daß wir uns doch für Momente der oft als übermächtig empfundene Gewaltordnung des Systems entziehen können. Wir finden diese Erfahrungen verdammt wichtig. Wir denken auch, daß jene Erfahrungen uns denen in den drei Kontinenten kämpfenden Menschen ein Stück näher bringen. Wenn wir uns auf diese Menschen beziehen und einen internationalen Kampf anstreben, dürfen wir nicht vergessen, welchen Bedingungen er unterliegt. Es gehört in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zum Alltag, daß die Bullen oder die Armee auf Demos scharf schießen. Wer regt sich noch über Zeitungsmeldungen über Tote bei Auseinandersetzungen zwischen Bullen und Streikenden in Südafrika, El Salvador oder Chile auf? Dabei wissen wir, daß die Firma Heckler und Koch zahlreiche faschistische Regime der drei Kontinente beliefert, und daß die BRD Bullen begehrte Ausbilder für Aufstandsbekämpfung sind. Wir wollen die Schüsse an der Startbahn unter dieser Perspektive sehen, weit über die BRD Grenzen hinaus, in ein richtiges Verhältnis setzen. Wir meinen natürlich nicht, daß es keine regionale Unterschiede zwischen den Unterdrückungsverhältnissen gibt und überall die selben Strategien und Mitteln dagegen eingesetzt werden können. Wir denken aber, daß auch hier die Bullen oder das Militär schießen werden, wenn es ihnen befohlen wird. Es ist auch nicht so lange her, daß sie es hier in Europa getan haben. Schon vergessen?

### KONSEQUENZEN

Im Rhein/Main Gebiet laufen weiterhin Verhaftungen und Durchsuchungen, die von verstärkter Observation begleitet werden. Das führt zu einer relativen Verunsicherung in der Szene. Die Leute, die bisher verhaftet wurden, sollen alle wegen Landfriedensbruch bzw. schweren Landfriedensbruch einen dran kriegen. Bei diesen Anklagen werden sich die Schweine auf ihre langjährigen Observationserkenntnisse und Filmaufnahmen von der Startbahn stützen.

Gezielt wird außerdem versucht eine kriminelle Vereinigung passend zum par. 129 a zu konstruieren, die die Bullenaktion geplant und durchgeführt haben soll.

An die Startbahn soll weiterhin gegangen werden. Was sich hier eventuell kurz und langfristig ändern wird kann Mensch noch nicht absehen. Diese Frage wird zu einer Nagelprobe für die Startbahnbewegung werden.

Bundesweit ändert sich nichts, und dennoch viel.

Die diversen Gesetzesverschärfungen vom "Vermummungsverbot" als Straftatbestand bis zur Aufstellung spezieller Schlägereinheiten der Bullen werden jetzt durchgedrückt, aber das wären sie so oder so.

Zumindest in Berlin gab es so eine Polizeitruppe schon bevor die Schüsse an der Startbahn fielen und die verschiedenen Gesetzesveränderungen liegen auch schon seit längerer Zeit fertig in den Schubbläden.

Wenn Frankfurt nicht gewesen wäre hätten sie sich über kurz oder lang eine der nächsten Gelegenheiten für ihre "Neuerungen" in ihrem Aufstandsbekämpfungsprogramm dafür zurecht gebastelt.

In der Szene sehen wir uns einer wieder neu aufgeflamten Gewaltdiskussion gegenüber. Das ist erstmal nicht schlecht weil es zur Klärung von Positionen führen kann.

Die Distanzierungen von Alternativen/Revis sind nicht Neues und logisch.

### ZU "MILITANT" UND "MILITÄRISCH"

Durch die Ereignisse an der Startbahn kommt es in diversen Papieren und Diskussionen erneut zu einer Nennung und Vermischung der Begriffe "militant" und "militärisch" die wir haarsträubend finden. Es kommt zu Definitionen wie "Militanz ist eine Mischung aus Protest und Widerstand", die überhaupt nicht aussagt, oder es wird gesagt daß der Gebrauch einer Knarre eine militärische Auseinandersetzung ausmacht.

Der Gebrauch einer Knarre, ja selbst wenn es zwei oder drei gewesen wären, macht für uns noch lange (ganz lange) keine militärische Auseinandersetzung aus. Auch die Existenz von

diversen Kleingruppen und dieser und jener Bombenanschlag sind für uns keine militärische Auseinandersetzung. Für uns ist das alles militante Politik mit militanten Mitteln.

Von einer militärischen Auseinandersetzung in der BRD zu reden zeugt von einer diffusen Begriffsbestimmung. Eine militärische Auseinandersetzung setzt eine Organisation und Ausrüstung voraus, die es hier momentan nicht gibt und auch in absehbarer Zeit nicht geben wird. Außerdem bedeutet sie eine Härte der Auseinandersetzung, die diese "Linke", die schon bei zwei toten Bullen fast einen Kollaps kriegt, keine fünf Minuten durchhalten würde.

Einige Autonome aus Göttingen

### ....SONDERN NEUN MILLIMETER!

## NEHMEN SIE



Wir nehmen an, daß die Liquidation der 2 Bullen an der Startbahn eine Counter-Aktion ist

d.h. daß sie von geheimdiensten geplant und organisiert wurde und von angeworbene provokateuren - oder von ihnen selber ausgeführt wurde.

- daß sie solche counter-aktionen durchführen, ist wohl spätestens seit der 'celler-loch-aktion' öffentlich bekannt. sie wollten damit eine counter-guerilla aufbauen, um so an die RAF dran zukommen.

- oder die counteraktionen gegen die hauptbahnhöfe 73/74, die bomben in den schließfächern, die sie der RAF zuschieben wollten, um so die RAF als 'kaltblütige killer' von der bevölkerung zu isolieren.

- oder im HS 81; wo die vielfältigen pol. und militanten mobilisierungen mit den häuser und anti-akw revolten zusammen gekommen sind. dieser kampf wurde von vielen verstanden und worin die möglichkeit steckte, daß der widerstand sich politisch als eigenständige kraft durchsetzt. dagegen haben sie die counteraktionen von barrikaden und betonplatten auf bahngleisen und die bombe in der köln u-bahn gestartet. unter dem propagandistischen motto: wenn später.. dann so und soviel tote...

das sind beispiele aus ihrer praxis und der brd bzw, daß das für sie keine ungewöhnliche praxis ist.

diese methoden sind teil jeder aufstandsbekämpfungsstrategie, bestandteil der ausbildung von anti-guerilla-einheiten des militärs und der geheimdienste, und sie stehen in jedem cia-handbuch.

die blutigen fäden der kontinuierlichkeit solcher aktionen ziehen sich quer durch die geschichte und kontinente:

- ob es die sprengung des greenpeace schiffes vor neuseeland; von agenten der dst, franz. militärischer geheimdienst; ende 85 ist. um eine pol. mobilisierung, besonders der ureinwohner in den ehemaligen franz. kolonien, wie damals in neukaledonien und heute in tahiti; gegen die franz. atomversuche zu verhindern.

- das massaker in bahnhof von bologna, welches von agenten des militärischen geheimdienstes und neo-faschisten durchgeführt wurde.

- oder die bombenserie gegen die intern. zivilluftfahrt im sommer 85: die bombe in der abfertigungshalle des ffm'er flughafens; die sprengung des air-india jets bei irland; mit 380 toten; die bombe auf den toki'o'er flughafen. diese aktionen hatten das ziel, die offensiv-strategie der usa, von 'prävention und vergeltung gegen den intern. terrorismus' durchzusetzen. mit diesen counteraktionen haben sie den 'schrecken des intern. terrors' aufgezeigt und so das druckmittel und die klammer gehabt, andere länder in die intern. zusammenarbeit reinzupressen. dieses ziel direkt, auf den sich ausweitenden intern. befreiungskampf und die fortschrittlichen, blockfreien länder, was sie die letzte zeit bewiesen haben: mit den bombenangriffen gegen libyen, den iran, und den angriffen und den entführungen gegen palästinenser, -wie vor zwei monaten das kidnapping des palästinensers fawas junis, von bullen des fbi's, aus dem libanon. shultz bezeichnete diese 'als eine neue phase des kampfes gegen den intern. terrorismus'.

die ausstandsbekämpfungs-strategien wenden diese mittel überall an, nicaragua, peru, türkei, angola, kurdistan...-aktionen im namen der guerilla und/oder der revolutionären kräfte zu machen, um darüber diese von der bevölkerung zu isolieren.

die liquidation der zwei bullen paßt genau in das politische klima und entspricht ihrem interesse, die ansätze des radikalen und revolutionären widerstands jetzt auslöschen zu wollen, bevor wir uns auf neuer stufe gegen den faschismus organisieren und durchsetzen. wir müssen anfangen uns politisch strategisch am ziel zu bestimmen, uns die notwendigen mittel und das terrain dafür erobern. wir müssen in die, für sie nicht mehr aufhaltbare ökonomische und pol. krise rein intervenieren und mit den menschen und arbeitern, die davon extrem betroffen sind, wie zb die bergarbeiter im ruhrgebiet, pol. und praktisch zusammenkommen. dies sehen wir als eine der aufgaben des rev. widerstands an. sie wollen uns, bevor wir den jetzt möglichen und nötigen qualitativen sprung in der entwicklung einer rev. strategie schaffen, erwischen und dies vorher abknicken.

in diesem projekt geht es als erstes darum, die militanz, insbesondere bewaffneter kampf als 'verrückt und abartig' - so kohl - darzustellen, um quer durch die gesellschaft und die linke distanzierung zu erpressen. um so den boden zu schaffen und relativ reibungslos abräumen zu können:

'... es geht darum... die geistige offensive gegen die horde gefährlicher schwätzer zu eröffnen, die sich nur halbherzig von der gewalt distanzieren.. und eine unmißverständliche gewaltabsage muß formuliert werden.' unionspolitiker, taz 4.11.

'... der entscheidende schritt muß jetzt der zugriff auf das gewaltpotenzial der autonomen sein...' kommentar sz 4.11. sie wollen in dieser situation, im kontext ihrer strategie von 'präventiver konterrevolution' eine gesellschaftliche einkreisung und isolierung errichten. die grünen haben das schon direkt aufgegriffen und zu ihrer sache gemacht, dazu otto schily: 'der staat müsse nun mit festigkeit reagieren. es sei ihm unbegreiflich, wenn grüne die fahndungsforderung



nicht unterstützen würden. auch bei demos müsse nun drauf geachtet werden, keine falschen koalitionen einzugehen.. was die grünen direkt in der ersten anto-terror/gewalt manifestation, am samstag 7.11. in stuttgart umgesetzt haben, unter der leitparole 'gegen die eskalation der gewalt' und 'für die gewaltfrei pol. auseinandersetzung'. dazu der grüne organisator huf: 'wir haben uns gedacht, es wäre ein bißchen wenig, nach einem solchen vorfall, es bei den üblichen distanzierungen zu belassen.. die schüsse.. hätten nicht nur auf menschen, sondern unmittelbar auf das grundrecht der demofreiheit gezielt. deshalb müsse dieses grundrecht auch gegenüber solchen gewalttätigen verteidigt werden.' welt und taz 7.11.

die herrschenden schaffen sich jetzt die mittel, mit denen sie gegen uns und alle, die anfangen an den widersprüchen der krise zu kämpfen, vorgehen wollen. das ist zb die änderung des versammlungsgesetzes. dabei geht es nicht nur um demos, sondern um jede 'versammlung über 5 personen', dh auch um veranstaltungen und autonome plenen. sie können damit jede veranstaltung und plenum verbieten und auflösen, konkret wer trotzdem weiterhin teilnimmt, kann dafür in den knast gehen und bei 'wiederholungsgefahr' direkt einfahren.

das ist die linie, die das bayrische innenministerium schon mit den verbotenen des buko's und den veranstaltungen zur 'palästinensischen revolution' und zu den 'pol. gefangenen in der brd' exemplarisch angefangen haben. der gewollte zugriff auf den plenen offenbart sich über das zitāt von hermann, bdk: '... die konsequente verfolgung und zerschlagung der strukturen der verbrechergruppe verurteilter gewalttäter...'

wir haben das jetzt mal auf den begriff gebracht, um aufzuzeigen worauf sie aus sind und wie weitreichend sie sich jetzt mittel beschaffen. uns geht es nicht darum ein horrorbild zu malen, erstrecht nicht daraus die konsequenzen entstehen zu lassen, -wir können ja eh nix mehr machen. ganz im gegenteil, wir denken, daß wir der realität und dem feind ins auge schauen sollen und müssen. weil es die voraussetzung dafür ist, sich darauf einzustellen und als kampfbedingung davon ausgehen zu können.

wir werden im folgenden darauf eingehen, weshalb wir neben der pol. einschätzung meinen, daß die schüsse eine counter-aktion sind.

-die bullen und der staatschutz wußten eine ganze zeit vorher, daß es an der startbahn abgehen würde. '...beobachtungen im vorfeld zum montag allerdings ließen polizeikreise annehmen, daß die sog. reisechaoten in großer zahl wieder kommen würden.' welt 4.11. und '... bereits am wochenende hatte die ffm'er polizei informatione, daß aus dem ganzen bundesgebiet berufs-demonstranten und mitglieder der autonomen nach ffm anreisen, um den 6. jahrestag der räumung des hütendorfes zu feiern.' ffm'er abendpost 4.11. dh. sie konnten wochen vorher einschätzen und wußten konkret, daß es dort abgehen wird und hatten somit genug zeit, sich genau für diese aktion vor zubereiten, sie zu planen.

-der wald war genau in dieser nacht nicht ausgeleuchtet. '...normalerweise ist die an der startbahn vorbeiführende landstraße zur zeit nachts gesperrt, weil aus dem nahen wald, erst kürzlich entdeckte, höchst explosive kampfmittel aus dem krieg geborgen werden. in dieser nacht hatte man auf bitten der polizei auf eine fortführung der bergungsaktion verzichtet, da die polizei eine gefähdung der demonstranten befürchtete...' welt 4.11.

wir wissen nicht genau wo diese räumungsgebiete laufen, uns fällt dabei nur auf, daß sie sich damit ideale bedingungen geschaffen haben, unter denen sie die aktion durchführen konnten. was wohl durch den ausgeleuchteten wald für sie schwieriger gewesen wäre. dh. sie konnten so unerkannt aus einem unübersichtlichen und dunklen gelände heraus operieren.

-es ist ein absolut unkontrollierbares gelände, dunkel, mit viel büschen und wald, woraus es sehr leicht ist, die aktione ungesehen durch zuführen.

dazu hat ein beteiligter bulle gesagt, '...die schüsse kamen überraschend und kaum einer der polizisten hat offenbar zunächst verstanden, was da tatsächlich passierte. die beamten hatten im angesicht der brennenden heuhaufen haltgemacht, einige hatten ihre durchsichtigen schilde auf den boden gestellt. 'ich habe den helm abgenommen und dann hat es gezischt und plopp gemacht und dann ist mein nebenmann umgefallen', berichtete später ein polizist einem rundfunkreporter...'

sz 4.11. eine anderer beteiligter bulle: '...niemand hatte schüsse gehört, geschweige denn mündungsfeuer gesehen...' taz 4.11.

-es war keine geschlossene demo, sondern '...unterwegs kamen aus anderen richtungen vom wald noch leute hinzu...', eine bi-sprecherin in der taz 4.11.

dh. eine situation, in der es überhaupt nicht auffallen konnte, daß sich irgendwo provokateure in die büsche geschlagen haben.

-am diensttag um 21.45 uhr in den sonder-tagesthemēn, indem ein teil des bullenvideos von der nacht gezeigt wurde, wurde exakt die stelle bzw situation in der die schüsse gefallen sind, herausgelassen, obwohl, wie der moderator sagte, 'sie gut zu sehen seien sollen', der sprecher sagte außerdem noch, daß die bullen diese stelle nicht veröffentlichten wollten.

das steht im widerspruch zu ihrer sonstigen praxis. sie sind sonst förmlich nur geil darauf 'gewalttätige stellen' zu zeigen, um so die 'brutalität der chaoten und terroristen' darzustellen.

-zentral und wichtig ist auch die veränderte öffentlichkeitslinie, in den ersten meldungen kamen reale abläufe. dazu der ffm'er bullensprecher in der taz: '...in einer ersten stellungnahme erklärte er, daß die schüsse 'aus allen richtungen' gekommen sind, meinten direkt beteiligte beamte am dienstagsvormittag, daß es an dem abend überall geknallt habe...' taz 4.11.

sogar wallmann bestätigte, in zusammenarbeit mit einem bullenpressesprecher am mittwoch auf einer pressekonferenz: '...die schüsse sind wahrscheinlich aus größerer entfernung, gezielt und aus dem schützenden dunkel des nahen waldes abgefeuert worden...' welt 5.11.

sofort, ein paar stunden nach der aktion begann die gleichschaltung und gezielte desinformation von bullenpräsident gemmer, rebmann und der baw.

aus allen meldungen in den zeitungēn und rundfunk geht hervor, daß ausschließlich die baw die meldung verbreitet: '...die baw ergänzte, daß die vorrückenden polizisten von einer gruppe, auf dem an der startbahn angrenzenden waldgelände heraus über megaphon aufgefordert worden seien, sich nicht weiter zu nähern. unmittelbar danach sei ein kommando "scharfschützen feuer" zu hören gewesen. darauf sei von den verurteilten gewalttätigen mit leuchtspurmunition und scharfer munition geschossen worden...' rp 4.11. und die taz vom 4.11. nochmal dazu 'nach einer auf einer spd-pressekonferenz lancierten meldung, die von dem ffm'er polizeipräsident stammen soll, hieß es, die schüsse seien "aus einem pulk schwarzgekleideten demonstranten heraus" abgegeben worden...'

das alles widerspricht aber den authentischen berichten der bullen die direkt beteiligt gewesen sind. konkret haben die bullen gesagt: 'hab meinem helm abgenommen und dann hat es gezischt..plopp.. dann ist mein nebenmann umgefallen...', die bullen berichteten, daß sie den brennenden heuhaufen zur pause genutzt haben, dabei haben sie ihre schilder hingelagt und helme abgenommen. so verhalten sich bestimmt keine bullen die angegriffen werden und vorher sogar noch per megaphon aufgefordert wurden.

dh. die baw hat diese desinformation gezielt in die öffentlichkeit gesetzt, um ihr projekt von isolierung und einkreisung durchzusetzen.

dahinter steht, daß gba rebmann nach den neuen anti-terror-gesetzen, von anfang dieses jahres, das verfahren an sich reißen konnte, dazu die sz 5.11.: '...danach kann der gba tötungsdelikte auch dann verfolgen, wenn sie nicht einer konkreten terroristischen vereinigung zugeordnet werden können. voraussetzung ist der verdacht, daß eine solche strafat geeignet ist, den bestand der inneren sicherheit der brd zu beeinträchtigen. rebmann hat das bejaht...'

-die totale verfürgungsgewalt und somit gleichschaltung funktioniert so, daß es die anordnung der baw gab, daß keine behörde und stelle außer ihnen zu berichten hat. dh. sie haben eine faktische nachrichtensperre verhängt, in dem sie sich den zugriff auf alle nachrichten geschaffen haben und ihr einkreisungsprojekt funktioniert. dazu die taz vom 5.11.: '...eine nachfrage von journalisten bei den ärzten der flughafenklinik..ergab..daß anfragen von journalisten an die pressestelle der baw gerichtet werden müssen. den ärzten sei aufgegeben, bis auf weiteres gar nix mehr zu sagen...die verwirrung der medienschaffenden, die sich offiziell nur noch auf die informationen des pressesprechers der baw stützen können...'

das ganze ging sogar soweit, daß '...kritik wurde von fdp und grünen an rebmann geübt, der schon gestern zu behaupten wisse, daß die schüsse von verurteilten demonstranten abgefeuert worden seien, obwohl es dafür keine augenzeugen gäbe, also niemand wissen könne, ob die tater wirklich verurteilt waren...' taz 5.11.

-zwei weitere widersprüche, die über die verhängte nachrichtensperre entstanden sind, sind die unterschiedlichsten versionen wo und wie andreas festgenommen wurde, mal im bett, mal beim tee trinken usw. oder wo die zwei bullen nun die einschüsse hatten, von vorne oder hinten...

ihr projekt ist aber nicht ganz aufgegangen, weil sie nicht jeden bullen gleichschalten konnten, daher ist der wirkliche ablauf teilweise ans licht gekommen. dabei hat die baw ihre version immer wieder tönend in den vordergrund gebracht. sie mußten sogar lochte kritisieren, der ihnen mit seiner einschätzung, nicht in den kram passte. '...prechtel wandte sich gegen die vermutung.. des vs-chefs lochte, die tat sei eine einzelaktion gewesen. dagegen spreche, daß von mehreren zeugen, vor den schüssen gehörte kommando. scharfschützen feuer...'

ganz unter dem motto, ihre desinformation so lange zu wiederholen, bis es in jeder zeitung steht, jeder zweifel beseitigt ist, um so glaubwürdig zu wirken.

-ein weiterer zentraler punkt von dem counterprojekt, der schüsse an der startbahn, ist die absicherung und legitimierung, daß die schüsse auch wirklich aus dem widerstand kommen sollen.

-andreas ist seit monaten vom vs observiert worden. taz vom 9.11.: '...polizeiführung, lka und vs..geräten immer mehr unter druck. seit bekannt wurde das..andreas eichler über monate hinweg observiert wurde.. wie bild..berichtete, habe ein vs-beamter..erklärt, daß auch eichlers telefon überwacht worden sei...' und taz vom 13.11.: '...ob hoffmann.. in den vergangenen monaten observiert wurde, konnte der baw-sprecher fürster weder bestätigten noch dementieren... dieses ist ein konkreter hinweis darauf, daß der vs andrea und wahrscheinlich auch andere observiert hat.

ihr zentrales ziel war es nach den schüssen, jemanden die knarre zu zustecken. wofür sie diese person observieren und unter kontrolle haben müssen, um sie genau einschätzen zu können.

-andreas hat selber gesagt: 'ich habe nicht geschossen, irgend ein fremder hat mir auf der demo den kompletten rucksack in die hand gedrückt.' taz 11.11. das klingt plausibel, denn wenn sie bei andreas keine knarre gefunden hätten, könnten die geheimdienste/baw nicht "zweifelsfrei" öffentlich durchsetzen, daß die schüsse wirklich aus dem widerstand kommen sollen.

wir sehen das so, daß die geheimdienste entweder einen v-mann/provokateur in die scene eingeschleust haben, von dem die schüsse kommen, oder das die aktion direkt von agenten oder gekauften handlangern durchgeführt wurde und ziel darin war, direkt jemand/andreas danach den rucksack samt knarre in die hand zu drücken, um so durchsetzen zu können, daß andreas stellvertretend für den widerstand, die aktion durchgeführt haben soll.

zentral darin ist die initiative von gauweiler, dazu sz 13.11.: '...gauweiler fordert..die hessische landesregierung auf, gegen andreas eichler..beim bundesverfassungsgericht die aberkennung der grundrechte zu beantragen.'

damit wollen sie erreichen, daß derjenige, der am klarsten das ganze counterprojekt kippen lassen kann, ein für alle mal mundtot sein soll.

wir schätzen das jetzt so ein, daß die baw und der vs andreas massivt erpressen, daß er "zugibt", daß er die aktion durch-

geführt hat. das mit der drohung wenn er nicht "gesteht", fährt er min. 2 mahl wegen mordes ein und noch die aberkennung der grundrechte, was heißt, die absolute und totale verfürgungsgewalt über ihn.

wir denken das es auch nicht zufällig zu diesem zeitpunkt kommen, sondern das sie mit dieser initiative den druck auf ihn verstärken wollen.

sie konfrontieren ihn mit diesen hämmern, weil er das ganze counterprojekt kippen lassen kann, wenn er sich gegen die drohungen und erpressungen durchsetzt.

für die schweine ist andreas die möglichkeit ihr projekt als aktion des widerstands abzusichern. das andere dabei ist, daß sie einfach mal wieder in der öffentlichkeit einen "fahndungserfolg" brauchen, was sie bei der RAF nicht schaffen. weil es genau ihr problem ist, daß sie nicht mehr an die guerilla drankommen.

wir meinen, es geht darum die schüsse genau zu untersuchen und die meldungen genau zu hinterfragen.

wir finden es auch sehr wichtig, daß andreas da recht bald was genaues zu sagt.

über die politische einschätzung und über die hier aufgezeigten widersprüche und hinweise kommen wir auf den begriff, daß das eine counteraktion vom staatschutz und/oder der geheimdienste ist.

wir können es natürlich nicht 100% ausschließen, daß da wirklich einer durchgeknallt ist. wenn es so wäre, ist es verdammt scheiße und es müßte darum gehen, rauszufinden wie es zu sowas kam.

wir denken das es darum gehen muß, sich einen realen begriff davon zu erarbeiten, was jetzt die situation ist, weshalb die herrschenden mit solchen counteraktionen gegen uns vorgehen müssen.

es ist wichtig für uns zu überlegen, wie wir uns gegen diesen strukturierten staatschutzangriff durchsetzen können und wie wir den angriff gegen sie umdrehen und wenden können. die offenlegung, daß sie aus staatschutzinteresse selber kaltblütig ihre eigenen bullen killen, wird wie eine bombe einschlagen.

es geht darum, sich einen begriff von der realität, der scharfe der konterrevolution zu verschaffen, daß ist die voraussetzung auch unter den veränderten bedingungen offensiv gegen den imperialismus kämpfen zu können.

und nicht aus angst vor isolation und der repression den kopf zu verlieren und genau das zu machen, was der staatschutz damit erreichen will:

aufhören zu kämpfen, sich zu distanzieren und im kern, aufhören revolutionäre gewalt anzuwenden.

nur wenn wir unsere politischen positionen und kriterien von revolutionärer gewalt dagegen stellen und daran entwickeln, uns politisch überlegen was wir wollen, können wir uns gegen diese angriffe durchsetzen.

**NICHT VOR DER DIMENSION DER EIGENEN ZIELE ZURÜCKSCHRECKEN!!!**

nicht sich drehen und winden unter den schlägen des gegner, heulen und winseln ind entschuldigungen stammeln: so böse war's nicht gemeint, wie es viele tun. wiederhauen muß mann, für jeden feindlichen hieb zwei, drei zurück!!!

## NEHMEN SIE



### ERKLÄRUNG ZU DEN SCHÜSSEN IN FRANKFURT

Neben der Betroffenheit über die Schüsse an der Startbahn steht für uns die Betroffenheit darüber, daß und mit welcher Selbstverständlichkeit davon ausgegangen wird, daß "die Autonomen" hier die politische Verantwortung tragen. Klar ist, daß die Schüsse an der Startbahn von uns abgelehnt werden; viele von uns waren erschrocken, als sie die Nachricht hörten, und viele können sich nicht vorstellen, daß es Leute von uns gewesen sind. Warum und wie diese Möglichkeit dennoch nicht auszuschließen ist, dazu später.

Der Kampf, den die revolutionäre Linke hier und jetzt führt, ist in erster Linie ein politischer Kampf, muß es sein, und wird es auch auf absehbare Zeit bleiben. Natürlich wollen wir eine revolutionäre Umgestaltung dieser Gesellschaft:

- weil wir sehen, das dieses System tausenden von Menschen tagtäglich Hunger, Folter und Vernichtung beschert
- weil wir wissen, daß der relative Wohlstand der Industriestaaten auf Blut gebaut ist
- weil auf der anderen Seite der heutige Kapitalismus wie kein anderes System in der Lage ist, oppositionelle Regungen zu integrieren-und wo das nicht geht, sie mit modernsten Mitteln auszugrenzen und zu vernichten; und dieses Konzept von Aussonderung und Integration gerade jetzt in einer Phase des Umbaus der Gesellschaft neue Aktualität bekommt.
- weil wir denken, daß der Kapitalismus nicht reformierbar ist und erst recht nicht freiwillig seinen Platz räumen wird.

Das heißt, wir sind weit davon entfernt, Gewalt grundsätzlich abzulehnen: Dieses System muß radikal, militant, gewaltsam bekämpft werden.

Revolutionäre Gewalt ist also kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Nur die Gewalt, die tatsächlich notwendig ist, um dieses System zu zerschlagen, können und müssen wir vertreten.

Ihr Angriffsziel ist der Kapitalismus und nicht seine Helfershelfer, die zwischen uns und dem Feind stehen.

Allein daraus folgt, daß die Schüsse in Frankfurt kein Ausdruck von autonomer Politik sein können. Wir müssen - als politische Kraft, die zweifellos noch nicht die Breitenwirkung erlangt hat, um den Kampf so zu führen, daß er die Grundfesten dieses Systems tatsächlich in Gefahr bringt- bei allem, was wir tun, genau darauf achten, welchen politischen Effekt unsere Handlungen haben.

Als Beispiel mag hier die Startbahnbewegung dienen: Sie begann in den sechziger Jahren als zunächst ökologisch



motivierter Protest gegen die Flughafenerweiterung. Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre entwickelte sie sich zur Massenbewegung und war als solche auch Thema autonomer Überlegungen: Es waren Autonome, die die Thematisierung der Startbahn West als militärisches, imperialistisches Projekt mit vorantrieben, ebenso, wie Autonome die Palette der Kampf-formen erweiterten. Gemeinsame Diskussion und gemeinsamer Kampf der verschiedensten Menschen wie z.B. der Frauen in der Küchenbrigade und der Autonomen brach die gegenseitige Isolation auf und gab der Startbahnbewegung ihre Sprengkraft.

Es ist wohl an der Zeit, einige grundlegende Gedanken zur Aufgabe und Möglichkeit von Militanz zu formulieren:

1. Militanz, die in der jetzigen Situation Sinn machen soll, muß nachvollziehbar sein, und zwar sowohl in ihren Inhalten/Hintergründen, ihrem Zeitpunkt, als auch in der praktischen Durchführung.
2. Ihre Aufgabe kann im Augenblick nur sein, - den Hinweis auf die tatsächliche Schweinerei durch materiellen Schaden zu verstärken, der in erster Linie politischer Schaden ist (Reagan-Besuche, Wackersdorf). Das heißt, bei allen Nacht- und Nebelaktionen bisher ging es darum aufzuzeigen, wo die HERRschenden sitzen, was sie tun, wie sie arbeiten. Deswegen haben sich unsere Aktionsformen auch nie auf Zerstörungen beschränkt, sondern gehörte auch z.B. die Veröffentlichungen geklauter Akten dazu.
- bei Massenaktionen Menschen zu schützen - in erster Linie vor den Übergriffen der Bullen. Daß das nötig und sinnvoll ist, hat sich seit Bestehen einer autonomen Linken immer wieder gezeigt; sei es bei der Organisation und Sicherung des Rückzugs bei der Belagerung des Bundestages in 1982, in Brokdorf, Wackersdorf oder bei den Auseinandersetzungen um die Ermordung von Günter Sare vor zwei Jahren.
- ein System, das für gewöhnlich als übermächtig erlebt wird, angreifbar zu zeigen und damit überhaupt den Blick für die Chancen von Verweigerung und Widerstand zu öffnen.

3. Sie muß auf den revolutionären Prozess hinzielen, das heißt sie muß darauf zielen mit den Menschen gemeinsam zu kämpfen, die unterdrückt sind und Befreiung wollen, sie muß sich eindeutig gegen den Kapitalismus und Imperialismus wenden.

Und um das auch klarzustellen: Wenn auf Demos Steine gegen die Fenster von Banken, Versicherungen, Daimler-Benz Filialen etc. fliegen, soll das zeigen, wer die sind, gegen die da demonstriert wird. Oder andersrum ausgedrückt: Die Bullen sind nicht unser Angriffsziel, aber sie schützen die HERRschenden und in dieser Funktion müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen.

Zusammengefaßt heißt das: Wir versuchen und haben immer versucht, unsere Aktionsformen und Inhalte an der realen politischen Situation zu messen, in der Erkenntnis, daß revolutionäre Politik, bevor sie wirksam werden kann, in den Köpfen und Herzen der Menschen erst wieder als Möglichkeit verankert sein muß. Woraus klar wird, daß die Schüsse in Frankfurt weder Ausdruck noch Konsequenz autonomer Politik sind.

Wir halten es daher mindestens für möglich, daß das eine Staatsschutzaktion war.

Tatsächlich mutet die Darstellung der Ereignisse aus mehreren Gründen merkwürdig an.

Einige Überlegungen zum "Tathergang"

Bei dem Versuch uns vorzustellen, wie das abgelaufen sein soll, ergaben sich einige Schwierigkeiten. Da geht jemand oder mehrere - mit Knarre und beträchtlichen Mengen Munition auf eine Demonstration, nimmt das Risiko in Kauf, abgegriffen zu werden und für Jahre im Knast zu landen, und mehr noch das Risiko, daß die Bullen zurückschießen und ein Gemetzel veranstalten. Beträchtliche Mengen Munition allein schon deshalb, weil wenn auch nur vier Schüsse getroffen haben sollen - und die Angaben über die Anzahl der Schußverletzungen ändern sich immer noch täglich - müssen wesentlich mehr abgegeben worden sein - in der Dunkelheit und aus einer Faustfeuerwaffe; außer, es war John Wayne. Dann geht der Typ/die Frau seelenruhig nach Hause - mit der Knarre - und hängt sie im Rucksack an die Garderobe wie John Wayne seinen Pistolenhalter. Es findet sich hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen eisiger Kaltblütigkeit und kindlicher Naivität.

Unklarheiten gibt es aber auch auf anderen Ebenen:

Nach wie vor ist völlig ungeklärt, von wo die Schüsse abgegeben wurden; die anfängliche Behauptung, das sei aus dem Demozug heraus geschehen, löst sich ja inzwischen in Luft auf. Vor allem ist nach den Gründen zu fragen, wieso nicht unmittelbar, nachdem die Bullen umgefallen sind, versucht worden ist, Demonstranten einzukesseln. Wenn auch die Folgen der Frankfurter Vorgänge bislang noch überhaupt nicht absehbar sind, einiges läßt sich jetzt schon sagen:

Autonome Inhalte und Praxis sollen diskreditiert und möglichst vollständig isoliert werden, darüber hinaus jede Form illegaler politischer Äußerungen. Das wird beginnen mit dem Schüren von Angst mit Autonomen aus Demos zu gehen. Die Konstruktion einer juristischen und moralischen Kontinuität von autonome Theorie und Praxis hin zu den Schüssen von Frankfurt, so abstrus sie ist, soll die Distanzierung von Autonomen bewirken und so die bereits geplanten Repressionsmaßnahmen akzeptabel machen. Was heißt: Die Folgen für die politische Kultur der BRD können gewaltig sein; es ist abzusehen, daß sich die Bedingungen für politisches Handeln hier grundlegend verschärfen werden, wenn auch noch nicht zu sagen ist, wie das konkret aussehen wird. Und das wird bei weitem nicht nur uns treffen.

Bei alledem ist nicht klar, von welcher Seite die Schüsse tatsächlich gekommen sind - sei es von den Geheimdiensten, von einer Gruppe um einen V-Mann wie bei Schmücker oder von Faschisten wie beim Oktoberfest. Und wenn auch klar ist, daß, wer auch immer die Schüsse abgegeben hat, die Rechtfertigung dafür in keinem Fall aus dem ziehen konnte, was autonome Theorie und Praxis ausmacht, bleibt die Möglichkeit, daß da jemand aus unserem Umfeld völlig durchgeknallt ist.

Aus unserem Umfeld heißt, daß es Leute gibt, die uns so interpretieren, daß unsere Politik gegen die Bullen gerichtet ist; daß es - beileibe nicht nur bei uns - Leute gibt, die ihre linke Subjektivität so begreifen, das ihr ganz persönliches Verhältnis, ihr Bauch das Kriterium ist, nach dem sie bestimmen, was politisch sinnvoll ist. Das sieht z.B. so aus, daß sich Leute im persönlichen Kriegszustand mit dem Imperialismus begreifen und jeden Blick für politische Realitäten verlieren.

Die Schüsse in Frankfurt wären dann eine Reaktion auf den ständig wachsenden Bullenterror, auf die Knüppelorgien, die Töten, die es seit dem 2. Juni 67 auf Demonstrationen gegeben hat, eine Reaktion, die den Blick auf die realen Verhältnisse hier nicht hat. Denn diese Schüsse trafen auch den Widerstand, und wer auch immer sie abgegeben hat mußte das wissen.

Wieso nicht eine einzige Verhaftung im Wald stattgefunden hat und was genau zwischen 20.55 Uhr und 21.38 Uhr geschehen ist. Die Aufnahmen über diesen Zeitraum fehlen in der bisherigen Veröffentlichung der polizeilichen Videos. Verwunderlich finden wir auch die auf der einen Seite sich völlig widersprechenden Angaben, z.B. über das Scharfschützenkommando und den Festnahmeort von Andreas und auf der anderen Seite die Klarheit und Sicherheit, mit der innerhalb so kurzer Zeit Andreas als Täter präsentiert wird. Das Einräumen der Möglichkeit, daß der Staatsschutz da seine Finger drin hat, ist so abwegig nicht - wenn auch zugestanden werden muß, daß hier eine völlig neue Qualität auftaucht. Erinnert sei nur an das Celler Loch, den Schmücker-Mord, an das Oktoberfest-Massaker.

Und es sei die Frage erlaubt, wem die Schüsse von Frankfurt eigentlich nützen. Wir sehen uns vor einer Situation, in der das Einführen neuer Repressionsmaßnahmen vorbereitet wird: Die Sicherheitsgesetze, Versammlungsverbot, möglicherweise Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen, der schon die Teilnahme an illegalen - für illegal erklärten - Demonstrationen zum Verbrechen erklärt. Zudem sehen wir wesentlichen Veränderungen der Produktions- und Verwertungsbedingungen entgegen, was Aussonderung für viele bedeuten wird und was Widersprüche zum Staat verstärkt oder neu entstehen läßt. Auf der anderen Seite sind wir Autonomen - trotzdem uns zweifellos Massenwirksamkeit noch fehlt - schon lange nicht mehr so isoliert, wie das Lochte, Cohn-Bendit (wobei ersterer noch intelligenter ist als letzterer), Grüne und Konsorten gerne hätten und behaupten.

Tatsächlich ist in den letzten Jahren bei vielen Menschen ein Interesse an unserer Sicht der Dinge entstanden über - unsere Beteiligung an Massenbewegungen - das Aufgreifen der Asyl und Migrationspolitik - die in vielen Städten maßgeblich von Autonomen getragene Diskussion um die Volkszählung und Informationstechnologie allgemein - die von autonomen und anderen Frauen getragene Kampagne gegen Gen- und Reproduktionstechnologie.

Wir haben uns bemüht, militante Politik und ein grundsätzlich ablehnendes Verhältnis zum imperialistischen System wieder diskutierbar zu machen.

Tatsächlich geht zwar autonome Politik - revolutionäre Politik immer - von der konkreten Erfahrung aus; die Wahrheit ist immer konkret. Die Erfahrungen der organisierten Unmenschlichkeit können wir nur da politisch umsetzen, wo sie reflektiert wird, wo wir uns in dem, was wir tun immer in Beziehung setzen zu der Gesellschaft, in der wir kämpfen, und wo wir uns nicht mit dem Gegner auf eine Stufe stellen. Allerdings müssen wir uns fragen, ob wir uns genügend mühe gegeben haben, dies alles zu vermitteln, ob unsere Aktionen, über die wir in erster Linie wahrgenommen und definiert werden, ihren wirklichen Inhalt erkennen lassen. Sonst kann es dahin kommen, das sich Leute auf uns beziehen, die ihr Vorgehen militärisch statt politisch bestimmen, die dem alten, immer wieder von uns kritisierten, Fightermythos erliegen. Das heißt für uns in jedem Fall das wir untereinander wie mit denen, die unsere Politik interessiert, unserem Militanzbegriff - politisch - diskutieren müssen, von Neuem und immer wieder.

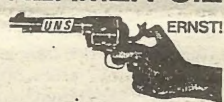
Für uns geht es um die Existenz der revolutionären Linken in der BRD - nicht weniger -

Dieses Papier ist eine erste Stellungnahme zu der Aktion an sich. Zu den Verhaftungen und Andreas werden Veröffentlichungen folgen.

soziale Revolution oder Barbarei

DÜSSELDORFER AUTONOME

NEHMEN SIE



DISKUSSIONSPAPIER

Wir wollen zu den Auseinandersetzungen an der Startbahn West in Frankfurt Stellung nehmen, in deren Verlauf zwei Bullen erschossen worden sind.

Wir stellen zuerst fest, daß die Mitnahme und der Gebrauch von Schußwaffen auf Demonstrationen mit unserer Politik jetzt nichts zu tun hat. In der jetzigen politischen Situation dienen die Schüsse objektiv den herrschenden Interessen.

- Allgemein vereinfachen sie die Denunziation revolutionärer Politik.
- Sie ermöglichen die Entfaltung einer Hetzstimmung gegen Autonome, AntiimperialistInnen und alle Menschen, die den Willen nach radikaler Veränderung des Lebens hier in der BRD ausdrücken und in Praxis umsetzen, speziell jetzt auch gegen die Hafenstr. in Hamburg und die Kämpfe an der WAA in Wackersdorf.

- Darüber tragen sie zur Isolation autonomer und anti-imperialistischer Politik bei. Sie wirken gerade auch gegen das breite Zusammenkommen unterschiedlicher politischer Kräfte an konkreten Objekten, wie in Hamburg (Jugendvertretung Blohm & Voss, Arbeitslosenzentren, Schülerkammer, Nachbarschaftsinitiative...) und Wackersdorf (Betriebsrat der mit Massenentlassung konfrontierten Maxhütten-Arbeiter...), wo das Bewußtsein gemeinsamer Interessen das Trennende in der politischen Analyse und der Anwendung unterschiedlicher Mittel in der politischen Auseinandersetzung mit den Herrschenden verdrängt, wodurch die Kämpfe an Breite und Tiefe gewonnen haben.

- Sie geben den willkommenen Anlaß für die Durchsetzung von Gesetzesverschärfungen gegenüber der liberalen Öffentlichkeit in der BRD (Versammlungsverbot, Landfriedensbruchverschärfung, Aufstellung von Spezialeinheiten der Bullen, weitere Aufrüstung der Bullen), ohne daß dem ein breiter, qualitativer Sprung im revolutionären Widerstand vorausgegangen ist.

- Sie schaffen ein psychologisches Klima, in dem jeder Bulle noch bereiter wird, auf uns zu schießen. Zimmermann fordert dazu öffentlich auf.

Über diese konterrevolutionäre Wirkung passen die Schüsse an der Startbahn West den Herrschenden hervorragend in ihr Konzept der Isolierung und Vernichtung jedes antagonistischen Bewußtseins und jeder antagonistischen Praxis. Wir halten es aus diesem Grund für wahrscheinlich, daß das, was in Frankfurt gelaufen ist, eine Inszenierung des Staatsschutzes war, auch wenn wir dafür keine Beweise haben. Der Staatsschutz wird, wenn es politisch notwendig scheint, nicht zögern, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die revolutionäre Entwicklung in der BRD zurückzudrehen, so schon Mitte der 70er Jahre durch die Ermordung von RAF-Gefangenen in Stammheim/Stadelheim, durch die über Jahre hinweg fortgesetzte Folter und schleichende Liquidierung über Isolationshaft in der Hochsicherheitstrakten der BRD-Knäste, so durch eingeschleuste Provokateure auf Demonstrationen, wie am 4.10.86 bei einer Anti-WAA-Demo in München, so durch vom Verfassungsschutz selbst inszenierte Anschläge 1978 in Celle, 1980 auf das Münchner Oktoberfest mittels Faschisten, 1982/83 mehrere Brandanschläge auf Kaufhäuser durch den VS-Spitzel Scheffler in München (BKA-Direktor Hans Kollmar 1982: "Diese Form von Kriminalität (-gemeint ist der rev. Widerstand und die Guerilla in der BRD-) sollte mit nachrichtendienstlichen Mitteln bekämpft werden. Eigene Terrorgruppen sollten aufgebaut werden.")

Ein weiterer Grund, warum wir daran zweifeln, daß ein Mensch an dem rev. Widerstand für die Schüsse an der Startbahn West verantwortlich ist, liegt darin, daß sie unserer Bestimmung von revolutionärer Gewalt widersprechen. Rev. Gewalt muß wirksam in das System eingreifen, also ein praktisches Ziel verfolgen, niemals aber ziellos nur der Eskalation in der Auseinandersetzung dienen und sinnlos Menschenleben fordern.

Sie muß kollektiv bestimmt und verantwortlich eingesetzt werden, niemals aber als Einzelaktion, die Menschen gefährdet, die vorab nicht wissen können, in welche Situation sie hineinmanövriert werden. (Daß die Bullen nicht zurückgeschossen haben, liegt wohl nur daran, daß sie die Situation nicht geschonnt haben.) Rev. Gewalt richtet sich immer gezielt gegen zentrale Einrichtungen oder Repräsentanten des Systems, nicht aber in Tötungsabsicht gegen x-beliebige Bullen. Aus all dem ergibt sich, daß es für uns jetzt nicht Sache sein kann und darf, aus Demonstrationen heraus, Bullen mit Schußwaffen anzugreifen.

Trotzdem können wir nicht mit Sicherheit ausschließen, daß die Schüsse doch von einem Menschen aus dem rev. Widerstand abgegeben worden sind. Wir könnten dies dann nur als Ausdruck eines verselbständigen Hasses begreifen, dem das Augenmaß politischer Vernunft verloren gegangen ist. Für einen solchen verselbständigen Haß gibt aber dieser Staat, seine Repräsentanten, seine Vernichtungspolitik, seine Struktur der Ausbeutung, Unterdrückung und Isolierung der Menschen voneinander, sein imperialistischer Charakter die Grundlage ab. Wer die Ohnmacht gegenüber diesem System und seiner Gewalt alltäglich spürt, wer begriffen hat, daß dieses System seine Ziele rücksichtslos gegen den Willen und die Bedürfnisse der Menschen durchsetzt und immer durchsetzen wird, wer die Hoffnungslosigkeit des Versuchs erkannt hat, die Verhältnisse in der BRD friedlich oder gar parlamentarisch zu verändern, wer der Brutalität der Bullen ausgesetzt war, wie zuletzt in Wackersdorf oder auch seit Jahren an der Startbahn West oder in der Drohung mit Schußwaffeneinsatz und toten HausbesetzerInnen im Falle einer Räumung der Hafenstr. in Hamburg, wem die Erinnerung an Benno, Olaf, Klaus-Jürgen, Günter, von den Bullen auf Demos ermordete Genossen, wach ist, dem/der wächst die Sehnsucht, der Hunger nach einem anderen Leben, den/der wächst der Haß gegen dieses System, seine Repräsentanten und die Bullen, die dafür stehen, daß es weiter Bestand hat. Darin liegt natürlich die Gefahr der Verselbständigung, die den Blick für die konkrete Situation, für die politische Wirkung einer Aktion verstellt. Die eigentliche Ursache dafür aber liegt nicht in uns, die wir den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Isolation und für Selbstbestimmung und Kollektivität auch mit militanten Mitteln führen, sondern im imperialistischen Staat selbst, der jetzt Bedauern, Entsetzen, Trauer heuchelt, wo ihm die Menschen ansonsten so gleichgültig sind, sie nur in ihrer Funktion für die Realisierung ihrer Profite, für den Erhalt ihrer Herrschaft interessieren.

Wir werden unserem Kampf weiterführen, wir werden unsere "Masken" nicht "herunterreißen", wir werden uns nicht entwaffnen und schutzlos dem Staatsschutz ausliefern. Wir wissen, daß nur der revolutionäre Kampf die Hoffnung auf Befreiung von Imperialismus und Patriarchat, von Militarismus, Rassismus und Faschismus in sich trägt. Unter uns werden wir die Diskussion um die Bestimmung von rev. Gewalt dahingehend führen, daß wir ausschließen können, daß Menschen aus dem rev. Widerstand, wenn es so gewesen sein sollte, in Einzelaktionen so unverantwortlich und in seiner Wirkung nur den Herrschenden dienend mit dem Mittel der rev. Gewalt umgehen.

KAMPF DEM IMPERIALISMUS - KAMPF DEM PATRIARCHAT  
REVOLUTIONÄRE GEWALT GEGEN DIE GEWALT DER MENSCHENVERACHTER  
FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND KOLLEKTIVITÄT  
VENCEREMOS



## Stellungnahme zu den Vorfällen an der Startbahn

Nach dem Tod zweier Polizeibeamten am 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West, ist der revolutionäre Widerstand in die öffentliche Diskussion geraten. Dieses Flugblatt wurde von einigen militanten Anarchist/inn/en und Antifaschist/inn/en geschrieben, um den Lügen der Politiker und der bürgerlichen Presse etwas entgegen zu setzen. Wir möchten betonen, daß diese Stellungnahme nur von einem Teil der Münchner Szene unterstützt wird und daß es andere Einschätzungen und Ansätze gibt.

Wir halten diese Aktion strategisch, politisch und moralisch für nicht vertretbar. Sie richtet sich gegen unsere soziale Perspektive und ist in höchstem Maße konterrevolutionär. Wir setzen uns aber damit auseinander, weil wir die Möglichkeit nicht ausschließen können, daß Leute aus "unseren" Reihen diese Aktion durchgeführt haben.

Es ist uns völlig klar, daß Staat, Parteien und reaktionäre Medien ein konkretes Interesse daran haben, die Öffentlichkeit gegen uns aufzubringen. Auch linksliberale Zeitungen und Parteien - einschließlich der Grünen - beteiligen sich (wie nicht anders zu erwarten) an dieser durch und durch verlogenen Hetzkampagne. Wir sollen den Interessen dieser Parteien geopfert werden, die jetzt die Möglichkeit sehen, die Öffentlichkeit für ihre Ziele und "Inhalte" zu gewinnen, indem sie sich ins "rechte" Licht rücken und ihre radikaleren Ursprünge vergessen machen wollen. Sie geben uns zum Abschluß frei um ihre Wahlchancen zu erhöhen. Sie tun genau das, was der Staat von ihnen erwartet.

### NEHMEN SIE



«Der Weg ist lang und voller Schwierigkeiten. Manchmal müssen wir, in eine Sackgasse geraten, umkehren; ein andermal trennen wir uns, zu schnell vorgerückt, von den Massen; bei gewissen Gelegenheiten marschieren wir zu langsam und spüren ganz nah den Atem derer, die uns auf dem Fuße folgen.» (Ernesto Che Guevara)

Am 2.11.87 wurden an der Startbahn West in Frankfurt zwei Polizisten durch Schüsse aus einer 9-mm-Pistole tödlich getroffen. Diese zwei Toten hatten zur Folge, daß erstmalig Dutzende Leute festgenommen und zig Wohnungen durchsucht wurden. Es ist jetzt schon klar, daß einige Leute, unabhängig von einer konkreten Beteiligung an der Tat, einfahren werden. In den Tagen danach wurde von Politikern und Medien eine Hetzkampagne losgemacht, wie wir sie seit '77 bei der Schleierentführung nicht mehr erlebt haben. Aber auch Distanzierungsrituale, wie sie jetzt von den GRÜNEN zelebriert werden, müssen keinen Vergleich zu '77 scheuen.

Wir wissen noch nicht, wer an der Startbahn geschossen hat, wir können uns aber alle Möglichkeiten vorstellen. Wir können uns sowohl vorstellen, daß einer von uns geschossen hat, als auch, daß es sich um eine Provokation des Staatsschutzes handelt. Was wir allerdings wissen, ist, daß egal was im Einzelnen passiert ist, der Tod zweier Menschen wieder einmal dazu benutzt wird, die Mord- und Totschlagsmaschinerie dieses Staats perfekt zu machen und Menschen, die gegen dieses System kämpfen, in eine moralische Zwickmühle zu treiben, die sie lähmt.

Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West sind kein isolierter Konflikt im zeitlichen und gesellschaftlichen Nirgendwo. Sie finden statt in der BRD, einem Staat, der bereitwillig die rechtliche und historische Nachfolge des Faschismus angetreten hat; einem Staat, der verbündet ist mit den USA, deren völkermörderische Tradition drei Jahrhunderte zurückreicht, und die es sich als einziger Staat der Erde erlauben können, ihre Weltherrschaftspläne offen zu benennen. Die Startbahn West selber ist nicht irgendeine Betonpiste, sondern Rollbahn für die Militärtransporte, die Weltherrschaftspläne nun mal mit sich bringen. Im Vietnamkrieg hat der Frankfurter Flughafen seine logistische Rolle für den Völkermord der USA gespielt. Und diese Weltherrschaftspläne sind nicht Hirnspinnweben irgendwelcher Idioten namens Reagan oder Kohl. Diese Pläne sind konsequenter Ausdruck des Machtanspruchs der herrschenden Klas-

se, die für ihre Wirtschaft Zugriff auf alle Märkte braucht und die Möglichkeit, je ist z.B. darüber abstimmen, ob ihr etwas bestimmtes wollt oder nicht, dafür seid ihr nicht mündig genug. Daß dabei nichts herauskommen kann, ist ausgemacht. Manchmal sind die Herrschenden auch so offen, das zu sagen. So Verteidigungsminister Wörner anlässlich der Auseinandersetzungen um die Stationierung der Pershing-II-Raketen, als er richtigerweise feststellte: „Die demonstrieren, wir regieren“.

Wehe aber, wenn wir merken, daß wir so nichts erreichen, und daraus Konsequenzen ziehen. Wenn wir anfangen, Projekte der Herrschenden zu behindern oder anzugreifen. Wenn wir uns nicht wie Schlachtvieh von einem Platz weg-schaffen lassen, den wir besetzt haben, weil wir nicht wollen, daß dort eine weitere Vernichtungsfabrik erbaut wird. Wenn eine Bewegung tatsächlich die politische Durchsetzungskraft erreicht, die Ziele des Staates und der Kapitalisten an einem bestimmten Punkt zu durchkreuzen, ein für sie wichtiges Projekt zu verhindern, zeigt der Staat, was er ein-mal Bedarf auszubeuten - alle Menschen, auch die in der SU, weil ihr wirtschaftliches System darauf aufgebaut ist, einzig und allein immer mehr Kapital anzuhäufen. Die Startbahn West ist ein Teil der konkreten Projekte der Herrschenden in diesem Zusammenhang, es ist nicht das einzige.

Die Startbahn West ist nicht nur im „Ernstfall“ eine Bedrohung. Sie hat schon jetzt genügend an Zerstörung mit sich gebracht. Mit ihr ist ein weiteres Stück Natur für die Menschen vernichtet worden. Tagtäglich zerrütten Gift und Lärm die Gesundheit der Leute, die dort wohnen. Zur Zeit wird sie mal wieder weiter ausgebaut.

Es ist klar, daß die Menschen sich das nicht gefallen lassen, daß sie versuchen, Widerstand zu leisten. Die Reaktion des Staates darauf hat Tradition. Zuerst verweist er die Leute auf die demokratischen Spielregeln, soll heißen: ihr dürft wählen, ihr dürft euch friedlich und ohne Waffen versammeln, wenn ihr das schön vorher anmeldet, ihr dürft Unterschriften sammeln. Was ihr allerdings nicht dürft,

Militanz auf Demonstrationen, schwarze Masken etc. werden oft als unsere Inhalte angesehen. Verteidigung bzw. Schutz gegen Polizeiübergriffe ist jedoch nicht unser Inhalt, sondern nur ein Mittel, daß eben in der jetzigen Situation nötig ist. In der jetzigen Lage in der BRD halten wir es aber für falsch, mit Schusswaffen aus einer Menschenmenge heraus gegen irgendwelche Bullen vorzugehen. Eine endgültige Einschätzung der Ereignisse ist uns jedoch aus Mangel an genaueren Informationen noch nicht möglich, schließlich ist ja auch eine Staatsschutzaktion denkbar - wie das Loch im Celler Knast. Die Politiker und Kapitalisten haben schon oft absichtlich Opfer in Kauf genommen, um die Sache dann dem Gegner in die Schuhe zu schieben. Um das Leben der Polizisten geht es denen sicher nicht. Allzuoft wurden kleine Polizeigruppen in Demonstrationen hineindirigiert, um Krawalle zu provozieren. Es ist also völlig offensichtlich, daß die pathetischen Beileidsäußerungen der Politiker und Machthaber nur Heuchelei sind. Denen kommt es doch gerade recht, die Repressionsschraube weiterdrehen und den anti-staatlichen Widerstand zerschlagen zu können. Die Frankfurter Toten werden zur Legitimation für die Verschärfung, des Demonstrationsrechts; jeder revolutionäre Widerstand läuft mehr und mehr Gefahr, als "terroristische Vereinigung" behandelt zu werden. Von den vielen Toten auf unserer Seite, die der Staats-terror bisher gefordert hat, spricht niemand; die laufende Metze wird neue Schwerverletzte oder Tote unter uns zur Folge haben. Die bereits geplante Ausrüstung der Polizei (siehe Gummigeschosse und Betäubungswaffen) zu einer immer schlagkräftigeren und paramilitärischen Schutztruppe des Kapitals wird sich nun beschleunigen.

gentlich ist - Gewaltapparat zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse.

Er verläßt das „Feld der demokratischen Auseinandersetzung“ und läßt den Konflikt von der für den „inneren Frieden“ zuständigen Söldnertruppe - genannt Polizei - bereinigen. Und die leistet ganze Arbeit. Sie knüpelt drauf, sperrt Leute ein, schießt mit Wasserkanonen und Gasgranaten. Daß ab und zu mal ein Toter auf der Strecke bleibt, ist kein Betriebsunfall, sondern einkalkuliert, und es führt bestimmt nicht zu einer Spaltung bei Polizei und Politikern in Gewaltfreie und Gewalttäter. Der Tod von Demonstranten wird von berufsmäßigen Gewaltanstellern wie Zimmermann und Gauleiter lapidar mit „selber schuld“ kommentiert. Eine klare Empfehlung: wer nicht draufgehen will, soll sich fernhalten von Auseinandersetzungen, bei denen der Staat deutlich gemacht hat, daß es für ihn ums Eingemachte geht.

Das heißt zum Beispiel bei der Atomkraft: wenn zwei Drittel der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke sind, muß der Staat dafür sorgen, daß möglichst viele davor Angst kriegen, etwas gegen AKWs zu unternehmen. Diese Strategie hat in Wackersdorf zwei tote Demonstrationen gekostet, und nicht zufällig waren dies keine erprobten Kämpfer. Die, die es dann immer noch nicht lassen können, setzen den Großteil ihrer Energien in die Beantwortung der „Gewaltfrage“. Wir, der kleinere - autonome - Teil der Bewegung, halten daran fest, der Gewalt des Systems etwas entgegenzusetzen, konzentrieren uns allerdings fast ausschließlich darauf, die Söldnertruppen zu bekämpfen, gegen die wir uns moralisch im Recht wissen. Der größere Teil strengt sich an, zu beweisen, daß er keine Gewalt will, und im Nullkommantischts ist für ihn die Präzisionswaffe Zwille ein größeres Problem als der Eierkocher von Atomkraftwerk. Die „Ich-wasche-meine-Hände-in-Unschuld“ Philosophen sind mit ihrer Organisation in der GRÜNEN Partei zur stärksten ideologischen Waffe des Staates in einem Abnutzungskrieg geworden, der bisher noch jede Bewegung geschafft hat. Sie erklären scham-

Seit 1980

## Eine Chronik

Nach jahrelangem Rechtsstreit um die geplante Startbahn West waren 1980 die juristischen Mittel der Startbahngegner erschöpft. Im Mai 1980 errichteten sie ein Protestdorf auf dem für die Rollbahn vorgesehenen Gelände. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen begannen mit der Räumung dieses Hüttendorfes am 2. November 1981 kurz nach Beginn der Bauarbeiten.

Am 14. November demonstrieren rund 100 000 Menschen in Wiesbaden und überreichen über 220 000 Unterschriften für die Zulassung eines Volksbegehrens gegen die Erweiterung. Einen Tag darauf blockieren die Gegner den Flughafen mit brennenden Barrikaden und bewirken ein Chaos auf den Autobahnen und Zubringerstraßen. Gleichzeitig liefern sich militante Gegner und Polizei eine heftige Auseinandersetzung auf dem geplanten Baugebiet: 109 Polizisten und 200 Demonstranten werden verletzt. Noch im November lehnt das hessische Kabinett in Wiesbaden das Volksbegehren aus verfassungsrechtlichen Gründen ab.

Januar 1982: Bei schweren Zusammenstößen im Verlauf einer verbotenen Demonstration auf dem Baugebiet werden 140 Demonstranten und Polizisten verletzt; anschließend kommt es zu schweren Krawallen in der Frankfurter Innenstadt.

November 1982: Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Räumung des Hüttendorfes kommt es nach einem Protestmarsch in Frankfurt zu Krawallen.

Juni 1983: Anschlag auf das Haus des Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Flughafen AG (FAG). Erich Becker, Sachschaden rund

50 000 Mark. Kurz darauf wird ein weiterer Sprengsatz im Schulungszentrum des Flughafens gefunden, der allerdings nicht explodiert.

November 1983: Zum zweiten Jahrestag der Räumung und des Beginns der Waldrodung abermals schwere Auseinandersetzungen mit Verletzten am Baugebiet.

Januar 1984: Zur Jahreswende 1983/84 heftige Zusammenstöße an der Mauer der Startbahn. Teilweise maskierte Personen schießen mit Stahlkugeln auf Polizisten, werfen Molotowcocktails, Kanonenschläge und Steine. Ein Hochspannungsmast wird zersägt und zerstört.

April 1984: Die Startbahn West geht in Betrieb. Am Wochenende darauf liefern sich militante Gruppen bei einer Demonstration mit der Polizei eine blutige Schlacht mit zahlreichen Verletzten.

In den folgenden Jahren kommt es Sonntag für Sonntag am Rande der Startbahn zu Scharmützeln zwischen schwarz verummten militanten Startbahngegnern und Polizei.

April 1986: Zum zweiten Jahrestag der Inbetriebnahme der neuen Startbahn gelingt es erstmals rund 220 Militanten, den Flugbetrieb auf dem Rollfeld zum Erliegen zu bringen. Leuchtkugeln und Molotowcocktails hatten ein Aufforstungs- und Wiesengelände in Brand gesetzt. Die Aktionen um die Startbahn West haben den hessischen Staatshaushalt bis dahin mit mehr als 38 Millionen Mark belastet.

2. November 1987. Sechs Jahre nach Räumung des Hüttendorfes werden bei Krawallen an der Startbahn zwei Polizisten erschossen und neun weitere schwer verletzt.

## stern

Im Oktober 1986 durchsuchte die Kripo seinen Arbeitsplatz, weil Eichler an der Grenze bei Kehl festgenommen worden war - das Auto voll mit Brandflaschen, Stahlkrallen und anderem schwerem Demo-Gerät. Die Polizei ließ Eichler fortan observieren und brachte ihn schon bald in Zusammenhang mit Aktivitäten der »Revolutionären Heimwerker«, die sich zu Anschlägen auf Strommasten bekannt hatten. Für den mutmaßlichen Heimwerker wurde Telefonüberwachung angeordnet.

Am Montag, dem 2. November, gegen 19 Uhr telefonierte der Abgehörte mit einem unbekannten Genossen und informierte ihn über eine »größere Aktion« an der »Spinne«. Die Lauscher alarmierten das »Mobile Einsatzkommando«, aber als die Beamten bei Eichler vorfuhren, war er schon weg. Fieberhaft wurde versucht, das Code-Wort »Spinne« zu knacken - jedoch erfolglos. Erst nach den Todesschüssen an der Startbahn konnte Eichler gefunden und sein Rucksack mit der Mordwaffe, zwei leeren Magazinen und zusätzlicher Signalmunition sichergestellt werden, dazu ein Handschuh mit Schmauchspuren.

Es war die Handlung eines »durchgeknallten« einzelnen, urteilt der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Christian Lochte, und er schließt aus, »daß hinter den Schüssen eine politische Strategie, ein von mehreren Autonomen gemeinsam getragener Wille steckt«. Sein Berliner Staatsschutz-Kollege Manfred Ganschow bekräftigt: »Die Schüsse und der Schütze sind ein Einzelfall, eine Wiederholung ist unwahrscheinlich. Es ist nicht das Ziel der Autonomen, Menschen zu töten.«



walttätigkeit, die dieser Staat jedem aufzwingt, der seine Gewalt bekämpft, abgekoppelt vom Ziel der Befreiung und ist zum Selbstzweck geworden.

Wir müssen dafür sorgen, daß keiner in unseren Zusammenhängen für sich individuell beschließen kann, jetzt reicht's, jetzt schließe ich. Wir müssen mit dem Mißverständnis aufräumen, die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen. Unser Kampf ist erst dann radikal, wenn er erfolgreich wird. Eskalation – nach dem Motto – erst Molli, dann Zwillie, dann Knarre – ist genau die Eskalation, wie sie den Herrschenden ins Konzept paßt. Ihnen tut es nicht weh, wenn einer ihrer Söldner abgeknallt wird.

Eskalation von uns aus muß anders laufen, muß bedeuten, immer mehr lassen sich immer weniger gefallen, muß bedeuten, die Kapitalisten machen immer weniger Profite, weil immer mehr klauen oder streiken oder sabotieren, muß heißen, der Staat braucht immer mehr Söldner, weil immer mehr Menschen auf die Straße gehen, kriegt aber immer weniger, weil wir die Widersprüche zwischen Staat und Bevölkerung vertiefen. Eskalation muß heißen, nicht mehr der Staat schreibt uns vor, auf welchem Feld und mit welchen Mitteln wir ihn bekämpfen, sondern wir zwingen den Staat in die Defensive. Und zwar auf allen Ebenen – politisch, ökonomisch, militärisch, moralisch. Dazu müssen wir lernen, jedes Mittel – Flugblatt oder Sabotage, Streik oder Knarre, Boykott oder Moll zur rechten Zeit und mit der nötigen Konsequenz, aber auch mit Vorsicht und ohne je das Ziel aus den Augen zu verlieren, einzusetzen.

Das heißt aber auch, daß die Tötung eines Menschen nicht allein damit zu rechtfertigen ist, daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Und genau das, diese Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben, die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen, dürfen wir bei uns nicht zulassen. Weil wir eine solche Gleichgültigkeit unter uns zugelassen haben, können wir uns von der Tat von Frankfurt nicht distanzieren. Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Wirkungsweise des Systems in uns und untereinander bekämpfen. Wir dürfen uns aber auch nicht vom Kampf abhalten lassen dadurch, daß uns ein menschenverachtendes System Mittel in diesem Kampf aufzwingt, die uns immer ein Problem bleiben müssen. Und wir dürfen nie aufhören klarzumachen, wer für die Toten in diesem Kampf eigentlich verantwortlich ist, nicht nur für unsere, sondern auch für tote Polizisten und Soldaten. Für den Tod eines Söldners trägt allemal Schuld er selbst, der sich für sein Handwerk bezahlen ließ, aber noch mehr der Kriegsherr, der ihn ins Feld schickte.

Autonome aus Bonn

## NEHMEN SIE



### Das Wort zum Sonntag

am 2.11.87 sind 2 Polizisten an der startbahn-west des frankfurter flughafens erschossen worden.

seitdem hat es gegen autonome und startbahngegner/innen eine in dieser härte seit langem nicht mehr dagewesene repressionswelle eingesetzt. zig wohnungen und andere räume im rhein-mein-gebiet wurden durchsucht. bekleidung, papiere und andere sachen wurden mitgenommen, ohne auflistungen von diesen sachen zu machen, geschweige denn quittungen auszuhändigen. mindestens 2 wohnungen wurden bei den durchsuchungen zerstört. viele vorläufig festgenommene wurden im knast und bei verhören weiteren schikanen ausgesetzt. ihnen wurde mit erschiessung, frauen mit vergewaltigung gedroht. andere mussten die ganze nacht über in unterhosen und mit auf den rücken gefesselten händen in einzelzellen zubringen.

diese repressionen kommen nicht

von ungefähr. hier werden sowohl der tod der 2 polizisten, als auch betroffenenheit und trauer genutzt, um eine schon lange gärende progromstimmung gegen autonome, anarchist/innen und startbahngegner/innen zu schüren. den führenden köpfen aus wirtschaft, politik, industrie und exekutive geht es nur vordergründig um die aufklärung der tötung zweier polizisten. menschenleben interessieren sie nur bedingt. sie lassen täglich menschen für ihre interessen sterben, sei es durch ausbeutung der sogenannten "3. welt", durch abschiebungen in folter- und mordregime; (vor allem über den flughafen frankfurt/main), oder durch psychische und physische vernichtung im alltäglichen lebens- und produktionsbereich.

wer die schüsse auf die polizisten abgegeben hat, ist bis heute nicht geklärt, aber die vorverurteilung von andreas ist schon voll im gange. so zeigen zum beispiel die ereignisse um den bombenanschlag auf das gefängnis in zelle, der vom verfassungsschutz in auftrag gegeben und von der gsg 9 durchgeführt wurde, wie wenig den herrschenden an menschenleben liegt und zu welchen vorgehensweisen "sie" im rahmen "ihres" permanent runtergeleiteten "rechtsstaats" fähig sind. ist es nicht auch denkbar, das die schüsse vom 2.11 von ihnen selber inszeniert wurden? die tötungen werden zum anlass genommen, nicht nur unsere strukturen zu durchleuchten bzw. zerstören zu wollen, sondern auch durch verschärfte demonstrationsgesetzte und irrsinnige aufrüstung den gesamten ausserparlamentarischen widerstand (zum beispiel auch bürgerinitiativen) wirkungslos werden zu lassen. den zeitpunkt, den "sie" für solch ein vorgehen gewählt hätten, wäre äusserst günstig, weil wir gerade in der zeit nach tschernobyl in der auseinandersetzung um die hinrissigkeit der kernkraft sehr viel zustimmung in grösseren bevölkerungskreisen finden konnten, unseren eingesetzten mitteln auch weitgehend akzeptiert wurden.

im laufe der auseinandersetzung um die startbahn-west und der nun schon 6 jahre dauernden versuche, eine soziale bewegung zu zerschlagen, haben sich unsere formen von widerstand entwickelt. anstelle der demutsvollen bittgänge und des passiven widerstandes, der schon 1981 brutal zerschlagen wurde, (bspw. hüttendorfräumung, rohrbachstrasse,) sind direkte aktionen getreten, die eine praktische behinderung des baus und betriebs der startbahn zum ziel hatten. auch der schutz unserer demonstrationen ist im laufe der letzten jahre immer wieder gegenstand unserer überlegungen gewesen. zu oft sind menschen von sondereinsatzkommandos willkürlich und ohne rücksicht auf das leben zusammengeschlagen worden. permanente überwachung und kriminalisierung einzelner haben uns bewogen, unsere identität teilweise dem zugriff des staates durch verummung zu entziehen. es ist immer auch ausdrück der gesamten startbahnbewegung gewesen, in eskalierten situationen aktiv schützende und direkte, einen polizeilichen "übergriff" bremsende, bzw. stoppende handlungsweisen zu praktizieren. die anwendung von schusswaffen ist für uns in solchen situationen undenkbar.

wir lassen uns nicht auf vorgeschriebene "protestformen" festlegen, die nichts verändern können und auch nicht sollen. unsere mitteln haben sich in den auseinandersetzungen verschiedener bewegungen entwickelt und dienen uns, unsere vorstellungen auch praktisch durchzusetzen. die bewohner der hafenstrasse müssten den winter jetzt schon im obdachlosenasyll verbringen, wenn sie nur einen verein zur rettung der häuser, eine wahlliste "rettet die hafenstrasse" aufgestellt hätten. militante gegenwehr, die soziale verankerung und finanzielle erwägungen haben bisher den senat von einer räumung abgehal-

ten.

in der gesellschaft, die wir anstreben, wird es kein oben und unten geben, keine herrschenden, die ihre macht und ihre futternäpfe durch eine unzahl von armeen und polizisten schützen werden, sondern selbstbestimmte formen des zusammenlebens und des organisierens von produktion und der verteilung der produzierten güter. in dieser richtung sind unsere formen des widerstandes und die verteidigung erster erkämpfter utopieansätze unbedingt notwendig.

wir wollen nicht mehr kuchen - wir wollen die ganze bäckerei !!!!

einige frankfurter autonome und startbahngegner/innen.

In einer internen studie haben sie das gewalt-potential der autonomen in ihrem bundesland analysiert. die »antimilitaristische gruppe aachen« etwa trifft sich regelmässig im »öko-zentrum« in der charlottenstrasse 6 und zählt 25 »gewaltbereite« mitglieder. in der »autonomen gruppe« von bielefeld, von bochum und köln sind jeweils 15 personen bereit zu gewalt. die stärkste gruppe mit 30 mitgliedern gibt es in wuppertal. die düsseldorfer verfassungsschutzler zählten landesweit knapp zweihundert potentielle gewalttäter. gesamteinschätzung: »das fehlen von ausgeprägten hierarchien und der damit verbundenen befehlsstrukturen bleibt ein wesensmerkmal autonomer. hier liegt auch die relative schwäche der autonomen begründet. unrichtig wäre es, auch die autonomen als »neue terroristische scene« zu betrachten.«

## „10 MONATE“

### im 5. RADIKAL-Prozeß

Am 8.12. und 14.12.87 fand vor dem 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Düsseldorf der mittlerweile 5 Prozeß wegen angeblicher Verbreitung der Zeitschrift RADIKAL 132 statt. Angeklagt war ein angebliches Mitglied des Buchladenkollektivs 'Distel' aus Detmold. Das Urteil nach 2 Tagen ist das bisher härteste, ein Gesinnungsurteil aus dem Lehrbuch der Gesinnungsjustiz. Der Angeklagte wurde zu 10 Monaten Haft, ausgesetzt auf 4 Jahre zur Bewährung, sowie 1000 DM Geldbuße verurteilt. Wir haben den Prozeß besucht und berichten über den Verlauf.

Im Rahmen der bundesweiten Durchsuchungs- und Beschlagnahmewelle in Sachen Radikal wurde am 31.7.86 der Buchladen 'Distel' von den Detmolder Bullen durchsucht. Sie fanden 4 der - von ihnen selbst mitgebrachten - Exemplare der Radikal 132 (Prozeßflugblatt Buchladen). Am 13.1.87 fand eine Durchsuchung der Wohnung des Angeklagten durch das LKA statt. Hier wurden u.a. die Radikal 132, De Knispelkrant und das Blättle beschlagnahmt.

#### 1. Prozeßtag

In der bekannten Stammheim-Atmosphäre (abgeschirmtes Sondergebäude, Bullen mit MP, Durchsuchung der Öffentlichkeit, des Angeklagten, des Anwalts, Fotokopieren der Personalausweise, Freibrief des Gerichts für die im Sitzungssaal anwesenden Bullen zur Entfernung von 'StörerInnen' etc.) wurde ein Gesinnungsprozeß mit 'terroristischem Hintergrund' durchgeführt. Als erster Zeuge tritt BKA Bulle Nietrug auf der Ermittlung gegen Radikal 132 leitet. Er sagte „nur“ zum Gesamtverfahren aus.

Nun wurde der Postbeamte vernommen der die Pakete zum Buchladen bringt. Er sagte aus: „das er mit dem Buchladen eine Abmachung habe. Da der Laden um

8.30 Uhr immer noch geschlossen sei, habe er einen Schlüssel bekommen. Er stelle die Pakete im Laden ab, nehme das Geld aus einer Dose, lege die Quittung rein und verschließe den Laden wieder. Er habe so in der ganzen Zeit nie jemanden gesehen“. Frage des Vors.: „Mit wem haben sie seinerzeit die Abmachung getroffen?“. Antwort: „Das weiß ich nicht mehr. Ich sehe soviel Leute täglich. Die Person war männlich“.

Der nächste Zeuge war ein örtlicher Bulle der eine Woche vor der Durchsuchung einen Probekauf im Buchladen getätigt haben will. Auf fünf verschiedenen ED-Fotos die ihm hinterher im Präsidium vorgelegt wurden, will er den Angeklagten als den erkannt haben der das Geld für Radikal entgegennahm. Darüber schrieb er eine Woche später (!) einen Vermerk. Er sagte u.a. aus: „das er sich bei der Vorladung zur Verhandlung nicht mehr an den Namen des Angeklagten erinnern konnte, er hätte keinen Zusammenhang herstellen können. Er wäre nur einmal zum Probekauf im Buchladen gewesen und er könne sich heute an keine Merkmale des Angeklagten mehr erinnern. Auch erkenne er ihn nicht wieder. Er könne nur sagen das es eine männliche Person gewesen sei, der er die Radikal (Teil 1 u. 2) gezeigt habe und 5,-DM gegeben habe“. Darauf der Vorsitzende: „Damit werden wir uns nicht zufrieden geben“. Er bohrte weiter: „War er größer oder kleiner?“. Darauf der Zeuge: „kleiner“. Vorsitzender: „Standen Sie ihm gegenüber oder saß er am Schreibtisch?“ Zeuge: „Er saß am Schreibtisch“. Vorsitzender darauf verärgert: „Das ist nichts. Anatomisch gibt es klein und großwüchsige Menschen“. Auch auf andere Einzelheiten wie Haarfarbe, Gesichtsausdruck, etc. kann sich der Zeuge nicht mehr erinnern.

Als vierter Zeuge wird der Oberbulle aus Detmold der bei Durchsuchung 31.7. die Leitung hatte vernommen. Der Vors. fragt ihn ob nach der Durchsuchung. Er sagt: „das sie in einem hinteren Raum 4 Exemplare der Radikal 132 gefunden hätten, außerdem im Laden 1 Bekenntnisschreiben der RAF zum Beckurts Anschlag. Der Angeklagte sei im Laden anwesend gewesen. Er hätte den Ein-

Nach der Zeugenvernehmung regt der Senat an die Strafverfolgung einer Straftat nach § 129 a auf Werbung zu beschränken. Und zwar werben für RAF und RZ. Staatsanwältin stimmt dem zu. Alle Anträge des Verteidigers im Prozeß werden abgelehnt. Nach der Mittagspause wird die Beweisaufnahme geschlossen. Als die Staatsanwältin aufsteht, stehen die anwesende Öffentlichkeit, sowie die Bullen auch auf. Die Öffentlichkeit unterbricht das beginnende Plädoyer mit dem rufen der Parole: „Das letzte Wort wird nicht im Gericht gesprochen“. Untergehagt und unter weiter rufen der Parole, sowie Abschiedsgrüße an den Angeklagten wird der Gerichtssaal langsam verlassen. Die Schließer und Zivibullen trängen die Öffentlichkeit aus dem Saal. Nachdem der Saal geräumt ist verlangt die Staatsanwältin in ihrem Plädoyer 10 Monate Haft, ausgesetzt auf 5 Jahre Bewährung. Der Probekäufer hätte den Angeklagten erkannt.

Der Verteidiger verlangte Freispruch für den Angeklagten, da weder ein Tatnachweis erbracht worden sei, noch sonstige Nachweise der Schuld erbracht seien.

#### Das Urteil

Unter dem weiteren Ausschuß der Öffentlichkeit verkündet das Gericht das Gesinnungsurteil von 10 Monaten Haft, ausgesetzt auf 4 Jahre Bewährung, sowie 1000 DM Geldbuße. Es führt folgende 5 Punkte in der mündlichen Begründung an:

1. Das Paket mit den Exemplaren der Radikal 132 hat den Buchladen 'Distel' erreicht. Der Nachweis sei durch den Postbeamten erbracht der Pakete in den Buchladen bringt, sowie die beschlagnahmte Paketkarte.

2. Es sei bewiesen das der Buchladen 'Distel' die Radikal vertrieben hat. Der Nachweis sei durch den Probekäufer und durch die bei der Durchsuchung beschlagnahmten 4 Exemplare erbracht.

3. Der Nachweis das der Angeklagte am Betrieb des Buchladens beteiligt gewesen ist. Der Zeuge der den Probekäufer getätigt habe, habe ihn zwar nicht identifiziert, aber folgende 3 Unterpunkte belegten dies.

a. Bei der Durchsuchung am 31.7.86 hat er durch die Äußerung: „Nun sucht mal schön“ negiert das er zum Laden gehört.

b. Aussage des LKA Bullen das er ihn zweimal wiedererkannt hat. Erstens hat er ihn zweimal im Buchladen gesehen und bei der Hausdurchsuchung, Zitat: „Hatte das Gefühl einen alten Freund zu treffen“ und seine Aussage ihm gegenüber das er gleich in den Buchladen müsse. Das ergebe sich nicht aus seinem nach der Durchsuchung gefertigten Vermerk (wo das Zitat nicht auftaucht), sondern durch seine Erinnerung in der Hauptverhandlung.

c. Die Postvollmacht für den Buchladen auf seinen Namen (allerdings Zeitraum nach dem 31.7.86). In der Gesamtbetrachtung sei seine Mittäterschaft am Vertrieb dadurch nachgewiesen.

4. Das er Kenntnis hatte vom Inhalt der Radikal 132, ergebe sich aus den bei ihm gefundenen Schriften mit Inhalten aus der terroristischen Szene. Auch in Verbindung mit seinem Gesamtverhalten vor Gericht zeigt das er Kenntnis vom Inhalt hatte (der Angeklagte saß immer mit dem Rücken zum Gericht).

5. Das der Inhalt der Radikal 132 selbst eine Werbung nach 129 a darstellt sei selbstverständlich und brauche nicht näher diskutiert werden.

Zu der Frage Freiheitsstrafe ja oder nein, führte der Senat aus, das man sich damit sehr schwer getan hätte. Laut BGH-Urteil von 1977 sei dies nur in Ausnahmefällen möglich. Aber sein dümmliches Verhalten vor Gericht (mit dem Rücken zum Senat gesessen), spricht dafür das es sich bei ihm nur um ein zeitweises Fehlverhalten handeln würde und er deshalb noch nicht als Sympathisant des Terrors anzusehen sei. Deshalb sei die Strafe auf Bewährung ausgesetzt worden. Der Angeklagte gab gegenüber dem Gericht keine Erklärung ab. Die Verteidigung will in Revision gehen.

druck gehabt das er mit der Durchsuchung gerechnet habe. Er hätte ihn gefragt ob er Exemplare der Radikal hätte“. Der Anklagte sagte ihm aber: „Nein, dann sucht mal schön“.

#### 2. Prozeßtag

Es wird der LKA Bulle vernommen der die Durchsuchung am 13.1. in der Wohnung des Angeklagten geleitet hat. Er sagte aus: „Ich war mehrmals in Detmold. Dabei habe ich auch immer den Buchladen aufgesucht. Betreten habe ich ihn aber nie. Ich habe immer nur durch das Fenster in den Laden gesehen. Dabei habe ich zweimal den Angeklagten, den ich durch ED-Foto (aus dem Jahr 1980) kannte, am Schreibtisch sitzen gesehen (nach dem 31.7.86). Bei der Wohnungsdurchsuchung habe ihm der Angeklagte geöffnet. Ich hatte das Gefühl einen alten Freund zu treffen! Ich habe ihm den Durchsuchungsbefehl ausgehändigt. Der Angeklagte habe ihm gegenüber nur zwei Wünsche geäußert. 1. Er sollte seinen Anwalt anrufen. 2. Machen Sie bitte schnell ich muß dann bald zum Buchladen 'Distel' zum Ladedienst, so wie jeden morgen“. Diese Aussage ist eine klare Lüge des LKA Bullen!



## ERKLÄRUNG ZUM RADIKAL-PROZESS

dezember 1987 - vor dem OLG Düsseldorf

Der Versuch der Zerschlagung von bedeutenden Teilen unserer Strukturen wie auch einen drohende Isolierung in den sozialen Bewegungen - was sich natürlich gegenseitig bedingt - stehen - in dieser Schärfe seit 1977 einmalig - als Möglichkeit an.

Das Ziel des Staatsschutzes mittels der radikal-Kriminalisierung war und ist die Zerschlagung unserer Widerstandspresse. Die völlige Illegalisierung unserer Diskussion zielt letztendlich nicht nur auf die Verunmöglichung der Vermittlung unserer Politik, sondern auf die Verhinderung von Informationen über die Existenz des Widerstandes (und seiner alltäglichen Praxis) überhaupt!

Die 132 erschien zu einem Zeitpunkt, in dem autonome Diskussionsansätze und vor allem direkte Widerstandsformen - begünstigt durch das staatliche Handeln nach Tschernobyl - zunehmend auf fruchtbaren Boden fielen. Vor allem die wachsende Akzeptanz der Widerstandsaktionen wie das Mastensterben waren eine Voraussetzung für die offensive Propagierung radikaler Inhalte, die mit der Hanau-Demo im Herbst ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Für viele von uns war die radikal bereits zu diesem Zeitpunkt - konträr zu ihrer Geschichte, Kontinuität usw. - kein Bestandteil dieser Entwicklung und Diskussion mehr.

Doch zunächst ein paar Sätze zur radikal-Geschichte: Sie wurde 1976 als "Sozialistische Zeitung für Westberlin" gegründet und entwickelte sich in den folgenden Jahren allmählich zu dem Sprachrohr der (undogmatischen) autonomen Linken, sie war "die Zeitung, die im autonomen Bewegungsspektrum am unermüdlichsten und intensivsten die Diskussion um revolutionäre Inhalte und Perspektiven geführt hat" (Prozeßklärung im ersten radikal-Verfahren), ein "Symbol der Unbeugsamkeit und Kontinuität" (ebenda). 1978 liefen die ersten kleineren Verfahren an, darunter eines wegen "Verunglimpfung Verstorbenen" - in diesem Fall Buback. Diese ersten Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuche verliefen größtenteils im Sande; die Verfahren wurden eingestellt oder endeten mit Freispruch. Im Februar '82 erhob die Staatsanwaltschaft zum ersten Mal Anklage gegen die "presserichtlich Verantwortlichen" nach par. 129a - "werbung für die terroristische Vereinigung 2. Juni". Dieser erste 129a Anlauf endete recht kläglich: es kam nicht zur Hauptverhandlung, weil sich die "Vereinigung 2. Juni" nicht "nachweisen" ließ. "Ihre größte Bedeutung und relative Unangreifbarkeit bekam die Zeitung mit der früheren Stärke der Berliner und westdeutschen Häuserkampf-bewegung, abgesehen von der Nichtgreifbarkeit der Redaktion im Berliner Bewegungssumpf. Der bis dahin massivste Angriff des Staatsschutzes auf die radikal erfolgte mit der Niederlage der Häuserkampf-bewegung und führte zur Verurteilung von Benny Harlin und Michael Klöckner anstelle der Redaktion. Das staatliche Kriminalisierungsinteresse hatte sich gegen eine breite öffentliche Solidaritätskampagne - mitgetragen von linksbürgerlichen und liberalen Kreisen - durchgesetzt. Die radikal erschien weiter - wenn auch unregelmäßiger und mit neuem, konspirativ arbeitendem Redaktionskollektiv - so doch umso ungenierter in der Formulierung revolutionärer Positionen wie auch gewisser technischer Details. Unter anderem wohl aufgrund der Unregelmäßigkeit der Erscheinens, der sicherheitsbegingten Abschottung der Redaktion nach außen wie auch der Zunahme allzu platter Analysen verlor die Zeitung jedoch ihre Bedeutung für die autonome Bewegung. So ist gerade die radikal 132, deren Inhalte hier nur noch als Straftatbestand verhandelt werden sollen, die - auch wegen der Beschlagnahmen - wohl am wenigsten gelesene Ausgabe überhaupt. Diese relative Bedeutungslosigkeit scheint denn auch der günstige Ansatz für die Bundesanwaltschaft, BKA und LKAs gewesen zu sein, die Großaktion gegen das Vertriebsnetz im letzten Jahr zu beginnen, da eine Solidarisierungswelle wie 1983 nicht zu erwarten war. Vom rein technischen Gesichtspunkt her hätte die Aktion mit Hilfe der Bundespost vermutlich auch schon früher durchgeführt werden können" (ebenda)

Seit dem 2. Versuch vom Juni '86, die radikal zu zerschlagen, hat es keine (breite) Solidaritätskampagne für die (ehemals) Betroffenen gegeben; sie wird es auch für die wenigen Übrigen nicht geben. Der wesentliche Grund dafür ist, das fehlende Thematisieren und Diskutieren, das letztlich Nicht-begreifen wollen der grundsätzlichen Bedeutung der radikal-Ermittlungen für eine zukünftige Perspektive unserer Widerstandspresse.

Eine zentrale Zielgruppe der Verfolgung ist der linke und alternative Buchhandel. Hierbei soll der Versuch unternommen werden, ein Urteil festzuschreiben, in dem der Buchhandel für jeden einzelnen Satz, der in irgendeiner angebotenen Veröffentlichung enthalten ist, verantwortlich gemacht werden kann. Der Ruf nach "Pressefreiheit" nützt hier gar nichts. Der Anspruch des Buchhandels zur Gründungs- und Aufbauzeit Anfang der 70iger Jahre, nämlich die gesamte Palette vom bürgerlichen Buchhandel ausgegrenzter linker Publikationen unzensuriert einer interessierten breiten Kundschaft anzubieten, ist nicht allein mit der Kriminalisierung eben dieser Literatur verloren gegangen - letztendlich ausschlaggebend für die Verkaufspolitik ist der eingenummene Klassenstandpunkt. Aus einem Mischmasch von fehlenden inhaltlichen Bezügen, der "Breite des Angebots" sowie auch einem Interesse an linksradikaler Kaufkraft führen viele dieser Läden in ihren "linken Ecken" eine mehr oder weniger diffuse Selbstzensur durch; linksradikales bleibt dann in der Regel begrenzt im Angebot, soweit nicht gerade direkt kriminalisiert oder ein "ungutes Gefühl" bei dieser oder jener Publikation aufkommt. Diese diffuse Selbstzensur zu einer bewußten politischen Aus- und Abgrenzung umzufunktionalisieren ist ein erklärtes Ziel der Ermittlungen gewesen. Vor diesem Hintergrund ist die Einstellungspraxis bezüglich der radikal-Verfahren einzuschätzen.

Tatsache ist, daß die noch in diesem Frühjahr von vielen erwartete Prozeßwelle gegen die angeblichen oder tatsächlichen VerteilerInnen der von der Bundesanwaltschaft inkriminierten 132 ausgeblieben ist. Daß aus den nahezu 200 129a-Ermittlungsverfahren im Endeffekt eine Handvoll Prozesse herausgekommen sind, hat - aus der Sicht des Staatsschutzes - seine gute Gründe. Denn, um die Widerstandspresse zu zerschlagen, ist eine Prozeßlawine nicht nötig. Es geht ja

gerade darum, eine mögliche Solidarisierungswelle - z.B. bei Prozessen - zu verhindern. Über Nichtzulassungen bzw. Eröffnungen von Hauptverfahren ist in erster Linie politisch entschieden worden. Die Einstellungspraxis bei den 132-Ermittlungen liegt weder an der angeblich "dünnen Beweislast" der Verfolgungsbehörden, noch läßt sie sich mit gängigen Interpretationen des par. 129a als reinem Durchleuchtungs- und Einschüchterungsparagrafen erklären.

Die "juristische" Interpretation entpuppt sich bei nur oberflächlichen Vergleichen diverser 'Ermittlungsergebnisse' bereits als Trugschluß. Natürlich spielen juristische Kriterien in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem Widerstand (nicht mit der Guerilla) noch eine gewisse Rolle. Gerade jedoch die Verurteilung des Hanauer Genossen im ersten radikal-Verfahren - ohne auch nur den geringsten 'Nachweis' der vorgeworfenen Verbreitung - zu 7 Monaten Knast auf 4 Jahre Bewährung (und diese auch nur aufgrund ihrer Beantragung durch den Staatsanwalt, so der 4. Senat des OLG Frankfurt in der mündlichen Urteilsbegründung) zeigt, daß die politischen Kriterien ausschlaggebend sind. Dies wird untermauert durch einen radikal-Prozeß gegen den Bonner Buchladen - der nicht bekannt wurde - vor den 5. Senat des OLG Düsseldorf. Trotz juristisch defensiver Prozeßführung und konkreten Einlassungen des Angeklagten wurde das Frankfurter Terror-Urteil um einen Monat und eine zusätzliche Geldstrafe überboten.

Konkret wurde die Ausgrenzung linksradikaler Inhalte erreicht, wenn Distanzierungen oder Einlassungen vor der Staatsanwaltschaft gemacht wurden. Und wo immer es ging, wurde der gezielte Versuch unternommen, mittels Prozeßdrohungen die fehlenden inhaltlichen Bezüge in offene Distanzierungen umschlagen zu lassen; was dem Staatsschutz im Falle des Kasseler ABC-Buchladen in 'vorbildlicher' Weise auch gelang: "Wir sind nicht gewillt, für Aktionen, Taten und Verbrechen, die unseren Überzeugungen diametral widersprechen, unseren Kopf hinzuhalten. Dies betrifft auch unser zukünftiges Verhalten zu der Zeitschrift 'radikal'...."

Durchschlagender gegen unsere Widerstandspresse war und ist jedoch die "innere" Distanzierung. In einem Papier der Berliner zur endgültigen Einstellung der dortigen radikal-Verfahren heißt es dazu u.a. "...Die Funktion des Par. 129a als Ermittlungs- und Kriminalisierungsparagrafen, der nicht zuletzt der Abschreckung dienen soll, haben wir real erfahren. Die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der die meisten der betroffenen Betriebe sich als ein öffentlicher Raum zwischen 'Szene' und 'Normalos' empfunden haben, in dem die Verbreitung unterdrückter Informationen über Aktionen, Diskussionen und Meinungen des Widerstandes 'selbstverständlich' ist, entpuppte sich mehr als traditioneller, denn als substantieller Bestandteil dieser Gruppen. Die permanente Bedrohung vor neuen Durchsuchungen hatte verschiedene Auswirkungen auf die Betriebe: die Szene im Kopf ließ Zeitungsstände schrumpfen, und bestimmte Plakate werden nicht mehr aufgehängt bzw. abgehängt - oder aber erst recht aufgehängt! Nicht überall hat die Abschreckung funktioniert, aber da versuchte die Klassenjustiz gleich wieder anzusetzen: Das 'Angelika-Goder'-Plakat mit der Forderung nach menschenwürdiger Operation und Zusammenlegung der Gefangenen wurde in drei der betroffenen Projekte beschlagnahmt und neue 129a-Verfahren eingeleitet...."

Dieses sind die politischen Bedingungen, die zur Zerschlagung der Widerstandspresse führen sollen. Konkret ist darüber hinaus die jeweilige Situation vor Ort entscheidend.

Dieser Prozeß ist der zweite in Nordrhein-Westfalen vor einem so ausgewiesenen und erfahrenen Terror-Senat wie dem 5. des OLG Düsseldorf. Eingeklemmt zwischen dem Wuppertaler Prozeß und dem am 5. Januar beginnendem Verfahren gegen die Brüder Hamadei soll in der bekannten Stammheim-Atmosphäre (abgeschirmtes Sondergebäude, Bullen mit MP, Durchsuchung der Öffentlichkeit, des Angeklagten, des Anwalts, Fotokopieren der Personalausweise, Freibrief des Gerichts für die im Sitzungssaal anwesenden Bullen zur Entfernung von 'Störern' etc.) ein Gesinnungsprozeß mit "terroristischem Hintergrund" durchgezogen werden. Der Vorsitzende Arend ist nicht nur im Gerichtssaal wegen seiner faschistoiden Verhandlungs- und Verurteilungspraxis bekannt, sondern auch durch das von ihm ausgearbeitete und durchgesetzte 24-Punkte-Programm der Entmenschlichung (Sonderhaftbedingungen für 129a-Gefangene).

Im Zusammenhang mit der Einleitung dreier Ermittlungsverfahren in Detmold wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" erfolgten Einsätze in Form von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Körperverletzungen, Vorladungen, Zwangsvorfürungen, Telefonüberwachungen, Postkontrollen, Observierungen, Anwerbungsversuchen - unternehmen die Vollstrecker des StGB nun den Versuch, linksradikaler Widerstand "Im Namen des Volkes" den Garaus zu machen. Dies ist - auf den Punkt gebracht - die augenblickliche Situation, mit der eine relativ kleine Szene konfrontiert ist. Neben der systematischen Ausforschung mittels des Ermittlungsparagrafen 129a und der beabsichtigten Bindung unserer Kräfte versuchen sie, die Zerschlagung unserer Strukturen auch mittels unserer unterschiedlichen Auffassungen über Strategien sozialrevolutionärer Befreiung zu betreiben. Weil sie ihr Ziel aber so nicht erreicht haben, arbeiten sie jetzt systematisch auf Verurteilungen hin, was für einzelne Leute die konkrete Drohung mit Knast beinhaltet. Der nächste Prozeß wird 1988 ebenfalls vor diesem Senat stattfinden; dort geht es um eine Veranstaltung vom 18.10.85 (Stammheim) über die Kontinuität antiimperialistischer Politik in Detmold. Von ursprünglich 6 Betroffenen wurde jetzt (Ende November) gegen 4 die Anklage zugelassen.

Im dritten Verfahren, das sich im Ermittlungszustand befindet und gegen drei GenossInnen geführt wird, dient ein Flugblatt über eine Zwangsvorführung im Zusammenhang mit dem Installationsverfahren als Vorwand für den 129a.

Allgemein bedeutet das für uns:

Die geplante Isolierung unserer Diskussionen kann nicht ausschließlich mit der strukturellen Verbesserung unseren illegalen Verteilerstrukturen begegnet werden. Ein Rückzug auf diese Position nimmt unserem Gegner Arbeit ab, die er mit seinen Mitteln in dem Ausmaße jedenfalls nicht wird erreichen können.

Vielmehr wird es künftig auch verstärkt darum gehen müssen, den Infoläden und anderen Projekten den Rücken zu stärken, unsere wichtigen legalen Bewegungszeitungen zu verteidigen usw. Gerade auch durch die radikal-Ermittlungen verlorene Terrain für unsere gesamte Widerstandspresse muß nicht nur zurückerkämpft, sondern auch ausgebaut werden:

"Der beste Schutz gegen die Kriminalisierung unserer Zeitungen ist eine lebendige, vielfältige Widerstandspresse! Sicher, die neuen Gesetze, dieser und die folgenden Prozesse konfrontieren uns mit einem juristischen Instrumentarium, das unsere Möglichkeiten weiter einengt und uns bestimmte Umgangs- und Verhaltensweisen mit bestimmten Publikation aufzwingt. Dennoch wäre es als verhängnisvoll anzusehen, wenn wir uns jetzt auf eine starre legal/illegal-Logik einließen, wenn die Alternative zur braven, offiziell erscheinenden Zeitung einzig im völlig konspirativ erstellten, mit Auslandsadresse verzeichneten Untergrundblatt verstanden würde... Organisatorische Beweglichkeit wäre nur ein mögliches Mittel, sich Spielräume zu verschaffen, dem toten Paragraphen lieber auszuweichen, als dagegen anzurennen und sich die Spielregeln diktieren zu lassen. Wie auf allen Ebenen des Widerstandes haben wir uns auch beim Zeitungs-machen und -verbreiten die Kunst des Auf- und Abtauchens anzueignen... In diesem Sinne ist ein Zeitungsdschunzel zu propagieren aus Flugies, Schriften und Fanzines, eine Vielfalt aus lokalen, regionalen und überregionalen Blättern, die mit und ohne Kontaktadresse erscheinen, mit zahmen Deckblatt oder wildem Titel, als kopierte Loseblattsammlung wie als gedruckte Zeitung... Und allein diese Vielfalt kann das garantieren, was wir wollen und brauchen: lebendige, unkontrollierte Kommunikation..." (Hanau, s.o.)

Dem wäre nichts hinzuzufügen, denn, daß es letztendlich um die Verhinderung von Informationen und Auseinandersetzung über unsere Existenz und alltägliche Praxis schlechthin geht, ist ja nicht so neu... Und daß die Probleme der Widerstandspresse die Probleme des Widerstandes spiegeln liegt doch auf der Hand.

Auf zu neuen Ufern!

## PROZESS-INFO ZU GÜTERSLOH

Prozeß in Gütersloh

Zerschlagt Babylon und alle Knäste!

Dies war vor gut drei Jahren das Motto eines Angriffs auf eine Ausstellung der Computefirma Nixdorf in der Stadthalle von Gütersloh. Eine Gruppe maskierter Banditen zerstörte Computerterminals etc. mit Vorschlaghammer und Reinigungsflüssigkeit. Die Aktion stand hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Hungerstreik von Klaus Viehmann und 6 Mitgefangenen, die vorher in den Hochsicherheitstrakt Bielefeld-Brackwede verlegt worden waren. Einige Zeit nach der Aktion, die durch ihre Dreistigkeit ziemliche Aufmerksamkeit erregte und somit Öffentlichkeit und Mobilisierung für die Gefangenen ermöglichte, wurde die Forderung der Gefangenen - raus aus dem Trakt - erfüllt. Den Preis für die gelungene Aktion sollen nun 3 GenossInnen zahlen, die an jenem Tag in Gütersloh festgenommen wurden. Nach 3 Jahren Unsicherheit, wie das System auf diesen Angriff reagiert (Festnahme, wieder Laufenlassen, par. 129a Ermittlungsverfahren), sieht es jetzt so aus, daß sie das Verfahren auf kleiner Flamme kochen wollen. Die 3 werden wegen einfachen Hausfriedensbruchs und gemeinschädlicher Sachbeschädigung vor dem Jugendschöffengericht Gütersloh angeklagt. Die Verhandlung ist auf nur einen Tag angesetzt. Die Angeklagten wollen versuchen, ihre Vorstellungen von Widerstand während des Prozesses politisch und praktisch zu vermitteln.

"Sorgen wir dafür, daß der Stein, den sie aufgehoben haben, sich in einen Felsbrochen verwandelt und ihnen dann auf die Füße fällt".

Heute soll hier also eine Widerstandsform, die sich gegen einen kleinen Teil des Nixdorfs-Imperiums, nämlich die Ausstellung "Der gläserne Computer", richtete, und die sich für die Interessen der Menschen, die sich 1984 im Hochsicherheitstrakt in Bielefeld-Ummeln im Hungerstreik befanden, einsetzte, abgeurteilt werden. Die Aktion soll entpolitisiert und auf einer rein kriminellen Ebene verhandelt werden. Sie wird für uns erst verständlich, wenn wir sie aus dem strafrechtlichen Rahmen lösen und in politische Zusammenhänge stellen. Deshalb werden wir jetzt zu folgenden Themen Stellung nehmen: zu Nixdorf, Knast und Widerstand.

Widerstand:

Mit Unzufriedenheit über die Lebensverhältnisse, die wir in unserer Kindheit und Jugend erfahren (haben), fing es an. Wir wehr(t)en uns gegen Eltern, die uns nicht mehr zu sagen hatten, gegen Lehrer und Schule und gegen den öden Alltag.

In dieser Zeit, als wir noch ohne Widersprüche auf Friedens- oder Anti-AKW-Demos latschten und gleichzeitig die ersten militanten Demos und Hausbesetzungen mitmachten, entstand allmählich der Eindruck, daß hinter den ganzen Sauereien, die hier passieren, die selbe Ursache steckt. Auch wenn wir dies noch nicht genau bestimmen konnten, so folgerte doch daraus, daß dies System abgeschafft werden muß, um unserer Bedürfnisse verwirklichen zu können. Wir eigneten uns Begriffe wie Herrschaftslosigkeit an, die erstmal unser



Ziel benannten.

Das Ziel haben wir heute immer noch. Was sich geändert hat, sind die Bedingungen, unter denen wir kämpfen: Die Zeiten der massenhaften Hausbesetzungen sind vorbei; die autonomen Jugendzentren sind zum größten Teil zerschlagen oder vom Kommerz überrollt; Kultur und Politik haben sich getrennt. Aber wir haben auch gelernt, daß wir uns organisieren müssen, um unseren Traum einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu erfüllen. Daß Macht nicht mit Ohnmacht, sondern mit Gegenmacht bekämpft werden muß. Daß wir es hier mit einem Staat zu tun haben, der für Unterdrückung und Ausbeutung auf der ganzen Welt zuständig ist. Um das möglich zu machen, werden die Menschen, die hier leben, durch einen relativen Wohlstand gefügig gehalten. Dieser Wohlstand wiederum ist nur möglich auf Kosten der Völker der sog. 3. und 4. Welt. Diese Tatsache und das Wissen von den Kämpfen der unterdrückten Völker motivieren uns in unserer Verantwortung, im Herzen der Bestie den Infarkt auszulösen.

Wie kann das gehen?

Seit ca. 20 Jahren gibt es in der BRD einen handlungsfähigen revolutionären Widerstand. Es gibt viele Aktionen, Demos usw. Eine mittlerweile lange Geschichte und eine Gegenwart des bewaffneten Kampfes. Wir nehmen für uns in Anspruch, reale Gegenmacht zu bilden und diese auch auszubauen. Denn, wie Klaus Viehmann mal sagte, wer anfängt, für die soziale Revolution zu kämpfen, der oder die tut das, um eines Tages zu siegen - und nicht, um die Trümmer seiner und ihrer Niederlagen zu beweinen.

Es gibt jedoch einige Gründe, die dafür sorgen, daß uns der schwarz-rote Faden der Befreiung des Öfteren verloren geht.

Da ist zum Einen unser Feind, der uns - trotz seiner Lächerlichkeit -, oft übermächtig und unangreifbar vorkommt: Was sind schon ein paar Molllies in einer Bank, wenn die selbe Bank es sich leisten kann, z.B. Millionen dafür auszugeben, ihre regelmäßigen Werbespots in der Glotze zu zeigen?

Was sind schon ein paar besetzte Häuser, wenn trotzdem die Reichen in den Villen wohnen und Millionen Menschen in ihren Wohnklos "zufrieden" sind?

Was ist eine kleine Demo, wenn brutale Unterdrückung auf der ganzen Welt herrscht?

Was bringt es, wenn wir - eine kleine, radikale Minderheit - dieses System bekämpfen und gleichzeitig zig Millionen wählen gehen?

Da aber der breite gesellschaftliche Konsens notwendig ist, um dieses System zu halten, sind alle ausnutzbaren Möglichkeiten, diesen zu durchbrechen, nicht einfach ohnmächtig, sondern eher Beginn einer revolutionären Entwicklung. Widerstand - in Verbindung mit den Versuchen, schon jetzt ein selbstbestimmtes Leben in Ansätzen zu verwirklichen - zeigt uns und anderen, daß es möglich ist die Totalität des Systems nicht hinzunehmen.

Kampf erzeugt Kampf! Das ist so gemeint, daß wir nur dann eine Chance des Weiterkommens und der Hoffnung in Richtung der sozialen Revolution haben, wenn wir diese im Kampf entwickeln. Jede und jeder von uns steht für den Willen nach Veränderung - so mühselig und schwer dies auch oft erscheint.

Denn es ist mühselig und schwer, in unseren Widersprüchen zu leben, sie versuchen, aufzulösen, unseren Existenz zu sichern und auf ein menschenwürdiges Leben für alle hinzuarbeiten. Konzentrieren wir uns dabei auf nur eine Sache - z.B. die Existenzsicherung -, so kann es schnell passieren, daß wir uns in eine der sozialen Nischen des Staates zurückziehen. Wir stehen deshalb vor dem Problem, daß wir viel mehr und somit wahrscheinlich auch schon weiter wären, wenn nicht immer Menschen den Mut verlieren, die Wut verlieren, die Hoffnung verlieren, den Hunger verlieren. Doch so 100%ig läuft es bei uns nicht, daß man erst recht frau sich rundum wohl fühlen kann. Da sind wir selbst uns im Weg. Es zeigt sich, daß es nicht reicht, nur den äußeren Herrschaftsapparat anzugreifen. Wir müssen uns selbst hinterfragen; rausfinden, was von dem, was wir wollen und machen, vielleicht nur eine abgewandelte, lockerere Form von Gewalt und Unterdrückung ist.

Eine Form dieser Gewalt bzw. Unterdrückung zeigt sich in unseren Strukturen im Verhältnis Mann/Frau. Es ist oft so, daß sich Männer bei Frauen reproduzieren, z.B. in Gesprächen - hauptsächlich, wenn es um persönliche Probleme geht. Denn das haben Frauen ja schließlich laut Gesellschaft zu lernen. Daß Männer dann mit ihren Problemen zu Frauen rennen, ihre Sorgen ablassen, sich trösten lassen und Kraft rausziehen, aber selten was geben - können -, ist eben auch eine Form der Ausbeutung. Gerade wir haben da noch einiges zu lernen. Am Anfang stand mal, daß wir kämpfen, um zu siegen. Darunter verstehen wir nicht nur den Sieg, daß wir dies System beseitigen werden. Auch die Erfahrung, im Kampf gegen unseren verinnerlichten Herrschafts- und Opferstrukturen ein Stück weiter zu kommen, gehört zu erfolgreichen Kämpfen.

Bei all den alltäglichen Problemen, die sich uns stellen, verlieren wir oft die Strategie aus den Augen, bzw. entwickeln erst gar keine. Strategien können natürlich nicht Endgültiges sein; das hieße, daß wir HellseherInnen wären. Er wird allerdings auf Dauer nicht erquicklich sein, Tag für Tag als full-time-Revolutionärin rumzuwirbeln und sich nur davon leiten zu lassen, "was gerade so läuft". Diesgenauso, wie nicht angegangene Herrschaftsstrukturen unter uns führt zu Frustration, da kein Weiterkommen abzusehen ist. Wer dann wie mit den Frust umgeht, kriegen wir kaum noch mit.

Unser Alltag ist politisch, und wir kommen nicht darum herum, unserer Situation gemeinsam mit unseren politischen Vorstellungen zu thematisieren und gleichzeitig zu verändern. Wir können unsere Ausrichtung von politischer Aktivität schwer an einem Punkt festmachen und dann meinen, unsere Pflicht gegenüber unseren Ansprüchen sei damit erfüllt. Es gilt, aus den verschiedenen Herangehensweisen an revolutionäre Organisation - e n t w e d e r spontan die gerade existierenden Kämpfe mitzumachen o d e r langfristig in Diskussionszirkeln nach dem richtigen Weg zu suchen - die positiven Ansätze herauszufinden und zusammenzuführen. Das heißt, von den erstmal nebeneinander laufenden aktuellen Kämpfen auszugehen, sie aber nicht isoliert zu sehen, sondern immer in Verbindung und im Diskussionsprozeß mit anderen kämpfenden Menschen.

Zum Schluß dann noch ein einstellungsantrag von einem unserer anwälte, detlef hartmann, den er aber im gerichtssaal nicht vorgetragen hat, da es ein politischer antrag ist, der nicht

für richter, bullen und staatsanwalt geschrieben wurde.

...wird beantragt, das Verfahren einzustellen.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, sie hätten Computer der Firma Nixdorf beschädigt. Anklageschrift und Eröffnungsbeschuß gehen davon aus, daß es sich dabei um eine Sachbeschädigung handele. Als "Sachen" werden körperliche Gegenstände von wirtschaftlichen Wert angesehen. Die beschädigten Computer sind in diesem Sinne keine Sachen, sondern lediglich Verkörperungen einer Strategie gesellschaftlicher Gewalt, hinter die die psychische Substanz des Gegenstands völlig zurücktritt.

Die Computerherstellerin Nixdorf begreift sich selbst in ganz besonderem Maße als strategisch-politisches Unternehmen. Es ist bekannt und wird von ihr selbst eingeräumt, daß sie als Herstellerin von technologischer Hardware zweitklassig ist. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß sie Chips, Hardware, ja sogar Software weitgehend von japanischen Herstellern bezieht. Vielmehr sieht sie sich selbst als "Generalunternehmen für informationstechnische Lösungen", d.h. ein Unternehmen, das anwendungsorientiert Gesamtsysteme bürokratischer und produktiver Integration auf dem Gebiet von Produktion, Handel, Banken und Verwaltung anbietet. Als Beispiele, die sehr gut den untrennbaren Zusammenhang von Ausbeutung, sozialer Zerstörung, Kontrolle und Herrschaft der neuen integrierten Systeme illustrieren, sind die Personalinformationssysteme bekannt, insbesondere die, die sich mit maschinenlesbaren Zugangs- und Bewegungskontrollen verbinden. Der ökonomische Effekt liegt darin, daß die Poren des Arbeitsalltags lückenlos geschlossen werden können und jede Ausbeutungssekunde und ihr Geldwert für den Unternehmer genau dokumentiert und ausgewertet wird. Die lebendige Arbeit wird in die isolierten Bestandteile zerlegt und atomisiert und jedes dieser Atome wird auf seinen Nutzen überprüft. Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden gleichsam zu Wertpartikeln pulverisiert. Die Programme, die die dokumentierten Lücken, Fehler, Unaufmerksamkeiten, Pausen zählen und bewerten, entscheiden über Beschäftigung und Entlassung, ohne daß dies in der Arbeitssituation selber noch bewußt werden kann. Der Mensch wird zerlegt in die Partikel seiner Leistung, der Rest, das, was den Reichtum seiner menschlichen Möglichkeiten ausmacht, ist vom Standpunkt dieser programmierten Zerstörung aus nichts mehr wert. Die lückenlose Kontrolle über die Abläufe dieses Programms sozialer Zerstörung ist in den letzten Jahren häufig genug dokumentiert worden. Arbeiterinnen und Arbeiter haben Schwierigkeiten bekommen, weil auf ihren Abrechnungen in der Werkskantine unerwünschte alkoholische Getränke aufgetaucht sind, weil die Zugangskontrollen unerwünschte Wege verzeichneten, weil die Computer unerwünschte Pausen registrierten. Es ist so eindeutig, daß der Wert eines Computers im Programm der regelrechten Vivisektion von Arbeiterinnen und Arbeitern, der sozialen Zerstörung und Kontrolle besteht, daß - um mich dem Thema dieses Antrages wieder zu nähern - das psychische Substrat der Computeranlage völlig bedeutungslos gegenüber diesem Programm eines datentechnischen Angriffs steht. Vom Standpunkt des Kapitals ist dieses Programm, das "Subjekt" dieses Prozesses, zum Gegenstand, zur Sache - wird es erst wieder, wenn es zerstört ist.

Wenn also die Firma Nixdorf ihr Schwergewicht auf die Systeme informationstechnischer Lösungen als solche gelegt hat, so bedeutet dies: sie hat sich auf die Herstellung von Strategien sozialer Gewalt und Zerstörung als solche verlegt. Im Kern ist sie in erster Linie politisches Unternehmen. Dies alles hebt die Firma Nixdorf zunächst einmal nicht aus Phalanx dieses informationstechnologischen Angriffs heraus. Besondere Bedeutung jedoch kommt Nixdorf auf dem Gebiet integrierter Systeme zur Zerstörung und Kontrolle im öffentlichen Raum zu. Nixdorf ist europäischer Marktführer und Speerspitze eines Programms von sozialtechnologischer Kontrolle, das erst vor kurzem eingeleitet wurde, dessen Konturen aber die Zielrichtung schon erkennen lassen. Es verbirgt sich unter schnbar harmlosen Namen wie "Plastikgeld" und "POS"-Rationalisierung. Praktisch läuft die Initiative darauf hinaus, die integrierten Systeme von Personal-, Arbeits- und Zugangskontrolle aus der Fabrik auf Handel und Bankwesen zu übertragen. Die Pilotprojekte, in denen dieses Programm in Grundzügen getestet wurde und wird, machen die Dimensionen ziemlich deutlich. Herausragende Testgelände waren die Städte Poitiers, London, Barcelona und andere spanische Städte. Das Projekt suchte die Kaufprozesse, Zugangskontrollen zu Einkaufszentren und Läden voll mit banktechnischen Prozessen zu einem System zu integrieren. Zu diesem Zweck wurden in der technisch entwickeltesten Version - sogenannte Smartcards hergestellt. Dies sind Plastikkarten mit einem kleinen Rechner, der sämtliche Kontenveränderungen nach Abbuchungen im Laden selbst vollzog. Eine andere Version - die noch gefährlichere - verknüpfte die POS (Points of sale) direkt mit den Bankinstitutionen. Zugang zu Einkaufszentrum oder Laden sollten im Ernstfall nur Kunden einer entsprechenden Smartcard haben. Da die "POS" zugleich über Scanner die entsprechenden Produkte registrierten (um unter anderem zu einer optimalen Rationalität der Lagerhaltung und Bestellprozesse zu führen -, ist der gesamte Bewegungsablauf, der Kaufprozeß und Geldausgabe und Kreditvolumen einer vollständigen des integrierten Systems unterworfen.

Wenn man die Grundgedanken der Strategien früherer Einkaufszentrenplanung aus den Erfahrungen der Personalinformationssysteme abschreibt, so läßt sich mühelos die Dimension des sozialen Angriffs erkennen und umreißen. Die früherer Planung von Öffentlichkeit in Fußgängerzonen und Einkaufszentren war schon eine Form der Rationalisierung von sozialen Prozessen nach dem Fließbandprinzip. Unzählige Planungsrichtlinien und wissenschaftliche Arbeiten über die Herstellung einer rationalisierten Öffentlichkeit sprechen von der sogenannten kaufkräftigen Bewegungseinheit, deren Flußgeschwindigkeit durch Blumenkübel und Straßenmobilität reguliert wird, um eine optimale Ausschöpfung des sogenannten Aufmerksamkeitspotential zu ermöglichen. Zufahrten, Zugänge zu Einkaufszentren und Fußgängerzonen erscheinen im Planervokabular als "Zwangswege", wir wissen, wie die Andienung des kaufkräftigen Fleisches über Verkehrsführung an die Zentren in hunderten Fällen der Zentrenplanung ziemlich gleichsinnig gewährleistet wird. Der öffentliche Raum wurde so eng definiert, daß eine Störung

des Verkaufsflusses und eine Ablenkung der Aufmerksamkeit kaum möglich war. Straßenmusikanten werden systematisch und rücksichtslos beseitigt, verkaufsfördernde Maßnahmen werden in Zusammenarbeit von Polizei und Einzelhandelsunternehmen genau reglementiert und reguliert.

Die aktuelle Krise und entsprechenden neuen sozialen Modelle und Skalen der Reichtums- und Armutsverteilungen lassen deutlich werden, in welche Richtung die neuen integrierten Programme das alte Gewaltsystem fortentwickeln werden. Zugangskontrollen werden für eine soziale Segmentierung sorgen, die gewährleistet, daß nur die gewünschten Käufer in die besseren Passagen gelangen und das unerwünschte untere Drittel von der Teilhabe ausgeschlossen wird. Das Konto selbst, der Kreditspielraum, die soziale Definition des Halters einer Smartcard entscheiden über soziale Teilhabe und Aussonderung im öffentlichen Raum. Das Konto wird zum maschinenlesbaren Ausweis der Teilhabeberechtigung, ebenso wie die Plastikkarte den Zugang zu spezifischen Produktionszonen erlaubt oder ausschließt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die sogenannte Versorgung von Sozialhilfeempfängern ohnehin schon chematisiert und reglementiert ist, der Fall Quelle ist bekannt. Es bedarf kaum noch besonderer politischer Phantasie, zu welcher sozialtechnokratischen Ausdifferenzierung das System in der Lage ist. In manchen Ländern ist der Bezug von sozialen Leistungen und Sozialhilfe an den Besitz bestimmter Plastikkarten gebunden. Denkt man dies nur kurz auf dem Wege der Selektions- und Differenzierungsstrategie weiter, die ohnehin schon die Gewährung von Sozialleistungen beherrschen, so wird das beschriebene integrierte System der sozialen Ausdifferenzierung und Selektion. Das aufgenähte Stoffabzeichen mit dem großen P, durch das während des 3. Reiches einmal polnische Fremdarbeiter als Menschen minderer Klasse und Lebensberechtigung, aber erhöhter Ausbeutbarkeit gekennzeichnet wurden, wird sich in den Befehlen der verschiedenen Karten wiederfinden.

Es ist auch zu erwarten, daß die verschiedensten Formen von Kontrolle informationstechnologisch zusammenwachsen werden. Eine erweiterte Telefonkontrolle ist inzwischen durch die Telefonplastikkarten möglich, die in den USA schon eingeführt sind, in Frankreich und der Bundesrepublik projektiert sind. Für die real gewordenen Visionen öffentlicher Verkehrskontrolle mit Hilfe von Terminals, die Ausweise lesen können, werden kaum noch maschinenlesbare personalausweise erforderlich machen, die Kreditcard wird genügen. Es liegt auf der Hand, daß sich soziale Kontrolle und Aussonderung auf der einen und optimale Verwertung auf der anderen Seite in einem neuen qualitativen Sprung miteinander verbunden werden. Das System erlaubt die Verarbeitung von Informationen darüber, welche Waren von welchen sozialen Schichten nachgefragt werden, welche Verkaufsstrategien optimalen Erfolg bieten. Die sozialräumliche Gliederung und Programmierung würde um eine weitere Dimension von Bewegungs- und Verwertungskontrolle ergänzt.

Nixdorf mit seinen Computern derart und Qualität wie sie hier beschädigt wurden, ist Vorreiter. Der Nixdorf-Propagandist Brähm wird nicht müde, das unermessliche Feld sozialtechnokratischer Investitionen immer wieder visionär zu beschwören. Die Investitionsstrategie ist entsprechend ausgerichtet. Nixdorf hat in England (in Zusammenhang mit der Midland-Bank) solche integrierten Systeme mit einer Reihe von Läden und Handelsketten realisiert. Ein Test- und Informationsschwerpunkt ist Spanien. Nixdorf Manager loben immer wieder die Vorreiterrolle spanischer Pilotprojekte für ganz Europa. In der Tat spielt die Verdattung von Zirkulationsprozessen im gesamten Rationalisierungsangriff der Regierung Gonzales eine besondere Rolle. Katalanische und baskische Banken, Einkaufszentren und Handelsketten sind in der Realisierung solcher Programme inzwischen sehr weit gegangen. Sie spielten eine regelrechte Vorreiterrolle für die Pilotprojekte in Großbritannien, Frankreich und auch Finnland. Nixdorf hat schwer in die spanischen Projekte investiert, mit großem Erfolg.

Die sozialpolitische Bedeutung dieser Strategie ist bisher kaum richtig gewürdigt und analysiert worden. Das spanische Pilotprojekt dient Nixdorf vor allem als Sprungbrett in den gesamten spanisch-sprechenden südamerikanischen Bereich. Für solche Investitionsstrategien sind die großen multinationalen Banken und metropolitanen Regierungen seit einiger Zeit dabei, massiv die Deregulierung und Öffnung des lateinamerikanischen Markts für den gesamten Servicesektor zu fordern, zuletzt auf der Konferenz von Punta del Este.

Eine ähnliche Strategie verfolgt Nixdorf in Malaysia für den asiatischen Raum.

Auch wenn das Verkaufsvolumen von Nixdorf im Vergleich zu den Giganten IBM, ja sogar Siemens gering erscheinen mag. Ihm kommt eine besondere Bedeutung als Vorreiter sozialtechnischer Datenangriffe zu.

RA DETLEF HARTMANN, KÖLN

Computer-Prozeß: Drei Angeklagte verurteilt  
Wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch wurden die 31-jährige Angeklagte sowie ein 23-jähriger Komplize zu Geldstrafen von je 1350 Mark verurteilt. Ein weiterer 23-jähriger Angeklagter muß 1000 Mark an eine gemeinnützige Organisation zahlen.  
(Westfalen-Blatt, Dienstag, 8. Dezember 1987)



## Hungerstreik in Frankreich

**Hamburg. 16.12.87** Seit dem 1.12. sind in Frankreich Gefangene der action directe (ad) im Hungerstreik. Es sind Régis Schleicher sowie Nathalie Menigon, George Cipriani, Joelle Aubron, Jean-Marc Rouillon, die im Frühjahr zusammen festgenommen wurden. Ihre Forderungen sind: Zusammenlegung aller gefangenen Kämpfer, Anwendung des politischen Statut und die Abschaffung aller Hochsicherheitsgefängnisse.

In den Medien der Bundesrepublik besteht über den Hungerstreik eine totale Nachrichtensperre. Dies ist sicher auch als ein Teil der neuen Zusammenarbeit BRD/Frankreich zu sehen.

Grundsätzlich sind die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in Frankreich sehr hart; es geht bis dahin, daß Gefangene, von Angehörigen und Anwälten einmal abgesehen, keine Besuche genehmigt bekommen, daß sie keine Bücher erhalten, keinerlei Informationsmaterial über Widerstand in ihrem Land und daß der Briefwechsel mit Genossen in der BRD mit Hin- und Rückweg über 4 bis 6 Monate hinausgezogen wird, um so auch ein Bild von der politischen Situation hier und von den Vorstellungen, die es hier im Widerstand gibt, zu erschweren.

## KOMMUNIQUE:

seit dem 1. dezember 1987 befinden sich sechs mitglieder der organisation action directe (jean-marc rouillon, nathalie ménigon, joelle aubron, georges cipriani, régis schleicher und héllyette bess) in ihren respektiven haftorten im hungerstreik.

die zwei forderungen die sie veröffentlicht haben sind:

1. zusammenlegung durch ein status der politischen gefangenen, von allen inhaftierten militanten die durch die verschiedenen "normalen" oder sondergerichten verfolgt werden.

2. die sofortige schließung der isolationstrakte der erhöhten sicherheit.

Dieser kollektiver hungerstreik schreibt sich in die kontinuierlichkeit der verschiedenen kämpfe ein, die seit anfang 1987 gegen die isolation und die differenzierung geführt wurden: hungerstreiks von dominique poirré und azita monachipour, von roberto peli und philippe le moual, von umberto passigati und 20 häftlingen aus dem dl in fleury-mérogis, der gefangenen des QI in dijon, usw.; die meutereien von juli in fleury-mérogis, dessen erste forderung die abschaffung der isolation war; der hungerstreik von einigen dutzenden 'dps' in fresnes am anfang august, meuterei der gefangenen in der zentrale von saint-maur und des isolationstraktes von besancon in diesem herbst; der hungerstreik der gefangenen von bourg-en-bresse in den letzten tagen.

warum kommt es zu diesen wiederholten kämpfen, warum werden diese kämpfe immer massiver und immer härter? weil die regierung, in der art und weise der vorherigen, immer öfter zur haftisolation greift, weil sie ständig ihre "differenzierungs"politik verbessert. um die gefangenen zu bekämpfen - militante oder nicht - die es wagen widerstand zu leisten, um diejenigen zur verleugnung und zum aufhören zu zwingen, die es innerhalb des gefängnisses wagen noch einen kampfbewußtsein, einen klassen bewußtsein zu äußern. die commission prison-répression, die jeder dieser kämpfe unterstützt hat, die selbst seit letztem dezember eine energische kampagne gegen die isolation führt, versichert den sechs inhaftierten militanten im hungerstreik ihre vollständige solidarität.

die commission prison-répression wird alles dransetzen um die letzten hindernisse einer aktionseinheit aller gefangenen im kampf gegen die isolation und der differenzierung zu beseitigen.

die commission prison-répression ruft letztendlich all diejenigen auf - arbeiter, arbeitslose, studenten, ausländer, usw - die sich weigern die arme hängen zu lassen, all diejenigen die diese gesellschaft verändern wollen, ihre solidarität mit den gefangenen im hungerstreik und mit all den gefangenen im kampf gegen die isolation und die differenzierung auszudrücken.

denn man darf es nicht vergessen, es ist genau weil sie selber diese gesellschaft der arbeitslosigkeit, der armut und des krieges in der wir leben, ablehnen, es ist genau weil einige versucht haben sie zu ändern und es noch immer versuchen, daß es in den gefängnissen hunderte von proletariern und militanten gibt die durch die zerstörung bedroht sind.

**SOFORTIGE SCHLIEBUNG DER EINZELARRESTE UND DER ISOLATIONSTRAKTE!**

**DAS RECHT AUF ZUSAMMENLEGUNG FÜR ALLE!**  
**NEIN ZUR DIFFERENZIERUNG!**

paris, den 10. dezember 87  
commission prison-répression

## HUNGERSTREIKERKLÄRUNG

Heute am 1. Dezember initiieren wir, Kämpfer aus der Kommunistischen Organisation Action Directe mit einem Hungerstreik einen kollektiven und einheitlichen Kampf für die Durchsetzung der beiden Forderungen:

- Zusammenlegung unter dem Status politischer Gefangener von allen gefangenen Kämpfern, die von verschiedenen "normalen" oder Sondergerichten verfolgt werden.
- Sofortige Schließung der Isolationstrakte von erhöhter Sicherheit (de securite renforcie).

Es ist jetzt Zeit, die Politik der imperialistischen Bourgeoisie gegen die revolutionären Gefangenen zu durchbrechen.

Über die Willkür der Haftbedingungen der politischen Gefangenen und das Fortbestehen der Hochsicherheitstrakte unter der neuen Bezeichnung Isolationstrakte der erhöhten Sicherheit versuchen die Sonderabteilungen, als juristischer Ausdruck der Konterrevolutionären und kolonialistischen Politik des imperialistischen französischen Staates, ihr Gesamtprojekt der Befriedung des Kampfes des Proletariats und der unterdrückten Völker um die Befreiung zu entwickeln; indem sie versuchen die Gefangenen, die als Geiseln betrachtet werden zu befrieden und sie sogar innerhalb dieses Projektes zu benutzen.

Die Folter der totalen Isolation wird mehr und mehr systematisch angewandt in einer Politik der Differenzierung der Haftbedingungen, ein wahrhaftes System von Erpressung und Deal, verstanden als permanenter Druck während der Sondergerichtsverfahren und als Element der Befriedung innerhalb des Gefängnisses. Außerhalb aller ihrer Gesetze werden die Haftbedingungen nach dem Ermessen der Richter in den Sonderabteilungen der Gefängnisdirektoren, der Bürokraten des Place Vendôme etc. individuell moduliert.... der ganze Alltag des Gefangenen unterliegt dieser Willkür, die zensierte (oder zerstörte) Korrespondenz, die Besuche, das Recht auf Information, das Recht Bücher zu bekommen. ... Niemals hat die Unterdrückung des Status des politischen Gefangenen für die gefangenen Kämpfer "normale" Haftbedingungen bedeutet sondern Folter durch Isolation der erhöhten Sicherheit, permanente Erpressung, Schikanen und Willkür.

Durch die totale Isolation und die Gesamtheit der Repressalien bei den Haftbedingungen indem jede Kommunikation, jede Diskussion und jede politische Auseinandersetzung zerschlagen wird, versucht die imperialistische Bourgeoisie den gefangenen Kämpfer aus den gesellschaftlichen, politischen und historischen Bedingungen die die Basis seines Kampfes gewesen sind und sind, herauszureißen, ihn davon abzuschneiden, und ihn darüber zu vereinzeln, und um ihn herum einen Prozess von Kriminalisierung aufzubauen, durch die Folter, die seine kollektive politische Identität zerstört und seine individuelle Integrität. Heute basieren die Haftbedingungen der politischen Gefangenen nicht mehr auf dem bloßen Entzug der Freiheit sondern auf einem konterrevolutionären Gesamtprojekt von kollektiver Umerziehung, die darauf zielt, den revolutionären Gefangenen zu schwächen, zu vereinzeln und zu kriminalisieren um seine Kampfkraft herabzusetzen und um ihn gegen die Politik, die er gemacht hat, benutzen zu können und so drinnen gegen draußen zu stellen, die Vergangenheit dieser Politik gegen ihre Zukunft.

Das konterrevolutionäre Projekt kollektiver Umerziehung, das auf der Differenzierung der Haftbedingungen basiert, und die Benutzung der Isolation erhöhter Sicherheit ist eines der bedeutenden Momente der gesamten Politik der Prävention, Repression und Befriedung die von der imperialistischen Bourgeoisie gegen den Befreiungskampf des Proletariats und der unterdrückten Völker gerichtet ist. Die Razzien in den Ghettos und den Städten, die Ausweisungen und die Auslieferungen, die Morde an den Militanten, die rassistischen Verbrechen, der Belagerungszustand in Korsika und in Nord-Euskadi, die Provokationen und die Entfesselung der bürgerlichen Counterpropaganda, die Transformation des Ausnahmezustandes in den permanenten Zustand des verfeinerten Sicherheitssystems, der mit der Offensive der Bourgeoisie gegen die Errungenschaften der Arbeiter, Streikrecht, gewerkschaftliche Rechte, Recht auf Gesundheit, auf Arbeit, auf Erziehung und Wohnung verbunden ist, sind verschiedene Aspekte der gleichen anti-proletarischen und Sicherheitspolitik der Unterdrückung die der kapitalistische Staat entwickelt.

So kann der Kampf für die Zusammenlegung, über den politischen Status der Gefangenschaft und gegen die Isolation der erhöhten Sicherheit nicht nur ein Kampf mit Forderungen für oder gegen diesen oder jenen ministeriellen Erlaß sein, sondern er ist kollektive Initiative, der wirksam den Kampf gegen das zentrale Projekt der Bourgeoisie gegen die revolutionären Gefangenen und des proletarischen Antagonismus in den imperialistischen Gefängnis aufnimmt, und als einheitliches und organisiertes Moment des Aufbaus der revolutionären Politik der Befreiung.

Unsere revolutionäre Initiative steht in der historischen Kontinuität der Forderung nach dem Status des politischen Gefangenen, der von den 50er Jahren und dem Kampf der Militanten der algerischen Unabhängigkeit und der kolonisierten Völker an von den kommunistischen Gefangenen aus den Guerillas, aus der proletarischen Bewegung, aus dem anti-imperialistischen Widerstand und aus den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker gegen den imperialistischen französischen Staat wiederaufgenommen und entwickelt wurde, gleichzeitig kann sich diese Initiative nur als ein Moment der Einheit und konkreter Solidarität mit den Kämpfern der Revolutionäre in Westeuropa begreifen, dem Kampf unserer Genossen aus der RAF, der irischen, baskischen, spanischen Gefangenen....

## UNTERSTÜTZUNGSKOMITEE DER

## IRANISCHEN FLUCHTLINGE

paris, den 10. dezember 1987

meine herren,  
auf grund der pressekonferenz die durch euer komitee organisiert wird, wäre ich euch dankbar wenn ihr den damen und herren reportern die erklärung meiner mandantin, azita monachipour, die in rouen inhaftiert ist, vorlesen würdet. sie hat den folgenden wortlaut:

"offener brief an die französischen reportern"

1954, am anfang des algerienkrieges, erwähnte andré mandouze, indem er über die machtsmissbräuche sprach die durch die kolonialmacht begangen wurden:

"es gibt zwei arten von erlaubten terrorismus: die polizei und die presse"

33 jahre später haben wir, iranische militante kommunisten die sich dem regime der islamischen republik von khomeiny entgegensetzen, festgestellt dass dies noch immer in frankreich stimmt. einerseits durch die "sehr spezielle" behandlung die wir während 4 tagen in den untergeschossen der dst, während den verhaftungen vom september 1986, und während 14 monaten in den französischen gefängnissen erleiden mussten. sie wurden als "kriminelle" und als terroristen behandelt weil "azita monachipour und seyyed djaber kalibi verdächtigt wurden der o.g.f.p.i. anzugehören und an gewalttätigen aktionen teilgenommen zu haben... um eine organisation zu gründen die darauf abzielt den revolutionären kampf gegen das islamische regime zu führen"!!!

andererseits durch die verleumderische pressekampagne die kürzlich während der verhaftung des kommunistischen militanten Frédéric Oriach durch die dst aufgeführt wurde.

da wir euch, damen und herren reportern kennen, konnten wir so etwas erwarten, aber wir waren trotzdem ein bisschen über die gelassenheit erstaunt wie ihr als fürsprecher des innenministeriums dient, indem ihr nicht einen moment lang die lügnerrischen informationen von pasqua und seiner clique bezweifelt habt, die somit die verhaftung eines revolutionären militanten rechtfertigen wollten um ihn daran zu hindern den französischen staat und seine kanonenhändler anzuprangern.

habt ihr einen moment lang daran gedacht die durch die polizei gelieferten informationen bei unseren anwälten nachzuprüfen, ehe ihr unter ihrem diktat geschrieben habt: "diese militantin hat mehrmals während ihrem verhör den namen von Frédéric Oriach genannt"!! (le quotidien de paris, 26.11.87)?

wie kommt es dass ihr uns als gegner des islamischen regimes darstellt, um dann später von attentaten zu sprechen, "die am 8. und 10. dezember des letzten jahres gegen zwei banken, die kuwaiti french bank und die saudi european bank verübt wurden"? (le matin, 26.11.87)

obwohl es klar ist dass sie durch das regime von khomeiny, nach den ereignissen von mekka, angeordnet wurden? welches ziel verfolgt ihr indem ihr die niederträchtigen polizeimanipulationen unterstützt die darauf abzielen ein amalgame zu machen und die pisten durcheinander zu bringen: "die iraner sind alle terroristen (auch wenn sie gegen khomeiny kämpfen, dies ist nur ein detail), oriach wurde mehrmals durch eine iranerin erwähnt, oriach ist somit ein terrorist"!

die polizei und die presse von vichy brauchten diese künstlichkeiten und dieses jonglieren nicht um die verhaftung von widerstandskämpfern zu rechtfertigen (die sie übrigens als terroristen bezeichneten!)

wenn ihr den namen meines bruders erwähnt (le matin, 26.11.87), dann vergesst ihr zu sagen dass ihr seit 14 monaten regelmäßig über unsere lage informiert wurdet, dass man kontakte mit euch aufgenommen hat, dass ihr durch unsere freunde, familien und unterstützungskomitees beansprucht wurdet.

ihr habt "vergessen" zu sagen dass wenn mein bruder zwei monate im gefängnis verbracht hat, dann weil der untersuchungsrichter riviére und die dst mir gesagt haben: "du sprichst oder wir halten deinen bruder im gefängnis"! (die geiselnahme und die erpressung sind nicht das einzige erbe des regimes der ayatollahs!).

aber dort konnten wir das ausmass eurer knechtschaft gegenüber der macht sehen, als einige tage später, wahid gordji mit dem ganzen respekt eurer "justiz" freigelassen wurde!

wie kommt es dass ihr nicht den vergleich gemacht habt der sich aufdrängte? habt ihr euch nicht gefragt:

"wie kommt es dass unsere regierung so einfach einen terroristen im dienste khomeinys freilässt und dass sie gleichzeitig die militanten einsperren und mundtot machen die sich diesem khomeiny entgegensetzen?"

ist es nicht um sie wie durch einen zufall, als austauschmünze zu benützen, oder besser, um die forderungen des iranischen regimes im rahmen der "normalisierung der französischen-iranischen verhältnisse" zu befriedigen?

wenn ihr euch diese fragen gestellt hättet, dann hättet ihr euch gesagt: "wer sind die terroristen? diejenigen die unabhängig von ihrem leben und ihrer freiheit die kanonenhändler, als verursacher des krieges, anprangern und die für eine gerechte und brüderliche gesellschaft kämpfen, oder diejenigen die die revolutionäre einsperren um den kanonenhändlern zu erlauben ihren diebstahl weiter zu begehen und sich zum nachteil der iranischen, irakischen und französischen völker zu bereichern?"

nein, ihr habt euch gut gehütet diese fragen zu stellen. ihr habt euch damit begnügt das volk zu betrügen und einem polizeistaat einen vorwand zu liefern damit er weiterhin unbestraft seine machtsmissbräuche begehen kann.

meine damen und herren reportern, ihr verdient euer tägliches brot auf eine seltsame art und weise!"

azita monachipour  
iranische kommunistische militantin  
untersuchungsgefängnis von rouen  
den 7. dezember 1987





## PRESSESPIEGEL

am vergangenen 27. november wurde frédéric oriach verhaftet und wegen "zugehörigkeit in einer kriminellen organisation in verbindung mit einem individuellen oder kollektiven vorhaben, das das ziel hat die öffentliche ruhe durch einschüchterung oder terror zu stören". ihr könnt eure solidarität äussern indem ihr diesem genossen schreibt:

frédéric oriach 232690 Z-2/034  
prison de la santé  
42, rue de la santé  
75014 paris (france)

### FESTNAHME VON TERRORISTENFÜHRER BESIEGELT ENDE VON "ACTION DIRECTE"

Zwei Polizeibeamte faßten Frerot bei einer Routinekontrolle in den Tiefgaragen des Hotelviertels am Lyoner Fernbahnhof Part-Dieu, wo es in den letzten Monaten häufig zu Raubüberfällen und Diebstählen gekommen war. Er war mit einem Moped unterwegs und zeigte den Beamten einen gestohlenen Führerschein mit einem falschen Photo vor. Dann zog er zwei großkalibrige Waffen und schoß auf die Polizisten. Während der eine verletzt zusammenbrach, gelang es seinem durch einen Streifschuß ebenfalls leicht getroffenen Kollegen mit Hilfe eines Taxifahrers, den Angreifer zu überwältigen. Zur Überraschung der Beamten gab der Festgenommene sich dann als Max Frerot zu erkennen, nach dem die Lyoner Kriminalpolizei seit Monaten fahndete. (LZ, 30.11.87)

Max Frerot wurde dem "nationalen" Zweig von Action Directe zugerechnet, welcher im März vergangenen Jahres durch die Verhaftung von André Olivier und einigen von dessen Kumpanen hatte zerschlagen werden können. Seither verübte Frerot offenbar weitgehend im Alleingang noch eine ganze Reihe weiterer Attentat und Bombenanschläge. Die grösste dieser Untaten richtete sich am 9. Juli letzten Jahres gegen ein Annexgebäude der Pariser Polizeiprävektur: in der gewaltigen Explosion erlitt ein hoher Sicherheitsbeamter den Tod. Frerot scheint auch der Urheber eines gegen den ehemaligen gaullistischen Justizminister Alain Peyrefitte gerichteten Attentates gewesen zu sein, bei dem ein Verwaltungsangestellter der Gemeinde, in welcher Peyrefitte als Bürgermeister amtiert, ums Leben kam. Der nun in Untersuchungshaft nach Paris überstellte Terrorist wird noch einer ganzen Anzahl weiterer Untaten beschuldigt, bei denen unter anderem in Lyon zwei Polizisten und ein General der Gendarmerie den Tod erlitten. (NZZ, 29.11.87)

Der Eindruck, zwei simpele Stadtpolizisten, die nur so mutig gewesen seien, weil sie nicht ahnten, wer vor ihnen stand, hätten den gefährlichsten Terroristen sozusagen im Alleingang zur Strecke gebracht, stimmt nicht ganz. Denn um Frerot war es nicht nur einsam geworden, weil ihm Olivier fehlte. Vielmehr ist ihm seit Monaten mehr und mehr der Boden für terroristische Anschläge, ja sogar für ein gefahrloses Untertauchen, entzogen worden. Nach und nach wurden seine Waffenlager ausgehoben. Gespräche, die er mit Helfershelfern führte, wurden abgehört. Verstecke, die er schon vor Jahren in Paris, Lyon und anderen Städten angelegt hatte, flogen auf.

Vor vier Wochen gaben die Behörden die Anordnung an alle Polizeistellen heraus, in ihrem Bereich freistehende Keller, Höhlen und Garagen zu beobachten. Aufgrund dieser Wachsamkeit wäre Frerot kürzlich ganz in der Nähe des Hauses, wo er als Kind gelebt hat, beinahe schon gefaßt worden. Minuten vor der Ankunft der alarmierten Polizei entkam er, instinktiv eine Gefahr witternd, auf einem Motorrad. Allerdings war Frerot eher ein Einzelkämpfer. Eine Terroristenorganisation zusammenzuhalten und neue Hilfskräfte anzuwerben, das überforderte ihn wohl. Bei den Sicherheitsbehörden wird man sich nichts vormachen. Die Adressen derer, die immer noch zur RAF in der Bundesrepublik Kontakt halten, sind nach wie vor nicht bekannt. (WAZ, 30.11.87)

**POLIZEI: JAPANS TERRORISTEN PLANEN ATTENTAT AUF OLYMPIA**  
Tokio. (dpa) Die japanische Polizei hat nach der Festnahme eines der berüchtigsten Terroristen des Landes zahlreiche Anzeichen dafür gefunden, daß die Terroristengruppe "Japanische Rote Armee" (JRA) Anschläge auf die Olympischen Spiele in Seoul im September nächsten Jahres vorbereitet. Die Hinweise wurden nach der Verhaftung des 37jährigen Osamu Maruoka am vergangenen Sonntagabend in Tokio zusammengetragen. Maruoka, die "Nummer Zwei" der JRA, war kurz nach seiner Ankunft aus Hongkong festgenommen worden, weil er einen falschen Paß bei sich trug. Er wird seit 15 Jahren gesucht, zunächst als einer der vermutlichen Hauptbeteiligten beim Massaker auf dem Flughafen von Tel Aviv 1972. Ein Jahr später war er es auch, der mit vier Palästinensern einen Jumbo der Japan Airlines (JAL) auf dem Flug von Amsterdam nach Tokio entführte. Er ergab sich den libyschen Behörden, nachdem er die Insassen freigelassen und die Maschine gesprengt hatte.

Aucg bei der "Dacca-Affäre" 1977 war Maruoka nach Überzeugung der Sicherheitsbehörden der Chefplaner: Damals brachten fünf Mitglieder der "Japanischen Roten Armee" eine JAL-Maschine über Bombay in ihre Gewalt und erpreßten von der japanischen Regierung sechs Millionen Dollar und die Freilassung von sechs Terroristen.

"Vorgesetzte" Marukas in der JLA ist die 42jährige Fusako Shigenobu, die die Organisation vom Nahen Osten aus führt. Jahrelang hatten sich die japanischen Terroristen darauf konzentriert, hochdotierte "Lohnaufträge" für Gesinnungsgenossen im arabischen Raum zu erledigen. Inzwischen gibt es aber viele Anzeichen, daß die Konfusion durch den Golfkrieg eine Neuorientierung ausgelöst hat: Japan und das übrige Ostasien könnten die neuen Ziele sein. Die JRA hatte ein Rundschreiben an ihre Sympathisanten geschickt, in dem die Olympiade in Seoul als "neuer konterrevolutionärer Ring" attackiert wurde, mit dem die Verbindungen zwischen Südkorea, Japan und den USA fester geschmiedet werden sollen. Bei Maruoka fand die Polizei einen Flugschein für von Osaka nach Seoul. Er trug über 60 000 Mark bei sich.

Der Verdacht, daß er gewaltsame Aktionen gegen die Spiele vorbereiten wollte, liege sehr nahe, sagte ein japanischer Polizeisprecher. (WR, 26.11.87)

### AIR BOMB CLOUDS THE OLYMPICS

In recent weeks there has been a resurgence of Red Army activity and the police say they have made the link because they know the organisation has connections with a little known terrorist group in North Korea known as Yodo. Japanese police expressed concern about the possibility of the Japanese Red Army and the North Korean Yodo group joining forces. South Korean security services were already on high alert after the arrest a few days earlier of Osamu Maruoka, one of the leaders of the Red Army. Maruoka was arrested in Tokyo after arriving from Hong Kong. Police who have been piecing together his movements over the past few months have established that he had travelled extensively in Europe and Asia this year, probably to establish new terrorist operational bases. On August 24 he entered China and left again on September 3. Last Thursday Italian authorities issued warrants for the arrest of Tsu Tomu Shirosaki, a Japanese Red Army commander, for rocket attacks on the British and US embassies in Rome last June during the Venice summit. (Sunday Times, 6.12.87)

### JAPAN BEFÜRCHTET WIEDERAUFLEBEN TERROR

Die Furcht ist entstanden nach der Verhaftung von Osamu Maruoka, der gerade eine ausführliche Reise durch Asien gemacht hatte - er sit der zweite Mann der Roten Armee und erfüllte eine leitende Rolle bei verschiedenen Zwischenfällen in den 70er Jahren - daß die Rote Armee nach etwa zehn Jahren der relativen Ruhe im Begriff ist die Aktionen wiederaufzunehmen.

Ein japanischer Einwohner der Philippinen ist verhaftet worden weil er Maruoka zu einem Paß verholfen haben soll. Die Polizei hat weiter erfahren daß ein anderer Japaner, Hiroshi Sensui, ein Mitglied der Roten Armee, der inzwischen wieder auf freiem Fuß ist nach der Teilnahme an der Entführung einer JAL-Maschine nach Dacca in 1977, sich einige Jahre auf den Philippinen versteckt hat. Aus Notizen die Sensui hinterließ wurde deutlich daß innerhalb der Bewegung eine erhitzte Debatte im Gange ist, und daß jedenfalls ein Teil der Gruppe möglicherweise Pläne hat die offensiven Aktionen wiederaufzunehmen.

In Japan wird noch nach 16 Mitgliedern der Roten Armee gefahndet.

Zwei dieser Mitglieder haben teilgenommen an Angriffe auf britische und amerikanische Botschaften während des Gipfels im vergangenen Jahr. Die zwei haben schon im Gefängnis gesessen, aber kamen im Tausch für Geiseln aus der JAL-Maschine bei der Entführung in 1977 frei. Die mutmaßliche Beteiligung des 40jährigen Tsutomu Shirosaki und des 38jährigen Junzo Okudaira bei der Gruppe die sich die Anti-Imperialistische Internationale Brigade nennt läßt vermuten daß es sich hier handelt um einen anderen Namen für die Rote Armee oder eine Gruppe die eng verbunden ist mit der Armee.

Dies alles könnte ein Hinweis darauf sein daß die Rote Armee oder jedenfalls ein Teil davon, die internationalen, offensiven Aktionen wiederaufnehmen will nach sich langer Zeit in das Bekaatal im Libanon zurückgezogen zu haben.

(David Watts, 12.12.87)

## KOMMUNIQUE

### KOMMUNIQUE DER VEREINIGUNG DER ELTERN UND FREUNDE DER GEFANGENEN KOMMUNISTEN

während die politischen gefangenen des pce(r) und der grapo seit diesem sommer in den gefängnissen spaniens, in die sie seit dem vergangenen 24. juli verlegt wurden, (siehe unseres vorherige communiqué) gegen die isolation und die tägliche repression, sowie für die zusammenlegung kämpfen, sahen sich die politischen gefangenen die im gefängnis von soria geblieben sind, dazu gezwungen erneut zum hungerstreik zu greifen um ihre meinung hören zu lassen und den kriminellen mangel an ärztlichen mitteln anzuprangern der ihr genosse enrique alvarez abalde im gefängnis Krankenhaus von carabanchel in madrid erleiden muss, sowie um die erbärmliche sanitäre lage in den gefängnissen anzuprangern. seit monaten leidet enrique, ein arbeiter der 1981 wegen zugehörigkeit zur grapo zu 17 jahren verurteilt wurde und der in soria inhaftiert ist, unter einem gefühlsverlust in der rechten hand, was an sich keine außergewöhnliche gefährlichkeit darstellte. da die gefängnisärzte ihn aber mit nervendämpfender chemopharmaka behandelt haben, hat er heute das gefühl und die kontrolle im ganzen körper verloren. am vergangenen 22. oktober ist er in seiner zelle zusammengebrochen und seine genossen mussten ihm zu essen geben und ihm beim anziehen helfen. infolge der proteste seiner genossen, wurde enrique am 24. oktober in ein zivilkrankenhaus verlegt, da es "aber an diesem tag keinen dringlichkeitsdienst dort gab", wurde er wieder ins gefängnis gebracht. da sich die afapp mobilisiert hatten wurde enrique am selben tag ins krankenhaus von soria zurückgeführt, aber am folgenden tag wurde er erneut ins gefängnis Krankenhaus von carabanchel verlegt. dort wurde er gar nicht behandelt, die ärzte gaben vor die beginnende lähmung hätte einen psychologischen grund und wollten ihn in ein psychiatriekrankenhaus verlegen, was bedeutet hätte dass er zum invalide geworden wäre... oder dass man an ihm selbstmord begangen hätte, da man die kriminellen methoden kennt die für die kranken vorgesehen werden, die als "verrückte" bezeichnet werden. die behörden zögern ihm in ein ziviles krankenhaus zu verlegen, dem die notwendigen mitteln zur verfügung stehen um ihn zu heilen, und enrique riskiert unter schlimmen und nicht rückgängig zu machenden verletzungen zu leiden. deshalb haben 15 gefangene der pce(r) und der grapo, sowie ein anarchist der ebenfalls in soria inhaftiert ist, an diesem 15 november mit einem neuen hungerstreik angefangen, obwohl sie schon durch einige



No hay clamor más rotundo  
que el de un pueblo  
que quiere liberarse.

No hay razón más poderosa  
que la de un pueblo  
que hace la Revolución.

hungerstreiks geschwächt sind die sie geführt haben um einen minimalen anstand und um gegen die tägliche repression zu kämpfen; um die sofortige verlegung von enrique in ein zivilkrankenhaus zu fordern; um die anderen fällen der politischen gefangenen anzuprangern die durch einen mangel an mitteln zu körperbehinderten wurden; und um die sanitäre lage der gefängnisse anzuprangern. hier ist ein ausschnitt aus ihrem communiqué vom 19. november und das wir am 4. dezember erhalten haben:

"die tatsache dass die heilung eines kranken nur von der schnelligkeit der behandlung abhängt, hat in den gefängnissen keine bedeutung. der mangel an technischen mitteln, die lächerlichen und überheiligen sicherheitsmassnahmen, die unüberwindlichen bürokratischen hindernisse und die verallgemeinerte inkompetenz der ärzte sind nur vorwände um einen allgemeinen rahmen zu bilden indem die gefangene auf "natürliche art und weise" hingerichtet werden können. und es ist klar dass der tod unter solchen bedingungen "natürlich" ist!

wir werden es nicht hinnehmen dass sie enrique noch warten lassen, indem sie ihn somit bald zu einem leben im rollstuhl verurteilen!

wir können nicht ruhig sein wenn so wenig auf die gesundheit der gefangenen geachtet wird und es ist vorallem verdächtig wenn es um politische gefangene geht. es ist der tropfen der den krug überlaufen lässt....

um solidarisch mit den gefangenen von soria und mit enrique zu sein, müsst ihr an folgende adresse schreiben:

victorio dieuez guerra  
plaza marques del saltillo n. 1  
42002 soria  
espana

enrique alvarez abalde  
hospital penitenciario  
carabanchel  
28071 madrid  
espana



**WIR BEFINDEN UNS AKTUELL IN EINEM PROZESS DER AKKUMULIERUNG  
VON KRÄFTEN UND DER REORGANISIERUNG**

**INTERVIEW MIT DEN GRAPO**  
sabotaje nr. 5, januar 87

die abhängige presse und zeitung (abhängig von der regierung, den banken und anderen kapitalistischen gruppen) reden viel und schlecht von terrorismus und bewaffneten banden: selbstverständlich beziehen sie sich auf gruppen wie ETA, GRAPO, Roten Brigaden, IRA, etc.... und niemals auf den terrorismus der polizeien, der banken und unternehmen, der NATO und dergleichen unkraut. gemäß unserem leitsatz, diesen gruppen, denen die massenmedien brot und salz verweigern, raum zu geben, haben wir es geschafft, einigen militanten der GRAPO eine reihe von fragen zur lebensfähigkeit ihres kampfes, ihren zielen, begangenem fehler und der zukunft dieser heute im globalen politischen panorama so verbreiteten widerstandsform zu stellen: dem bewaffneten kampfe.

**SABOTAJE:** rund um den gebrauch von gewalt, der waffen als mittel des kampfes gegen den kapitalismus gibt es gerade heute eine breite kontroverse. nicht nur die regierungen dieser länder greifen das an, was ja natürlich ist, sondern sogar kommunistische parteien und gruppen der außerparlamentarischen linken haben widersprüche dazu. wir wollen, daß ihr uns die folgende frage so breit wie möglich beantwortet: warum die anwendung des bewaffneten kampfes und welche lebensfähigkeit besitzt er?

**GRAPO:** erstmal wollen wir klarstellen, daß sich diese parteien falscher kommunisten nicht die spur in der nähe der macht befinden. bzw. sie verteidigen heute nicht nur die herrschenden kapitalistischen regimes im westen, sondern auch ihre eigene existenz. sie sind zu krücken der modernen polizeistaaten geworden. das blutende beispiel, das wir heute in unserem eigenen land haben, läßt - glaube ich - keinen platz für zweifel an dem, was wir sagen. und wir wollen nicht von den zu unrecht so genannten sozialisten reden. das sind gerade die, die in wirklichkeit beabsichtigen, den großen monopolen und der bank die kastanien aus dem feuer zu holen und die sich ohne irgendeine art von scham in die exekutoren der repressiven und schurkenhaftesten maßnahmen gegen die arbeiter und das ganze arbeitervolk verwandeln. gut, es ist normal, daß diese individuen, sobald sie sehen, daß etwas - so gering es sein mag - ihre lehne stühle und die gewinne ihrer herren gefährden könnte, sich tollwütig darauf stürzen, um zu versuchen, es zu zerstören. die mehrheit der europäischen regierungen sind heute sozialfaschistisch. sie haben sozialistische namen, doch ihre taten sind faschistisch und die interessen, die sie verteidigen, sind die des kapitalismus. was den bewaffneten kampfe und den grund seiner durchführung betrifft, wollen wir erklären, daß er nicht mehr als eine der vielen formen des kampfes ist, die revolutionäre bewegungen annehmen können, und daß seine verankerung in einigen ländern - vor allem in solchen, wo der kapitalismus schon stürzen könnte - einzig der tatsache zuzuschreiben ist, daß man der arbeiter- und volksbewegung dauerhaft alle politischen auswege, die für die notwendigen sozialistischen und demokratischen transformationen verblieben, verschlossen hat.

**SABOTAJE:** erklärt uns etwas mehr dazu.

**GRAPO:** gut, der staat der monopolistischen großbourgeoisie hat sich in einen bunker verwandelt, unmöglich, mit den pazifistischen und parlamentarischen methoden einzudringen, um ihn von innen in die luft zu sprengen. dieser staat ist eine stark ausgerüstete und perfekt geölte kriegsmaschine, bereit, jeden moment über seine beute - die volksbewegung - herzufallen. gerade heute unter der politischen macht des monopolismus ergibt es sich als völlig wirkungslos, dieser modernen maschine der repression und der konterrevolution die der periode der manufaktur eigenen methoden des arbeiterkampfes entgegenzusetzen, und die, die darauf bestehen, daß die arbeiter diese methoden einhalten, sind mindestens unbewußte verbrecher, wenn nicht erklärte verräter, die sich an die großen monopolen verkaufen. das auftreten der zentralen spanischen gewerkschaften und ihrer parteien gibt - glaube ich - ein klares beispiel von dem, was wir hier sagen. in anbetracht, daß man heute die polizeistaaten nicht mit pazifistischen und parlamentarischen methoden zerschlagen kann, glauben wir nicht, daß es eine frage ist, den kopf zu beugen und ihn den kapitalisten auf einem brett zu servieren, damit sie ihn abschlagen. angesichts der menge, die sie in counterinsurgency gelernt haben, diese feinde der menschheit, müssen wir lernen, die lücke zu finden, durch die sie der herrschaftsrichtende und gerechtigkeitsliebende dolch trifft.

**SABOTAJE:** und dieser dolch ist für euch der bewaffnete kampfe...

**GRAPO:** nicht nur der bewaffnete kampfe. es ist die widerstandsbewegung in ihrer gesamtheit. es sind all diese organisationen, die sich direkt dem system entgegenstellen, indem sie es mit jeder art von kämpfen, streiks, demonstrationen, etc. bekämpfen und boykottieren... vor allem durch die arbeiter und jugendlichen unseres landes. zu dieser widerstandsbewegung gehören für uns die guerillaorganisationen. aber durch all das, was wir eben erklärt haben, wird klar, daß die aktivität dieses widerstandes sich nicht innerhalb des legalen rahmens bewegen kann, nicht der polizeilichen repression ausgesetzt werden darf. damit diese widerstandsbewegung immer stärker wird und mit effektivität kämpfen kann, ist die aktion des bewaffneten kampfes unentbehrlich. die kombination aller kampfesaktionen der massen mit dem guerillakrieg - durchgeführt von kleinen bewaffneten gruppen, die den staat kontinuierlich reizen - ist eine notwendigkeit. die regierung besitzt schon die ganze maschinerie des staates, die mit gewalt gegen das volk vorgeht, um ihm ihre politik von aufrüstung, militarismus, umstrukturierung, fristloser entlassungen und lohnkürzungen aufzuzwingen und weiterhin den kapitalismus und ihre gewinne zu erhalten. deshalb können die revolutionären organisationen und die politische widerstandsbewegung nur kräfte und erfahrungen sammeln, wenn sie sich in der klandestinität und mit hilfe des guerillakampfes organisieren. nur durch konstante und

immer stärker werdende schläge der guerilla werden wir verhindern, daß der staat straflos seine repressions- und kontrollpläne in gang setzt und wir allmählich desorganisiert, demoralisiert und geschwächt werden. gleichzeitig wird die organisation des volkes erleichtert und der revolutionären bewegung moral und kraft gegeben.

**SABOTAJE:** gut, aber in der praxis - wo können wir sehen, daß sich die aktionen der bewaffneten gruppen und der massenbewegung vereinen?

**GRAPO:** alle unsere aktionen sind zur unterstützung der arbeiter- und volksbewegung durchgeführt worden. einige von klarer und kategorischer form, andere bestimmt, mittel zu beschaffen, geld oder waffen, um unseren zielen näherkommen zu können.

**SABOTAJE:** gut, aber zur sache - wie verbindet ihr zum beispiel die entführung von Oriol und Villaescusa, eine eurer aufsehenerregendsten aktionen, mit dieser unterstützung der volksbewegung?

**GRAPO:** das hauptziel der "Operación Cromo", also der gefangenahme und retention von Oriol und Villaescusa, war die befreiung der politischen gefangenen und die denunzierung der wahlmaskerade und der fassadenform, die die regierung damals gerade aufstellte. wir wußten, daß einer der schwachpunkte des regimes die existenz der politischen gefangenen war, die in keinem moment als solche anerkannt wurden. ferner gab es einen sehr starken willen im volk, ihre befreiung zu erreichen, sodaß eines der ziele das war. wir wußten, daß es viele möglichkeiten gab, das zu erreichen, wie ich es gleich darlegen werde. die regierung mußte eine amnestie erlassen, die die mehrheit der politischen gefangenen auf die straße ließ, ausgenommen natürlich derjenigen (... "que habíamos luchado por ella y les habíamos obligado a ceder." - etwa: für die wir gekämpft und druck ausgeübt hatten, um sie freizubekommen.) das war ihre rache.

**SABOTAJE:** gut, aber man kann die operation nicht als erfolg werten, da sie ja letztendlich die einlösung der beiden entführten erreichten.

**GRAPO:** eine operation scheitert, wenn sie ihre ziele nicht erreicht. sie scheitert nicht, weil einige mitglieder der gruppe fallen, nicht einmal wenn - wie du es richtig sagst - die elemente, die benutzt wurden, um sie zu zwingen, nachzugeben, schließlich freigelassen wurden. einerseits haben wir euch schon gesagt, daß das ziel, die amnestie zu erreichen, zu einem guten teil erfüllt wurde. andererseits, und das war, wenn du willst, das hauptziel, konnten sie ihre aufgeblasene reform nicht durchführen, ohne daß dies schon von anfang an tot geboren wurde. das faschistische regime wollte sich das gesicht reinwaschen und zu diesem spiel gab man sich von Carillo-partei bis zu den opportunisten der linken der ORT und anderer haufen her. dort waren alle bereit, bis zum schändlichsten zu gehen, um ihre krümmel vom kuchen abzubekommen. ich glaube, daß wir alle im verlauf dieser jahre haben feststellen können, wie richtig das ist, was wir zu dem thema meinten. nun denn, die "Operación Cromo" deckte vor vielen auf, was das regime und seine neuen kollaborateure mit der angestrebten reform wirklich wollten. sie wurden gezwungen, zwischenstufen zu überspringen. und dort hast du zehn jahre danach den leibhaftigen und "revolutionären" Felipe González, wie er die arbeit fortsetzt, die die hochgestellten faschistischen persönlichkeiten begannen. es gibt keinen betrug mehr, der ihnen nutzen einbringt. das ist ganz klar.

**SABOTAJE:** welche anderen aktionen sind für euch von besonderer bedeutung?

**GRAPO:** gut, 77/78 haben wir mehrere lebensmitteleutergungen durchgeführt, die später unter den bewohnern der volksstadtviertel in Sevilla, Madrid, Cordoba.... verteilt wurden.

**SABOTAJE:** gut, aber das ist selbstverständlich keine lösung, um mit dem hunger und dem elend schluß zu machen.

**GRAPO:** selbstverständlich haben wir nicht versucht, mit den vier lastwagen das problem zu lösen. was wir wollten, war, den weg denen aufzuzeigen, die unter der arbeitslosigkeit und dem elend litten. dem volk zu zeigen, daß es opfer der arbeitslosigkeit, des elends, der unverschämten preise für grundnahrungsmittel war und ist, daß man nichts erreicht, indem man bittet, noch bereitwillig ist, und ihnen öffneten wir einen weg: die enteignung dessen, was sie zum leben brauchen, und daß die kapitalistische gesellschaft es ihnen verweigerte. und wir glauben, daß wir auf diesem gebiet auch gute ergebnisse erreicht haben. zum beispiel gab es kurz nach unseren aktionen häufiger überfälle auf supermärkte (selbst auf eine bank in Cadiz) von organisierten arbeitslosen gruppen.

**SABOTAJE:** einverstanden. und das töten eines militärs-inwiefern unterstützt das die volksbewegung? weil viele sagen, daß dadurch genau das gegenteil geschieht.

**GRAPO:** die hinrichtung des generals Munoz Vazquez zum beispiel bedeutete seinerseits einen harten schlag für die verhandlungen, die die regierung in hinblick auf ihren eintritt in die NATO plante. wir haben dir schon zu anfang dieses interviews gesagt, daß, um mit dem staatsterrorismus schluß zu machen, bittgebete und pazifistische prozessionen nicht nützen. auf den terror und die verbrechen des staates muß man mit den waffen antworten. einerseits, um seine reihen zu demoralisieren, andererseits, um die moral unserer leute, des volkes zu stärken. das volk kann nicht zusehen, wie die repression ungestraft mordet und prügelt, ohne daß damit seine widerstandsmoral nachläßt. also werden die exekutoren und leiter der repression aus zwei gründen angegriffen: zum einen, damit sie für ihre verbrechen bezahlen und die anderen sehen, daß das volk auch seine justiz besitzt, und zum anderen, um der politischen widerstandsbewegung in ihrer gesamtheit kampfesmoral zu geben und ihnen zu zeigen, daß die tyrannen und unterdrücker auch fallen können. deshalb haben wir sprengsätze in polizeikommissariaten und kasernen der Guardia Civil angebracht, haben wir mitglieder der repressiven korps hingerichtet, politiker, unternehmer, die hunderte von arbeitslosen entlassen haben, spitzen...

**SABOTAJE:** in letzter zeit haben die GRAPO keine aktionen durchgeführt, auf der anderen seite sagen presse und regierung, daß sie euch zerschlagen haben. was ist daran wahr?

**GRAPO:** es ist von dem moment an falsch, wo vor nur ein paar monaten die polizei ein mitglied unserer organisation verhaftete, während sich der rest des kommandos in sicherheit bringen konnte.

im verlauf der geschichte unserer organisation hat die regierung viele male frohlockt, wo sie dann unsere "totale vernichtung" bekannt gab, und so manches anderes mal hat sie den kopf senken müssen, wenn sie bekanntgeben mußte, daß es eine falsche meldung war. selbstverständlich haben wir uns in diesen zehn jahren im zentrum der polizeilichen repression befunden, weil wir als revolutionäre organisation allein da standen, zusammen mit den arbeitern und dem volk, indem wir uns dem regime und seinen terroristischen plänen entgegengestellt haben. der rest der organisationen, die sich links nannten, sind entweder verschwunden oder haben sich ihren neuen herren gefügt in der hoffnung, daß für sie etwas von dem festmahl abfällt. diese situation hat in unseren reihen zu einem physischen verschleiß geführt, wenngleich wir behaupten können, daß wir das erreicht haben, was wir uns für die etappe, die schließlich ihren höhepunkt fand, vorgenommen hatten.

**SABOTAJE:** was sind diese erfolge gewesen und was sind eure pläne für die zukunft? glaubt ihr, daß die etappe der anwendung des bewaffneten kampfes beendet ist?

**GRAPO:** unsere aktivität ist darauf ausgerichtet gewesen, die faschistische reform zu demaskieren, zu zeigen, daß der angestrebte "cambio" (wechsel) eine farce gewesen ist, daß die weiterhin an der macht sind, die 36 unser volk in einem blutigen krieg mordeten, und daß der einzige unterschied ist, daß sie auf den wagen geklettert sind und versucht haben, sie bei dem betrug zu unterstützen, die, die sich vorher anti-franquisten nannten und nichts weiter waren als ein paar opportunisten und bedeutende verräter. auf der anderen seite ist das regime in seiner absicht gescheitert, uns zu vernichten, vielmehr ist im gegenteil die widerstandsbewegung gewachsen. ein beispiel dafür ist der höhepunkt und die radikalisierung der anti-NATO-bewegung oder der zuwachs bei dem boykott bei den letzten allgemeinen wahlen oder die andauernden kämpfen, die es an allen punkten spaniens gibt. die arbeiter stellen sich heute der polizei mit angriffs- und verteidigungstricks eigener erfindung entgegen, sie entführen arbeitgeber, um ihre rechte zu fordern, oder sie übernehmen die fabriken. das heißt: sie übernehmen methoden der stadtguerilla.

**SABOTAJE:** denkt ihr nicht, daß der aktuelle verschleiß, den ihr erleidet, produkt der fehler ist, die ihr in eurem kampfe gegen die polizei begangen habt?

**GRAPO:** wenn du die tatsache für einen fehler halten willst, nicht den kopf gebeugt, sondern weitergeköpft zu haben, als alle das handtuch warfen... wenn man es einen fehler nennen kann, sich entschieden zu haben, am 1. oktober 1975 auf die straße zu gehen, um das vergossene blut der fünf ermordeten antifaschisten zu rächen, während die sogenannte linke jener tage ihre ängste unter dem bett versteckte, während das gespannte und ängstliche volk wartete, daß man auf dieses verbrechen eine antwort gibt: ja, das sind die fehler, die wir gemacht haben. wir lassen uns weder von der übermacht einer regimes einschüchtern, noch springen wir auf den wagen des politischen opportunismus oder verraten unser volk. wir weichen in unseren ideen nicht zurück, auch wenn das uns fast zwanzig tete genossen und nahezu hundert gefangene gekostet hat. zweifellos haben wir viele fehler gemacht, früchte unserer unerfahrenheit, aber das ist in jeder revolutionären organisation etwas normales, die entsteht und sich in das tägliche feuer der schlacht wirft, die antwort auf deine frage liegt in der tatsache, daß - wie ich dir eben sagte - das regime es trotz seiner unendlichen anstrengungen, die es gemacht hat, nicht geschafft hat, unsere organisation oder den kampfe zu zerschlagen. und das ist schon genug.

**SABOTAJE:** ihr habt uns noch nicht beantwortet, was eure zukunftspläne sind und was ihr darüber denkt, den bewaffneten kampfe fortzusetzen.

**GRAPO:** aktuell befinden wir uns in einem prozeß der akkumulation von kräften und reorganisation, indem wir aktionen zur beschaffung von waffen und geld durchführen. gleichzeitig bereiten wir eine breite infrastruktur von mitteln vor. es ist nicht wahr, daß die GRAPO gegenwärtig nicht aktiv sein sollen. auf der anderen seite ist, wie wir es euch eben sagten, der höhepunkt einer etappe mit erfolg erreicht worden, und wir sind in eine neue eingetreten, in der angesichts der fortgeschrittenen ausweitung der repression und hinsichtlich dessen, daß das regime sich zusammengeschweißt hat und ihm nur bleibt, sich zu halten, solange es kann, indem es einen authentischen polizeistaat aufbaut und die repression verstärkt, wir verpflichtet sind, den bewaffneten kampfe auf grundlage einiger elementarer fragestellungen vorzubereiten, deren konsequenz einen langen prozeß des guerillakrieges und der stärkung und vorantreiben der existierenden politischen widerstandsbewegung erfordert. gerade heute angesichts des verbrecherischen handelns der regierung, nach den demonstrationen guten willens, die es auf den betrügerischen eintritt in die NATO, die verschärfung der umstrukturierungs- und ausbeutungsplänen als antwort auf das sehnen nach freiheit und wohlstand der massen gegeben hat, kann die lösung für die aktuelle situation keine andere sein, als den widerstand einen starken antrieb zu geben, indem er in den zusammenhang mit diesem guerillakrieg gestellt wird, um die eliminierung des systems ein für alle mal zu erreichen.



## ERKLÄRUNG DER PRINZIPIEN DES "COMITE CATALA DE SOLIDARITAT INTERNACIONALISTA"

Im Oktober 1985 wurde das Comité de Solidaritat Internacionalista gegründet, ausgehend durch ein Kollektiv von ausgemachten Personen, aus verschiedenen Solidaritätskomitees mit Völkern die gegen Imperialismus, Apartheid, Zionismus oder für soziale Revolution kämpfen, die uns von der Unterdrückung und dem Elend befreit, in welches uns die aktuelle sozio-polit. und ökonomische internationale Situation unterwirft.

Dieses Komitee wurde geboren mit folgenden Zielen:

1. Kräfte zu vereinen, die revolutionäre Erfahrung auf internationalen Niveau bekanntgeben, ausweiten und unterstützen, die von den Kommunikationsmedien fortgesetzt boykottiert, versteckt oder manipuliert werden.

2. Einen Bewußtwerdungsprozeß der öffentlichen katalanischen Meinung voranzutreiben, über die existierenden Beziehungen zwischen den revolutionären Umformungen auf weltweiten Niveau und den Kampf unseres Volkes für seine nationale und soziale Befreiung.

3. Diesen Bewußtwerdungsprozeß zu materialisieren in Aktionen und aktiven Solidaritätskampagnen, sowohl auf politischen als auch (in diesen Fall) ökonomischen Niveau.

(X) Anmerkung zu Punkt 1.

Zum besseren Verständnis dieses Zusammenhangs:

a) Länder die ihre Befreiung erreicht haben und die sich in einen revolutionären Konsolidierungsprozeß befinden, aber permanent der Aggression des Imperialismus ausgesetzt sind. Sei es auf militärischen sei es auf ökonomischen, sei es auf beiden Niveaus. z.B. Nicaragua, Angola, Burkina Faso...

b) Völker der sogenannten 3. Welt, die aktuell für ihre Befreiung kämpfen gegen Imperialismus und reaktionäre Regime. z.B. El Salvador, Peru, R.A.S.D., Timor Oriental, Südafrika, Philippinen, Neu Kaledonien, Palestina etc.

c) Völker und Nationen ohne Staat, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen, aktuell integriert in die alten supranationalen Staaten Europas. z.B. Nord Irland, Euskadi, Korsika etc.

d) Populäre Sektoren im Kampf gegen den Imperialismus und für soziale Revolution in den hochindustrialisierten Ländern. BRD, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Schweiz, Japan, USA...

e) Ethnische Minoritäten ökonomisch-sozial-politisch und kulturell ausgebeutet in den jeweiligen Teilen der Welt, z.B. Indios, Schwarze, Zigeuner, Chicanos, Puerto Rico etc.

## DISKUSSIONSGRUNDLAGE FÜR DIE "TAGE FÜR DIE ANTIIMPERIALISTISCHE EINHEIT" ÜBER NATO UND REPRESSION

Als der höchste europäische NATO-Vertreter, Alexander Haig, verschicherte, daß "... die Mitgliedschaft eines Landes in der NATO die Garantie ist, gegen die revolutionären Prozesse", machte er einen heiklen Punkt offen, bezüglich einer der wesentlichen Aufgaben dieser Organisation, der gegenüber der Öffentlichkeit ständig im Dunkeln gelassen wird: die NATO als einheitliches Instrument der kapitalistischen Welt, für die Kontrolle, Überwachung und Repression der sozialen und politischen Bewegungen, die für den Sturz des kapitalistischen Systems kämpfen, für den Aufbau eines neuen Systems der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit.

Die NATO ist nicht nur ausschließlich eine militärische Koalition in Opposition zu anderen Militärkoalitionen, sondern auch eine Form der allmächtigen und allgegenwärtigen "Nachhut", die die traditionellen repressiven Polizeimethoden ihrer Mitglieds- und ihrer befreundeten Länder schützt und ermöglicht. Die wachsende Militarisierung der Industriegesellschaft und der nach-industriellen Gesellschaft beruht auf der Theorie der "nationalen Sicherheit", ein Konzept, das sowohl die "Vergeltung" nach außen, wie auch nach innen beinhaltet: die sozialen Bewegungen und die nationalen Befreiungsbewegungen werden unter einem militärischen Gesichtspunkt analysiert. In letzter Instanz gibt es nur noch militärische Optionen. Ein evidentes Beispiel, das wir kennen ist das der spanischen Verfassung. In ihren Artikel 8 beauftragt sie die Streitkräfte mit der Verteidigung der territorialen Integrität, wobei noch nicht einmal in der Theorie ein Spielraum gelassen wird für eine politische Lösung von Fragen, wie dem Recht auf Selbstbestimmung der Völker und Nationen, die heute den Staat bilden. Ein Recht, das nicht einmal im Zusammenhang mit der konstitutionellen Gesetzgebung (legalidad constitucional) in Betracht gezogen wird.

Viele Gruppen und Organisationen, die gegen die NATO demonstrieren, konzentrieren sich meistens in ihren Diskussionen auf die Kriegsgefahr, die die Mitgliedschaft in dieser Organisation impliziert und lassen dabei außer acht die repressive Dimension der NATO als bewaffneter Arm des Monopolkapitals gegen die revolutionäre Bewegung für nationale und soziale Befreiung. Mit dieser Festlegung verhindern sie nicht nur eine Ausweitung und Vertiefung der anti-NATO-Bewegung, sondern sie laufen außerdem noch in die Falle des "atlantismo", der einen wichtigen Teil seiner Aktivitäten geheim hält. Aktivitäten, die hier und jetzt eine viel größere und konkretere Gefahr darstellen, als die einer möglichen militärischen Konfrontation der zwei Supermächte.

### Gemeinsamer Markt und NATO

Beim Besuch des Generalsekretärs der NATO, Lord Carrington in Madrid im Januar 1986, hat der hohe atlantische Funktionär ausdrücklich den Eintritt Spaniens in die EG mit seinem Verbleib in der NATO verknüpft. Seine Aussagen über die NATO haben den Zusammenhang völlig klar gemacht zwischen einem künftigen vereinten Europa (das Europa des Finanzkapitals) und einer starken militärischen Organisation, die in der Lage ist, seine Interessen zu verteidigen.

Oder anders gesagt: wenn die EWG die Eroberung des europäischen Marktes durch das große Finanzkapital bedeutet, so ist die NATO der repressive Arm, der den europäischen Rechtsraum absichern soll.

Der "europäische Rechtsraum" wurde konzipiert von der "kommission für die Fragen der modernen Gesellschaft" (comision para los desafios de la Sociedad Moderna), und die wiederum wurde eingesetzt vom Oberbefehlshaber der Streitkräfte. In diesem "Rechtsraum" werden die repressiven Projekte der NATO für Europa entwickelt.

Mit der sozialen und politischen Krise der europäischen Staaten und dem Anwachsen des bewaffneten Kampfes in Form der Stadtguerilla, sahen sich die kapitalistischen Regie-

rungen unfähig, diese Bewegungen mit den traditionellen Repressionmethoden in Schach zu halten. Deshalb sind sie dazu übergegangen, die Repression auf breite Schichten der Bevölkerung auszudehnen, und die formalen Freiheiten einzuschränken, die das kapitalistische System gezwungenermaßen zugestanden hatte.

Der europäische Rechtsraum hat alle Repressionmethoden vereinheitlicht, was dazu geführt hat, daß die bürgerlichen Demokratien zu faschistischen Positionen zurückkehrten. Trotz bestimmter formaler Unterschiede haben sich die europäischen Regierungen darangemacht, neue gemeinsame Repressionsmethoden für die Staaten Westeuropas durchzusetzen:

### Sondergesetzgebung

Wenn früher die kapitalistischen Staaten in Zeiten des Ausnahmezustands auf Notverordnungen zurückgegriffen haben (wenn sich der Klassenkampf und die Aufstandsbebewegungen verstärken), so ist heute der Ausnahmezustand zur Normalität geworden, durch die Einführung der "antiterror-Gesetze" und ähnlicher Gesetze. Es ist wichtig, die besondere Rolle hervorzuheben, die die sozialdemokratischen Regierungen bei der Durchsetzung dieser Gesetze gespielt haben. Es war die deutsche Sozialdemokratie, die 1972 den Radikalerlaß eingeführt hat, der einen klaren nazifaschistischen Inhalt hat; es war die englische Labourregierung, die das Militär nach Nord-Irland schickte, um den Unabhängigkeitskampf in Ulster zu unterdrücken; es war unter der PSOE-Regierung in Spanien, wo diese "antiterror"-Gesetze mit größter Brutalität angewendet wurden und wo gleichzeitig der schmutzige Krieg der Geheimdienste und der Einsatz besonderer Pläne, wie der Plan ZEN in Südeuskadi geführt wird.

Spezielle Gesetzgebungen, durch die die repressive Kolaboration immer mehr internationalisiert wird, wie im Fall der sofortigen Auslieferungen der baskischen politischen Flüchtlinge von Frankreich nach Spanien.

### Sondergerichte

Die Sonderjustiz - abgesehen davon, daß sie über die verurteilten Revolutionäre maßlose Strafen verhängt - setzt auch spezielle Gerichte ein, die jede politische und selbst professionelle Verteidigung unmöglich machen. In diesen Sondergerichten gründet alles auf "Aussagen" der Polizei, die durch Folter und Erpressung erzwungen wurden. Im Falle Spaniens wird die Sonderjustiz durch die "Audiencia Nacional" (span. Gerichtshof) repräsentiert.

### Kriminalisierung der revolutionären politische Aktivität

In dem Maße, wie die bürgerlichen Systeme ihr Konzept der Demokratie zum juristischen und politischen Terrain gemacht haben, unter deren Deckmantel alle direktiven abgewickelt werden müssen, wird jede politische Abweichung, die sich nicht an ihre Spielregeln hält, automatisch als "Verbrechen" oder "Terrorismus" bezeichnet (eine Terminologie, die von allen reaktionären Regierungen übernommen wurde).

Indem die Aktivitäten kriminalisiert werden, wird das Problem unter einem rein repressiven Gesichtspunkt angegangen und es werden keine wirklichen politischen Lösungen gesucht. Natürlich besteht das Problem weiter und der Kampf genauso: was für die etablierte Macht der "Terrorismus" ist, ist für weite Teile der politisch bewußten Bevölkerung, bei denen die permanente Vergiftung des Systems durch seine mächtigen Massenmedien noch nicht gewirkt hat, ist es ein revolutionärer Kampf; die "Terroristen" sind Kämpfer des Volkes und die Gefangenen der Organisationen diejenigen, die die konsequente Rebellion gegen das System weiterführen - revolutionäre politische Gefangene.

### Die polizeiliche Prävention und die massiven Kontrollmaßnahmen

Wenn das grundlegende juristische Prinzip war, daß "jeder Mensch unschuldig ist, solange seine Schuld nicht bewiesen ist", so wird dieses elementare Prinzip mit der gegenwärtigen polizeilichen und juristischen Praxis in sein Gegenteil verkehrt: "wir sind alle verdächtig, bis wir das Gegenteil beweisen". Das ist kein Wortspiel: großangelegte Durchsuchungen ganzer Stadtteile, permanente Polizeikontrollen, beim geringsten Verdacht körperliche Durchsuchungen, wobei "Verdacht" aufkommt, durch die Interpretation eines "gewagten" Blickes oder beim Tragen ausgefallener Kleidung; das Abhören von Telefonen... Alles in allem ein Apparat, der aus jedem Bürger einen Verdächtigen macht. Ein Apparat der jeden Tag durch die Einführung neuer Elemente perfektioniert wird, wie die Computerisierung von Personalausweisen, die in der BRD praktisch schon abgeschlossen ist und die sich in alle Gebiete der paradoxerweise sogenannten "freien Welt" ausdehnen.

### Desinformation und psychologische Kriegsführung

Die Kampagnen der ideologischen Vergiftung, die sich gegen die Opposition des Systems richten, bekommen einen immer systematischeren Charakter. Mit diesen Kampagnen wird versucht, im Bewußtsein der Leute Verwirrung zu stiften und mittels der mächtigen Massenmedien wird die Ideologie der Herrschenden in die öffentliche Meinung eingepflanzt. Das System bestimmt die Grenze für den einzigen möglichen öffentlichen politischen Diskurs. In der Auseinandersetzung um revolutionäre Gewalt werden nicht mehr die Gründe ihrer Legitimität genannt, sondern nur ihre unmittelbaren Auswirkungen, was in den Nachrichten mit sentimentalen Elementen angereichert wird. Die Gewalt des Systems, die institutionelle Gewalt, wird nur bei seltenen Gelegenheiten zur Diskussion gestellt und als Ausnahme dargestellt: die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Nach dem Motto: "Alles ist in Ordnung in der besten aller möglichen Gesellschaften".

### der geheime Staat und der Ausbau der Polizeimacht

Die Bereiche des Staates, die der absoluten Geheimhaltung unterliegen, werden immer größer und werden vom Prinzip der Geheimhaltung her bestimmt. All diese Aktivitäten dringen nicht in die Öffentlichkeit vor und sind hauptsächlich Aktivitäten der Militärs, der Diplomatie oder der Spionage. Auch wenn diese Maßnahmen schon immer mit der Polizeistruktur zusammenhängen, hat in den letzten Jahren die Verzahnung zwischen Militär, Diplomatie, Geheimdiensten und Polizei in den verschiedenen "demokratischen" Staaten eine Größenordnung angenommen, die uns an eine wahre Föderation der Polizeistaaten denken läßt - unter der Führung des Pentagons und der amerikanischen Geheimdienste. Wir erinnern uns an

die Kolaboration des CIA mit der italienischen Polizei, als General Dozier entführt wurde und in Spanien haben wir auch zahlreiche Beispiele:

So ist es kein Zufall, daß Männer, wie General Casinella oder der Polizist Ballesteros, die in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurden und mit dem CIA zusammenhängen, die Initiatoren des Plan ZEN waren. Der Plan ZEN, ein wahrhaftiges Bündel von Maßnahmen, das anfängt bei der unverschrämten Vergiftung der Medien, bis hin zu allen möglichen Formen der Repression und sogar den Aufbau von Söldnerheeren umfaßt. Es ist kein Zufall, daß diese zwei Herren (in Kolaboration und mit dem Segen der PSOE-Regierung) hinter Mafia-Polizeimäßigen Gebilden wie der GAL stehen, die seit ihren Anfängen auf die Unterstützung der französischen und portugiesischen Geheimdienste zählen konnte. Es ist kein Zufall, daß diese parapolizeilichen Banden in perfekter Übereinstimmung mit den "diplomatischen" Aktivitäten gehandelt haben, um so eine Zange zu bilden, die die politische Flüchtlinge in Frankreich (speziell die Basken) niedermachen soll, und auf deren Konto schon Duzende von Auslieferungen mittels "Dringlichkeitsmaßnahme" gehen...

Das alles zeigt ein schweres Problem auf, das von Tag zu Tag größer wird: der straflose Raum, der den Polizeikräften zugestanden wird, um gegen die revolutionären Bewegungen vorzugehen und die breite internationale Deckung auf die sie zählen können.

### die Politik des "Bereuens"

Eine Politik die, obwohl sie im Fall der ETA(m) kläglich versagt hat und z. T. auch in Italien, ist nach wie vor ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der modernen Polizeistaaten und seiner faschistischen Politik. Sie stärken eine antiterroristische "linke", die mit dem Alibi ihrer Opposition gegen die Gewalt, die Repression legitimiert.

### Physische und psychische Folter

In den europäischen Staaten, wo die revolutionäre Bewegung sehr klein ist, wird vor allem die Methode der psychischen Folter praktiziert. Es besteht die Möglichkeit, gegenüber jedem Gefangenen eine sehr individuelle Behandlung anzuwenden. Je breiter die revolutionäre Bewegung wird, desto mehr verallgemeinert sich die Folter und wird nicht nur auf der psychischen, sondern auch auf der physischen Ebene angewandt. Im Falle des spanischen Staates hat man nie damit aufgehört, die körperliche Folter mit ungeheurer Brutalität anzuwenden (erinnert euch an die Morde von "der Fall Almeria", Arregui, Espana Vivas, Zabaltza, etc.) in den letzten Jahren nach Franco, obwohl heute die neuesten Forschungsergebnisse der psychologischen Folter dazukommen.

### Isolationshaft

Das ist die Anwendung neuer Methoden, die dazu führen sollen, den Gefangenen allmählich zu brechen, um seine Vernichtung als Kämpfer zu erreichen.

### Liquidierung des Asylrechts

Die neue Sondergesetzgebung eliminiert das politische Delikt und deshalb die Möglichkeit, denjenigen Asyl zu gewähren, die deswegen angeklagt sind. Die Auslieferungen werden in einen juristisch-polizeilichen Zusammenhang gestellt, der jedes Prinzip der territorialen Gebundenheit der Strafgesetze verläßt.

Angesichts dieser Entwicklungen wird die Notwendigkeit eines vereinheitlichten Kampfes aller revolutionären Teile in den verschiedenen westeuropäischen Staaten notwendig. Der Kampf soll in einem koordinierten(\*) Programm/Konzept gegen die NATO als Repressionsinstrument der westlichen Staaten, zusammenkommen. Gegen den europäischen Rechtsraum, für die Anerkennung des politischen Status der revolutionären Kämpfe und für das Recht auf politisches Asyl, gegen die Sondergesetze.

(\*) unter "koordiniert" ist zu verstehen, daß es mehr darum geht, von den Unterschieden und unterschiedlichen Vorstellungen auszugehen, anstatt abstrakte theoretische Debatten zu führen.

Comite Catala de Solidaritat Internacionalista

für Kontakt:  
Apartado de correos Nr. 2192  
Barcelona 08080  
Spanien.

## Zusammenlegung der pol. Gefangenen

Hannover. 7.12.87 Der niederländische Rechtsanwalt Pieter Bakker Schut und die Mutter der in Köln-Ossendorf gefangengehaltenen Revolutionärin Adelheid Schulz waren die Hauptredner einer Veranstaltung am 22.11. im UJZ Glocksee zur Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen der RAF und dem Widerstand. Bakker Schut, Herausgeber des beschlagnahmten, inzwischen wieder freigegebenen Buches "das info", entwarf vor über 100 Zuhörern ein eindrucksvolles Bild des "Deutschen Herbst '77", seiner Vorgeschichte und Aktualität. Er wies anhand zahlreicher Fakten und Zitate nach, mit welcher Kaltblütigkeit die Regierung und die Staatsorgane alle Hebel einschließlich des Bruchs bestehender Gesetze in Bewegung setzten, um Revolutionäre zu vernichten und revolutionäre Bewegungen zu zerschlagen. Die Mutter von Adelheid Schulz verlas einen Brief ihrer Tochter über die Auswirkungen der Isolationshaft. Sie berichtet darin, daß die Gefängnisleitung als Provokation ihr eine Neofaschistin für den gemeinsamen Hofgang zuteilt hat. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand und die Freilassung von Günther Sonnenberg gefordert werden. - (wjh)



# BRD: USA aktivieren Geheimdienst-Netz (Teil III)

Seit Anfang der 80er Jahre vollzogen sich bedeutsame Veränderungen im System der militärischen Geheimdienste der Landstreitkräfte der USA. Mit der Bildung des *INSCOM* (Direktive 10-2, "Organisation and Functions, UNITED STATES ARMY INTELLIGENCE AND SECURITY COMMAND" vom 1.4.1982) wurden Bestrebungen zur Konzentration und Effektivierung der Geheimdienstaktivitäten im Sinne der Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik der USA verbunden. Deshalb wurden auch bedeutsame Kapazitäten des *INSCOM* in der Bundesrepublik und Westberlin konzentriert. Die günstige geografische Lage und die umfangreiche militärische Präsenz erleichtern die Spionageoperationen gegen osteuropäische Staaten und gegen Bündnispartner. Die 66. *MI-Brigade* koordiniert die Aktivitäten in der Bundesrepublik. Alle Spionagemethoden (*SIGINT*, *HUMINT*, *IMINT*) werden, wie durch andere Geheimdienste der USA, angewandt. Zentrale Aufgabenstellungen der U.S. *INTELLIGENCE COMMUNITY* stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit, wobei ein direktes Zusammenwirken und abgestimmtes Vorgehen von *INSCOM* und *CIA* festzustellen ist.

## 6541 Hahn

*Air Base*: 6911. Electronic Security Squadron des Geheimdienstes für die Fernmelde/Elektronische Spionage der U.S. *Air Force* - *Electronic Security Command* (*ESC*)

## 6541 Bärenbach

66. *Military Intelligence Group*, *Detachment Hahn*  
Einsatzstab des *Air Force Intelligence* (*AFI*) der U.S. *Air Force*

## 6541 Dichtelbach

*Patriot-Raketenstellung*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6550 Bad Kreuznach

*Hospital*: S-2-Dienst der U.S. *Army*; *CIA*-Verbindungsoffizier zur *Military Police* der U.S. *Army*  
*James-W.-Minick-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Marshall-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Rose-Kaserne*: S-2-Divisionsstab und S-2-Dienst der U.S. *Army*  
Bad Kreuznach-*Detachment* der 415. *ASA* (*Army Security Intelligence Agency*) *Company*  
*Det. E* (Abteilung) *E* der 201. *ASA Company*

## 6551 Saarbrücken

*Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6580 Idar-Oberstein/Nahbollenbach

*Strassburg-Kaserne*: 108. *Combat Electronical Warfare Intelligence* (*CEWI*) - *Battalion* und  
415. *Army Security Agency-Company*; Speziallager für chemische Kampfmittel

## 6587 Baumholder

Truppenlager und *Smith-Kaserne*: G-2-Divisionsstab, S-2-Dienst und Aufklärungseinheiten der U.S. *Army*  
*Wetzel-Kaserne* (US): *Loran-D-Transmitter* (elektronische Aufklärung)

## 6589 Neubrücke

*Air Base*: A-2-Dienst der U.S. *Air Force*

## 6660 Zweibrücken

*Zeilbäumerstrasse*: U.S. *Army Theatre Intelligence Command*, *ATISC-EUR*, *Military Intelligence Brigade*, 6901 *Security Group*  
581. *Military Intelligence Detachment* des 204. *MI Battalion*  
*Air Base*: Aufklärungsgeschwader und A-2-Stab der U.S. *Air Force*

## 6661 Massweiler

*CIA*-Verbindungsoffizier bei U.S. *Army Europe Underground Command Center*  
*Kernwaffen- und C-Waffen-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Rieschweiler Mühlbach*: *Radio Terminal*, *Railhead Facility*

## 6663 Dellfeld

*Kernwaffen- und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6707 Schifferstadt

*Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6718 Grünstadt

Teile der: 6911 *Electronic Security Squadron* und der 330. *Army Security Agency* (*ASA*) *Company*

## 6719 Kirchheimbolanden

Übungsgelände für *CIA*-Fallschirmagenten

## 6782 Germersheim

*Depot für Panzer*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6740 Landau

*Ebenberg*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6741 Büchelberg

*Kernwaffen-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6748 Bad Bergzabern

*CIA*-Verbindungsoffizier bei *SATCOM*-Satelliten-Bodenstation  
*Mackensen-Kaserne*: US-Verbindungsoffizier zum Fernmeldetl. 860, Fernmeldekp. 880, Fernmeldeausb.kp. 861

## 6749 Birkenhördt

(*Richtung Vorderweidenthal*) S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6750 Kaiserslautern

*Kapaun-Kaserne*: G-2-Divisionsstab der U.S. *Army* und *Air Force Intelligence Group* bei *European Information Systems* (= Europäische Fernmeldedivision); 2. *Military Intelligence Battalion* (*AE*)  
*Daenner-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Kleber-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Panzer-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Einsiedlerhof: Warrior Preparation Center* (Vorbereitungszentrum für *Ranger- und Special-Forces-Einsätze*)

## 6750 Kaiserslautern-Vogelweh

527. *Military Intelligence Battalion* und *Military Intelligence Service Group* bei 15. *Military Police Brigade* 720. *Military Intelligence Battalion*

## 6751 Börrstadt

*Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6751 Münchweiler

S-2-Dienst der U.S. *Army*  
Einheit des 2. *Military Intelligence Battalions*, ausserdem Teilelemente des *MI-Headquarters*

## 6751 Sembach

*Air Base*: A-2-Verbindungsstab bei *ATOC* (Alliierte Taktische Einsatzzentrale); A-2-Luftarmee-Stab der U.S. *Air Force*  
7032. *Detachment* des *Air Force Office of Special Investigates* (*AFOSI*)  
6918. *Electronic Security Squadron*, Ausstattung: *Guardrail-V-System* (Elektronische Spionage)

## 6751 Weilerbach

*Kernwaffen-, C-Waffen- und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6761 Kriegsfeld

*Kernwaffen-, C-Waffen und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
Kommunikationseinrichtung des *Army-Nachrichtendienstes*

## 6780 Pirmasens

*d'Isly-Kaserne*: Aufklärungsbattalion (*Rangers*) und S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Husterhöf-Kaserne*: A-2-Dienst beim Zentralen Kommunikationszentrum und S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Centralized COMINT-Relay Center* (= zentrale *Communication-Intelligence*-Einrichtung) der *NSA* (*National Security Agency*)

## 6781 Ruppertsweiler

US-Kriegshauptquartier  
*Kernwaffen- und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Langekopf*: Kommunikationseinrichtung des *Army-Nachrichtendienstes*

## 6781 Leimen

*Kernwaffen-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6781 Simten

*Kernwaffen- und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6783 Dahn

*Kernwaffen- und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6790 Landstuhl

S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*SATCOM-Terminal* (Einrichtung des *Army Satelliten-Kommunikations-Netzes*, Bezeichnung: *ANIFSC-78*)

## 6791 Bann

NATO-Führungsbunker, US-Communication Station (= *DMSP Weather Satellite Tracking and Receiving Facility*, 4. *Detachm. I. Combat Evaluation Group* für A-Waffen-Unfälle (*US Strategic Training Range*))

## 6792 Ramstein

*Air-Base*: *Assistant Chief of Staff, Operations and Intelligence* (*ACSI*) der *US Air Force Europe* (*USAFE*) - zuständig "für gesamten Handlungsraum Europa"  
Hauptquartier der Fernmelde- und elektronischen Spionage für Europa - *Electronic Security Command* (*ESC*), *Europe Headquarter*; *Air Force SIGINT* (*Signals Intelligence* Hauptquartier); die *Ramstein-Air-Base* ist zudem Heimatflughafen eines *RU-21H Guardrail*-Spionageflugzeuges unterstellte Einheiten:

- 6911. *Electronic Security Squadron Hahn*
- 6912. *Electronic Security Group* Berlin-Tempelhof
- 6913. *Electronic Security Squadron* Augsburg
- 6915. *Electronic Security Squadron* Bad Aibling
- 6916. *Electronic Security Squadron* Hellenikon (Griechenland)
- 6917. *Electronic Security Group* San Vito (Italien)
- 6918. *Electronic Security Squadron* Sembach
- 6931. *Electronic Security Squadron* Iraklion (Griechenland)
- 6950. *Electronic Security Group* Chicksands (Grossbritannien)
- 6952. *Electronic Security Squadron* Alconbury (Grossbritannien)
- 6988. *Electronic Security Squadron* Mildenhall (Grossbritannien)

G-2-Verbindungs-Stab zu *AAFCE*,  
A-2-Divisionsstab der 7. *Flieger-Division* und Einsatzgruppe des *Air Force Intelligence* (*AFI*) der U. S. *Air Force*  
*US-Fliegerhorst*: Stab Alliierte Luftstreitkräfte-Europa Mitte, Stab US-Luftstreitkräfte Europa, *COIC* (*Combat Operations Intelligence Center*), *INFORM-Net Station*, 745th *Tactical Intelligence Squadron*, 1964 *Communication Squadron*

## 6793 Miesau

*Kernwaffen-, C-Waffen- und Munitions-Depot*: S-2-Dienst der U.S.

## Army

## 6800 Mannheim

*Coleman-Kaserne*: S-2-Verbindungsstäbe für Infanterie- bzw. Fernmelde-Brigade und S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Taylor-Kaserne*: S-2-Brigadestab und - Dienst der U.S. *Army*; 95. *Military Police Battl.*  
*Hammonds-Kaserne*: *Headquarter Alliers Mobile Force*, S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Funari-Kaserne*: S-2-Dienst und -Verbindungsoffizier zur *Military Police Group* der U.S. *Army*  
*Rheinau-Topkins-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Spinelli-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Sullivan-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Turley-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*C-Waffen-Depot in Viernheimer Heide*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6830 Schwetzingen

*Kilbourne-Kaserne*: *Censor Section* bei Feldpostgruppe und S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Tompkins-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6900 Heidelberg

*Campbell-Kaserne*: *Deputy Chief Staff Intelligence* (*DCSI*) der U.S. *Army Europe* (*USAEUR*); *Army Cryptological Support Group* (operative Einheit der *NSA* als Unterstützung des *DCSI*); Verbindungsstelle der Bundeswehr zu den US-Landstreitkräften in der BRD, Verbindungsoffizier zu U.S. *Army-Intelligence-Stellen*  
Alle dem Europakommando der US-Landstreitkräfte unterstellen militärischen Einheiten verfügen ebenfalls über Stabsbereiche für "Intelligence". Zur Realisierung der Spionageaufgaben unterstehen den Bereichen spezielle Einheiten für Agentursteuerung, Vernehmung und Befragung, Gegenspionage, Abwehr, Fernmelde/elektronische Spionage sowie wissenschaftlich-technische Spionage. Diese Aktivitäten werden im gesamten dem Oberkommando unterstellten Handlungsraum durchgeführt.  
G-2-Stab der 7. U.S. *Army*; G-2-Verbindungsstab zu *CENTAG*, G-2-Stab des Alliierten Eingreifverbandes der NATO in Europa und S-2-Dienst der U.S. *Army*; A-2-Stab bei 4. *ATAF* (=Alliierte Taktische Luftlotte) der NATO der U.S. *Air Force*  
*Karlsruher Strasse*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

*Patton-Kaserne*: S-2-Dienst und -Verbindungsgruppe zur *Military Police* der U.S. *Army*  
*Pfaffengrund/Air Base*: S-2-Dienst der U.S. *Army* bei Heeresfliegertruppe

## 6921 Siegelsbach

*Kernwaffen-Depot*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6921 Hoffenheim

*Raketenstellung im Grossen Wald*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6921 Hüffenhardt

*Raketenstellungen am Garnberg und im Grossen Wald*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6923 Walbstadt

*Raketenstellung im Hetzengrund*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6969 Waldstetten

*Raketenstellung am Hornberg*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6980 Wertheim

*Peden-Kaserne*: S-2-Artilleriebrigadestab, Artillerieaufklärungseinheiten und S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 6991 Igersheim

*Munitions-Depot am Roggenberg*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 7000 Stuttgart

*Urbanstrasse 7*: *Chief of Base* (*COB*) der *CIA*  
*Kelley-Kaserne*: G-2-Stab des VII. *Armee-Korps*, Fernaufklärungskompanie (*Rangers*) und S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*DSCS-Kommunikationssatelliten-Bodenstation*

## 7000 Stuttgart-Vaihingen

*Patch-Kaserne*: *National Security Agency Europe* (*NCEUR*) im Hauptquartier der US-Streitkräfte Europa (*USEUCOM*); ausserdem: *Headquarter European Defence Analysis Center*, *Joint Reconnaissance Center, Europe* (*JRC EUCOM*)  
Europavertretung des US-Geheimdienstes für elektronische Fernmelde-Kommunikation- (Spionage), hat Aussenstellen in: München, Augsburg-Gablingen, Berlin-Teufelsberg

## 7000 Stuttgart-Moehringen

*Detachment H*; 201 *Army Security Agency* (*ASA Company* u.a. zur Unterstützung des "Project Beta")

## 7014 Kornwestheim

*Ludendorff-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*  
*Wilkins-Kaserne*: S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 7022 Echterdingen

S-2-Dienst der U.S. *Army* bei Heeresflieger-Truppe *Detachment I*, 330 *EW* (*Electronic Warfare*) *Aviation Company*; Stützpunkt für *IS RV/OV-IO Mohawk* Spionage-Aufklärungs-Flugzeuge (*IMINT/ELINT-Funktionen*)  
(*ELINT*=*Electronic Intelligence*  
*IMINT*=*Immision-Intelligence*)

## 7030 Böblingen

*Panzer-Kaserne*: S-2-Brigadestab und S-2-Dienst der U.S. *Army*

## 7054 Korb

*Raketenstellung an Kreuzeiche und auf Bucher Höhe*: S-2-Dienst der U.S. *Army*



**7060 Schorndorf**  
Raketenstellungen am Holzberg und Engelberg: S-2-Dienst der U.S. Army

**7061 Baltmannsweiler**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7061 Schadberg**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7067 Walkersbach**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7070 Schwäbisch Gmünd**  
Hardt-Kaserne: S-2-Brigadestab und Sicherungseinheit der U.S. Army  
Bismarck-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7071 Bartholomä**  
Raketenstellung am Gmünder Weg/Bargauer Kreuz, Irmannsweiler, Tauchenweiler: S-2-Dienst der U.S. Army

**7072 Heubach**  
Raketenstellung Osenstein: S-2-Dienst der U.S. Army

**7075 Mutlangen**  
Kernwaffen-Stellung: S-2-Dienst der U.S. Army  
Kleinere Abteilung des Military Intelligence Battalions

**7100 Heilbronn**  
Badenerhof-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army  
Wharton-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army, 26., 7. und 44. US-Fernmelde-Battalion

**7101 Eberstadt**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7101 Fürfeld**  
Kernwaffen-Depot: S-2-Dienst der U.S. Army  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7107 Neckarsulm**  
Artillerie-Kaserne: Sicherungseinheit und S-2-Dienst der U.S. Army

**7109 Edelmannshof**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7123 Sachsenheim-Eibensbach**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7140 Ludwigsburg**  
Jägerhof-Kaserne: Gruppe für elektronische Kampfführung - 307. Combat Electronic Warfare Btl.  
Coffey-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army  
Flak-Kaserne: Sicherungsdienst-Battalion und S-2-Dienst der U.S. Army  
Krabbloch-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army  
Luitpold-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army  
Murphy-Kaserne: US-Fernmeldeeinheiten, S-2-Dienst der U.S. Army, 307. Army Security Agency (ASA) Battalion (Corps)

**7162 Gschwend**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7162 Hintersteinenberg**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7170 Schwäbisch Hall**  
Kernwaffen-Depot und Dolan-Kaserne: S-2-Stab der Heeresfliegergruppe, Flugüberwachungs-Battalion und S-2-Dienst der U.S. Army

**7171 Kupfer**  
Munitions-Depot am Kupfermoor: S-2-Dienst der U.S. Army

**7180 Crallsheim**  
McKee-Kaserne und Kernwaffen-Depot: S-2-Dienst der U.S. Army

**7256 Merklingen**  
Raketenstellung Gewann Buch: S-2-Dienst der U.S. Army

**7302 Nellingen**  
Hubschrauberlandeplatz: S-2-Dienst der U.S. Air Force

**7320 Göppingen**  
Cooke-Kaserne: G-2-Divisionsstab und S-2-Dienst der U.S. Army  
Detachment L, 201. Army Security Agency Company

**7321 Breech**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7321 Gammelshausen**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7341 Bräunisheim**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7341 Türkheim**  
S-2-Stab der Taktischen Fliegerleitgruppe der U.S. Air Force

**7411 Grossengstingen**  
Kernwaffen-Depot und Eberhard-Finckh-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7419 Glems**  
Raketenstellung am Stausee: S-2-Dienst der U.S. Army

**7500 Karlsruhe**  
Gerszewski-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army  
Smiley-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7503 Neureut**  
Neureuter Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7504 Weingarten**  
Welfen-Kaserne: Potentielle Ausbildung von CIA-Agenten an Internationaler Fernspähschule der Bundeswehr

**7505 Ettlingen**  
Rheinland-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7520 Bruchsal**  
US-Depot: 2148. Communication Squadron

**7505 Ettlingen**  
Rheinland-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7522 Phillipsburg**  
Salm-Kaserne: S-2-Dienst der U.S. Army

**7523 Graben-Neudorf**  
Kernwaffen-Depot: S-2-Dienst der U.S. Army

**7550 Rastatt-Rimmelbacherhof**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7571 Stollhofen-Söllingen**  
Kernwaffen-Depot: S-2-Dienst der U.S. Army

**7701 Barga**  
Raketenstellung im Schöner Forst: S-2-Dienst der U.S. Army

**7821 Feldberg**  
US-Fernmeldeeinrichtung: 12. Detachment, 1945. Communication Group

**7901 Altheim bei Gerstetten**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7901 Asch**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7901 Bühlenhausen**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7901 Westerstetten**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7904 Erbach**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7910 Neu-Ulm**  
Nelson-Kaserne: Artillerieaufklärungs-Batterie und S-2-Dienst der U.S. Army, NCO-Academy (Unteroffizierschule), Ausbildung von Intelligence-Offizieren

**7919 Unterroth-Kettershausen**  
Raketenstellung in Lehmgrube: S-2-Dienst der U.S. Army

**7924 Küpfendorf**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7924 Steinheim-Zang**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

De Knipselkrant erscheint seit August 1978.  
**Themen:** Antimperialistischer Kampf in Westeuropa, Antimilitarismus, Bullenapparat, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency. Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus. Unser Ziel ist die Verbreitung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseins, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellen Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als "Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im geläufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglicheren und subjektiveren Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kapitalismus zu vernichten.

Marxist zu sein bedeutet auch, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretisch und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, die die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß die Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre ebenfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allein von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde.

**7926 Heidhöfe**  
Raketenstellung: S-2-Dienst der U.S. Army

**7972 Weidach**  
Raketenstellung bei Weidacher Hütte: S-2-Dienst der U.S. Army

## Abkürzungserklärung:

A-2 =	Stabsdienste für "Feindlage/militärische Abschirmung" in den Gruppen beziehungsweise Divisionen der U.S. Air Force (s. unter S-2), Abkürzung, für "Air Staff 2"-Offiziere
CIA =	Stabsdienste für "Feindlage/Militärische Abschirmung" in den Marine-Geschwadern der U.S. Navy (s. unter S-2), Abkürzung für "Admiral Staff 2"-Offiziere
FBI =	Central Intelligence Agency der USA
G-2 =	Federal Bureau of Investigation der USA
MI =	Stabsdienste für "Feindlage/Militärische Abschirmung" in den Korps und Divisionen der U.S. Army (s. unter S-2), Abkürzung für "General Staff 2"-Offiziere
NSA =	Military Intelligence der U.S. Army
ONI =	National Security Agency des Pentagon
OSI =	Office of Naval Intelligence des Pentagon
RFE =	Office of Special Investigation der U.S. Air Force
RL =	Radio Liberty, New York/München
S-2 =	Radio Liberty, New York/München
AFIS =	Stabsdienste für "Feindlage/Militärische Abschirmung" bei den Brigaden, Regimentern und Battalions der U.S. Army
AFOSI =	Stabsdienste für "Feindlage/Militärische Abschirmung" bei den Brigaden, Regimentern und Battalions der U.S. Air Force und
ASA =	Stabsdienste für "Feindlage/Militärische Abschirmung" bei den Brigaden, Regimentern und Battalions der U.S. Navy
COMINT =	entsprechenden Führungsebenen der U.S. Navy
DCSI =	Air Force Intelligence Service
ELINT =	Air Force Office of Special Investigations
ESG =	Army Security Agency
HUMINT =	Communications Intelligence
SIGINT =	Deputy Chief Of Staff for Intelligence
SIGEC =	Electronic Intelligence
CEWI =	Electronic Security Group
	Human Intelligence
	Signals Intelligence
	Signals Security
	Combat Electronic Warfare Intelligence

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis.

Schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als gar nicht.

**Abonnement:** 180 Gulden im Jahr inkl. Porto  
**Zahlungsmöglichkeiten:** Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch die Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.  
**Zahlungsweise:** Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).  
**Buchläden:** erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim).